Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (21. 11. 2009)

Sand im Getriebe 78

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Neoliberalismus reloaded ?

Falsche Alternativen



http://www.anti-wto.ch/

Die aktuelle Krise des globalen Kapitalismus hat zwar die Verfechter des Neoliberalismus und der Deregulierung der Finanzmärkte kurzzeitig in die Defensive getrieben. Die gigantischen Steuermittel, mit denen die Banken gerettet wurden, sind noch nicht „verdaut" – schon entfaltet sich auf den Finanzmärkten eine neue Blase und es scheint sich ein mäßiges Wachstum bei wachsender Arbeitslosigkeit („jobless growth") zu entwickeln. **Als ob nichts gewesen wäre**.

Von ernsthafter Schrumpfung und Re-Regulierung der Finanzmärkte keine Spur; die Aussichten auf einen konsequenten ökologischen Umbau der Wirtschaft sind in den meisten Ländern ziemlich düster. Zugleich wird der IWF mit seinen knebelnden Kreditkonditionen wieder belebt und die WTO versucht, in die Offensive zu gehen: Genau zehn Jahre nach dem Aufsehen erregenden Misserfolg der Ministerkonferenz von Seattle im November 1999 ist die WTO bestrebt, auf ihrem nächsten Ministertreffen in Genf Ende November die Doha-Runde abzuschließen.
Die UNO stellt unterdessen fest, dass die Anzahl der Hungernden, die doch entsprechend der Milleniums-Ziele halbiert werden sollte, sich auf über 1 Milliarde Menschen erhöht hat.
Wo bleibt der Schrei der Empörung, der Zorn über das Elend inmitten des Reichtums?

Wie vor 10 Jahren, als sich die weltweite Attac-Bewegung als Teil der globalen Gerechtigkeitsbewegung formierte, kommt es heute wiederum auf den Widerstand gegen die chaotische, polarisierende Zerstörungskraft der Märkte und gegen die falschen Alternativen der Regierungen an. So mobilisieren viele **Attac-Organisationen** nach Genf, um die Doha-Runde zum Scheitern zu bringen. In einer gemeinsamen Erklärung rufen sie zusammen mit vielen Organisationen aller Kontinente zur **weltweiten Kehrtwende** auf. Das betrifft nicht nur das globale Finanz- und Handelssystem, sondern auch die weltweite Produktions- und Konsumweise. Denn diese ist nicht global demokratisierbar.
Klimagerechtigkeit kann es durch eine radikale Abkehr vom Status quo geben, vom „imperialen Lebensstil". Nicola Bullard sieht die Gefahr, dass die *„reichen Staaten die Last auf den Süden abschieben"* und ansonsten im Norden alles beim Alten bleibt. In der **Bangkok-Erklärung** werden Reparationen für den angerichteten Klimaschaden verlangt. *"Wir sind uns einig, dass jeder Mensch ein gleiches Recht auf ökologischen und auf klimatischen Raum besitzt. Die Klimaschulden sind ein Teil der größeren ökologischen Schuld des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden, die durch Jahrhunderte des Raubs an natürlichen Ressourcen und der Verletzungen von Menschenrechten aufgelaufen sind"*. Damit sich die Desaster der multiplen Krisen nicht wiederholen, werden - angesichts der durch die WTO mit verursachten neoliberalen Krisenökonomie - für die Länder des globalen Südens drei Abwehrdämme gefordert: Ernährungssouveränität als Mittel gegen Hunger und insbesondere gegen die immer wiederkehrenden Hungerzyklen; Energiesouveränität gegen Spekulation und Erpressbarkeit durch Konzerne und Staaten; Finanzsouveränität zur Re-Regulierung der Finanzmärkte.
In der Erklärung „Weltweite Kehrtwende" heißt es folgerichtig: *„Um die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise der Gegenwart zu lösen, müssen die Regierungen den notwendigen politischen Spielraum und die Flexibilität haben, ihre Wirtschaft zu regulieren und in vielen Fällen zu re-regulieren, um dem Allgemeinwohl der Menschen und der Umwelt zu dienen."*
Es geht allerdings nicht nur um eine Kritik der WTO (**Basiswissen Attac-AT**), die schon fast im Mainstream angekommen ist. Es geht auch um die Kritik der binationalen oder biregionalen **FTAs** (Free Trade Agreements), die – anders als die ALBA in Lateinamerika - nicht ein Ausdruck solidarischer Ökonomie auf internationaler Ebene (Süd-Süd) sind, sondern die Fortsetzung der WTO-Politik in neuer Verpackung.
Zu den falschen Lösungen gehört vor allem der um sich greifende **globale Landraub**, der die Bauern und Bäuerinnen vertreibt und die Erde in einen „Planet der Slums" zu verwandeln droht.

Richtige Lösungen gibt es zuhauf: Arbeitszeitverkürzung als Anti-Krisenmittel (**Frigga Haug**), der Kampf der Studierenden und SchülerInnen um die Umgestaltung und Ausweitung des Bildungssektors (**Christian Felber und Peter Grottian**), und immer wieder der Kampf gegen die NATO-Kriege (**Afghanistan Abstimmung**) und gegen den Ausbau des dichten Netzes von **US-Militärstützpunkten** (gerade eben in Kolumbien).

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen:
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3€, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15€ für 6 Ausgaben. Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)

Attac Deutschland, Attac Österreich, Attac Schweiz, Attac Catalonien, Attac Japan, Attac Spanien, Attac Griechenland, Attac Québec, Focus on the Global South, TNI, Weed, ...

Weltweite Kehrtwende!

Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen die miteinander zusammenhängenden weltweiten Krisen der heutigen Zeit vorzugehen, die bestehenden Handels- und Investitionsabkommen sowie den damit verbundenen Moloch der konzerngesteuerten Weltwirtschaft zu ersetzen und gemeinsam eine nachhaltige wirtschaftliche Zukunft aufzubauen.



Wir leben in außergewöhnlichen, ja sogar noch nie da gewesenen Zeiten.

Vielleicht nie zuvor in der überlieferten Geschichte gab es eine solche Bündelung von Krisen und Kräften, die die Zukunft der Menschheit und des Planeten zu zerstören drohen.

Die **Finanzkrise** hat eine weltweite Wirtschaftskrise mit schnell ansteigender Arbeitslosigkeit und Armut ausgelöst. Dies wiederum geschieht mitten in einer weltweiten **Klimakrise**, in der unser Planet mit noch unvorstellbaren Konsequenzen aufgeheizt wird.
Das Zusammentreffen dieser globalen Wirtschafts- und Klimakrise wird verstärkt durch die heraufziehende Gefahr einer weltweiten **Nahrungsmittelkrise** und das Schreckgespenst von massenhaftem Hunger und Hungertod.
Mehr noch: diese dreifache Krise könnte zum einen bald durch die kommende **Energiekrise** noch verschlimmert werden, da die weltweite Nachfrage nach Erdöl das Angebot übersteigt.
Zum anderen trägt die Vertiefung der **sozialen Krise** durch die Verstärkung der Asymmetrien zwischen gesellschaftlichen Klassen, Geschlechtern und Rassen zu einer Ausweitung der Krise bei.
Darüber hinaus wird die Unfähigkeit der Regierungen, diese vielfachen Krisen zu bewältigen, wachsende **politische Unruhen** verursachen.

Mehr als je zuvor ist es an der Zeit, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen und breite soziale Bewegungen zusammenschließen, um gemeinsam die herrschende Politik und das Modell der wirtschaftlichen Globalisierung umzukehren.

Globale wirtschaftspolitische Steuerung

In vieler Hinsicht können die Antriebskräfte hinter diesen geballten multiplen Krisen nicht nur auf die Weltwirtschaft und das vorherrschende System des industriellen Kapitalismus zurückgeführt werden, sondern auch auf ihre Institutionen und das neoliberale Modell der wirtschaftlichen Globalisierung.
Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben die **Bretton Woods Institutionen** - die Welthandelsorganisation (und ihr Vorgänger, das GATT-Abkommen), die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) - und ein paar Industriestaaten, die diese Organisationen steuern, die Weltwirtschaft hauptsächlich im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen gelenkt und geleitet.
Tatsächlich hat diese Politik transnationalen Konzernen genützt, die ihre Profite durch ungleiches und unbegrenztes Wachstum maximieren konnten – mit enormen Kosten für Mensch und Umwelt. Dieses System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung basiert auf dem neoliberalen Modell extremer Deregulierung und Privatisierung verbunden mit neuen Machtbefugnissen für Konzerne und dem Abbau von sozialen und umweltpolitischen Rechten. In letzter Zeit wurde es immer offensichtlicher, dass dieses System nicht nur versagt hat, sondern auch eines der Hauptursachen der jetzigen weltweiten Krisen ist.

Aber bisher haben sich die meisten Länder, besonders die Industriemächte, ständig geweigert, grundsätzliche Änderungen an diesem globalen wirtschaftspolitischem Steuerungssystem und seinem neoliberalen Modell einzufordern.
Obwohl die **G8**, die aus den führenden Industrienationen der nördlichen Hemisphäre gebildet wird, auf die **G20** erweitert wurde und nun die wichtigsten Wirtschaftsmächte der südlichen Halbkugel mit einschließt, unterstützen und schützen sowohl die G8 als auch die G20 weitgehend den Status Quo in Bezug auf die Weltwirtschaft.
Vor kurzem hat **die UN Generalversammlung**, in der 192 Staaten der Welt vertreten sind, als Antwort auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ein Communiqué auf Grundlage des Berichts der Stiglitz Kommission veröffentlicht und einige erhebliche Änderungen am System der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung gefordert.
Diese Initiativen für eine Reform wurden jedoch von gewissen Industrieländern, die am exklusiveren Prozess der G8 und G20 beteiligt sind, praktisch blockiert und letztlich an den Rand gedrängt.

Neoliberale Handelsmechanismen

Einer der wichtigsten Durchsetzungsmechanismen des Systems der Steuerung der Weltwirtschaft sind die **WTO und verschiedene regionale und bilaterale "Freihandels-" Abkommen**.
Das Hauptziel dieser neoliberalen Handels- und Investitionsordnungen ist es, einen weltweiten Markt durch und für große transnationale Konzerne zu schaffen, um ihnen die Etablierung von Konzernfilialen zu ermöglichen und um ihre Produkte in allen Ländern der Erde verkaufen zu können – ohne dabei seitens der nationalen Regierungen rechtlichen Vorgaben und Regulierungen im öffentlichen Interesse befürchten zu müssen.
Tatsächlich dienen diese "Freihandelsabkommen" dazu, ausländischen Investoren neue Rechte und Befugnisse zu erteilen, mit denen sie Rohstoffe, lebenswichtige Dienstleistungen und andere Produktionsbereiche kontrollieren können.
Außerdem zwingen diese Abkommen die beteiligten Länder, ihre Märkte für Nahrungsmittel zu öffnen, die unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten verkauft werden und damit die örtliche Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit zerstören. Und diese Abkommen zwingen nationale und lokale Regierungen, entscheidende soziale und umweltpolitische Schutzmaßnahmen zu beseitigen.

So wurde letztlich die politische Handlungsfähigkeit von Regierungen zur Regulierung und Steuerung der eigenen Wirtschaft zum Wohle der Menschen und Umwelt durch "Handelsregeln" stark eingeschränkt – insbesondere jene von Entwicklungsländern.
Die gegenwärtigen „Handels"regeln sind heute im Wesentlichen im Interesse von global agierenden, profitorientierten Konzernen gestaltet. Die Möglichkeit von Regierungen, nicht handelsorientierte Politiken und Gesetze umzusetzen, die z.B. dem Schutz von wichtigen Sozialleistungen und Bodenschätzen, der Ernährungssouveränität, dem Zugang zu medizinischer Versorgung und der öffentlichen Sicherheit - um nur einige zu nennen - dienen, sind durch diese Regeln beschränkt. Diese neoliberalen Handels- und Investitionsregime sind somit auch eine treibende Kraft, die die vielschichtigen Krisen, der die Menschheit und unser Planet ausgesetzt sind, verbreiten und verstärken.

Wirtschafts- und Klimakrise

Die WTO hat auch eine wesentliche Rolle bei der Entstehung des weltweiten finanziellen Zusammenbruchs gespielt, da die WTO-Regeln den Mitgliedsländern die **Liberalisierung und Deregulierung ihrer Finanzdienstleistungen** vorschreiben.

Im Rahmen des **GATS** (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen in der WTO) wurden viele Regierungen dazu gedrängt, schlicht und einfach jene Gesetze zu annullieren, die wichtige finanzielle Absicherungsmaßnahmen sicherstellten, sowie gleichzeitig die Etablierung ausländischer Banken und anderer Finanzdienstleister sowie den Handel mit (riskanten) neuen Finanzprodukten und –dienstleistungen in ihren Ländern zuzulassen. Folglich erlaubten diese Regierungen, die durch das GATS ihres Rechtes auf Regulierung von Kredit-Absicherungen beraubt worden waren, den weltweiten Handel mit Derivaten aus US-amerikanischen Subprime-Hypotheken. Das GATS hat damit zur Entstehung und Beschleunigung der aktuellen Krise beigetragen.
Es ist ein Skandal: Die gleichen Banken – in der GATS „Financial leader group" vertreten, die dieses Modell der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen weltweit exportiert haben, sind jetzt die Hauptempfänger der vom Steuerzahler finanzierten Rettungspakete.

In ähnlicher Weise ist diese neoliberale Handels- und Globalisierungspolitik ein Schlüsselfaktor bei der Intensivierung und Ausweitung der weltweiten Klimakrise. Die **CO_2-Emissionen** dieses **exportorientierten Produktions- und Konsummodells** sind im Hinblick auf die globale Erwärmung unhaltbar. Zu den industriellen Produktionsprozessen kommt der Versand und Transport von Waren als einer der Hauptquellen von Treibhausgasen, die für die Erwärmung unseres Planeten verantwortlich sind. Laut der UN verursacht allein die Verschiffung von Langstreckenfracht über die Ozeane 7 Prozent des weltweiten CO_2-Ausstoßes.
Zugleich werden einige entscheidende Umweltpolitiken und Regulierungsmaßnahmen zur Verringerung des CO_2-Ausstosses oder zur Förderung alternativer erneuerbarer Energien angegriffen. Es wird behauptet, dass solche Maßnahmen den WTO- bzw. bilateralen Handelsregeln (im Fachjargon „Handelshemnisse") widersprechen und dass sie als solche beseitigt werden müssen oder wirtschaftliche Sanktionen nach sich ziehen werden.

Soziale und Nahrungsmittelkrise

Die exportorientierte landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern ist kein Ausweg aus der weltweiten Hunger- und Nahrungsmittelkrise, im Gegenteil sie verschärft diese. Laut Welternährungsorganisation wird der **Hunger** weltweit im Jahr 2009 seinen höchsten Stand erreichen, so dass jeder sechste Mensch auf der Erde von Hunger und Unterernährung betroffen sein wird.
Im Rahmen der **WTO Regeln** ist es großen Agrarkonzernen, die von den großen Industrieländern subventioniert werden, erlaubt, weltweit große Mengen Güter zu Dumpingpreisen, unter dem Vorwand der Nahrungsmittelversorgung für den weltweiten Supermarkt, auf den Markt zu werfen. Schlimmer noch: Die bestehenden Handelsregeln zielen vor allem auf die Erhöhung der Handelsvolumen, anstatt auf die Förderung der Nahrungsmittelsicherheit.

Viele Entwicklungsländer stehen unter dem gewaltigen Druck, Devisen für die **Bedienung ihrer Schulden** bei globalen Finanzinstitutionen verdienen zu müssen.
Daher werden Ernteerträge, die auf den besten Ackerböden produziert werden, hauptsächlich in reiche Industrieländer exportiert.
Gleichzeitig werden Bauern und Bäuerinnen auf der südlichen Halbkugel von ihrem Land vertrieben und anstatt Nahrungsmittel für die Menschen im eigenen Land zu produzieren, erhöhen sie die Anzahl der Arbeitslosen in den Städten.

Zu all diesen Krisen, welche das gegenwärtige Handelssystem zur Grundlage haben, kommt eine anhaltende **soziale Krise** hinzu, die Hand in Hand mit der neoliberalen Globalisierung geht und die sich sowohl im Norden wie im Süden weiter verfestigt und vertieft.

Jahrzehnte des Freihandels mit Industriegütern haben zu einer weltweiten umfassenden **Verringerung der Löhne und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** geführt. ArbeiterInnen im Süden und Norden werden mehr und mehr gezwungen, in einem **„Wettlauf nach unten"** miteinander in Konkurrenz zu treten. Dieser macht lediglich transnationale Konzerne reicher, für die die ArbeiterInnen lediglich ein Bestandteil in ihren globalen Versorgungsketten sind.

Entwicklungsländern ist es heute aufgrund von globalen und bilateralen Handelsregeln verboten, die gleichen Industrialisierungspolitiken und Strategien anzuwenden, die einst von den heute reichen Ländern angewendet wurden, um sich ausländische Investitionen für ihre Entwicklungsbedürfnisse zunutze zu machen.
Stattdessen sind die Länder gezwungen, miteinander um direkte ausländische Investitionen zu konkurrieren, indem sie ihre sozialen und Umweltstandards senken und damit das Rennen um den letzten Platz im weltweiten Maßstab beschleunigen.

Falsche Lösungen

Das aktuelle weltweite Handels - und Investitionssystem steht im Zentrum der vielschichtigen Krisen, die heute geballt die Erde erschüttern. Keine anhaltende Lösung kann für diese Krisen gefunden werden, ohne dass das neoliberale Modell und die Palette an Politiken, die von der WTO gemeinsam mit regionalen und bilateralen Handelsregularien eingeführt wurden, geändert werden.

Anstatt grundlegende Änderungen im gegenwärtigen Wirtschaftssystem anzustreben, befürworten die meisten Regierungen weltweit weiterhin falsche Lösungen, wie den **Abschluss der WTO-Doha Runde** und die Umsetzung von **weiteren bilateralen und bi-regionalen Handelsabkommen.** Mehr noch: diese Handelsabkommen werden die Krise jedoch nur verschärfen.
Finanzdienstleistungen weiter zu liberalisieren und zu deregulieren wird keinesfalls die Kredite, Anleihen und Hypotheken der Menschen absichern, sondern Banken und Versicherungsgesellschaften noch mehr ermöglichen, die Einlagen für risikoreiche Spekulationen zu nutzen.

Eine weitere Senkung der Zölle wird nicht helfen, Hunger leidende Menschen zu ernähren, weil damit die Existenzgrundlage von noch mehr LandwirtInnen auf der südlichen wie der nördlichen Halbkugel zerstört wird, um die Interessen der Agrarindustrie zu bedienen und deren Macht und Steuerung des Nahrungsmittelsystems noch weiter auszubauen.

Die Senkung von Zöllen auf Industriegüter und die Abschaffung von technischen Standards wird auch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Norden oder im Süden führen. Anstatt dessen wird sie die Abwärtsspirale der Sozial- und Arbeitsbedingungen verstärken, besonders für Frauen und ärmere Gemeinden.

Um die Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise der Gegenwart zu lösen, müssen die **Regierungen** den notwendigen politischen **Spielraum** und die Flexibilität haben, ihre Wirtschaft zu regulieren und in vielen Fällen zu re-regulieren, um dem **Allgemeinwohl** der Menschen und der Umwelt zu dienen.

Solange verbindliche Handelsregeln, die nur dazu dienen, kurzfristige Profite und strategische Interessen von transnationalen Konzernen zu sichern – sei es durch die WTO oder durch regionale bilaterale Handelsabkommen – solange werden den Regierungen die Hände gebunden sein, diese Herausforderungen zu meistern, auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Aufruf zum Handeln

Wir wollen den Widerstand gegen ein weiteres **WTO-Ministertreffen** organisieren, das **Ende November 2009**, mit dem Ziel den Einfluss der WTO weiter auszubauen, stattfindet – genau 10 Jahre nach der "Schlacht von Seattle" und nur wenige Tage vor dem entscheidenden UN Klimagipfel in Kopenhagen.

Lasst uns gemeinsam aktiv werden.
Um die aktuellen globalen systembedingten Krisen zu überwinden, müssen wir gemeinsam die Schaffung einer **neuen Wirtschaftsordnung** fordern – die die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse und die Umsetzung aller sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen Rechte sowie Menschenrechte ins Zentrum stellt – und die auf Produktions- und Konsummodellen beruht, die die natürlichen Grenzen der Rohstoffversorgung der Erde respektieren, und die eine gerechte Verteilung dieser Rohstoffe unter allen Menschen sowie den Einsatz von sauberen, sicheren und erneuerbaren Energien vorsehen.
Als wichtigen ersten Schritt in Richtung einer neuen Wirtschaftsordnung fordern wir, dass das neoliberale Handelsregime ausrangiert und durch ein **alternatives multilaterales Handelssystem** ersetzt wird, das gerecht, nachhaltig und partizipativ ist.

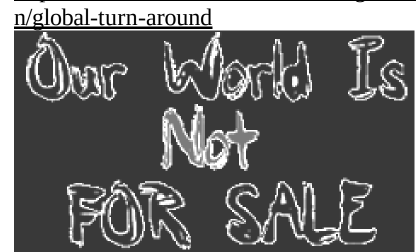
Wir rufen daher soziale Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen auf der ganzen Welt auf, in den kommenden Monaten mit uns zusammen dem neoliberalen Handels - und Globalisierungsregime, das die globalen Krisen verursacht und verschärft, zu widerstehen und es zu ersetzen,

- durch Aktionen und die Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen von Our World is Not For Sale, um den Abschluss der WTO-**Doha-Runde** vor und nach dem Ministertreffen in Genf zu **verhindern**;
- durch das Vorantreiben und die Etablierung eines **Moratoriums** für bilaterale und biregionale Freihandelsabkommen in bestimmten Ländern und Regionen;
- durch Aktionen im Vorfeld des **Klimagipfels in Kopenhagen**, die sicherstellen, dass die WTO und ihr neoliberales Modell des Freihandels als falsche Lösungen für die Klimakrise bloßgestellt werden.

Als Subjekte der Geschichte ist es an der Zeit, dass wir eine sofortige umfassende Kehrtwende fordern, bevor es zu spät ist.

Unterzeichnet von:
A SEED Europe Netherlands / AFTINET Australia / AITEC FRANCE / Alianza Social Continental Perú /All Nepal Peasants' Federation /l Alliance of Progressive Labor (APL) Philippines /Andhra Pradesh Vyavasaya Vruthidarula Union-APVVU INDIA /Anti Debt Coalition (KAU) Indonesia / Art for Change Canada /Asia Pacific Mission for Migrants (APMM) / Asia Pacific Research Network Philippines / Asian Peasant Coalition (APC) / Attac Austria / Attac Catalonia / ATTAC Japan /ATTAC Spain /ATTAC-Greece / ATTAC-Québec Canada / BanglaPraxis Bangladesh / Berne Declaration Switzerland / Bharat Jan Vigyan Jatha / Delhi Platform India Bharatiya Krishak Samaj (Indian Farmers' Organisation) / Campaign for the Welfare State Norway / Canadians for Action on Climate Change / Coalition Against Trafficking in Women - Asia Pacific (CATW-AP) Philippines / Confederation of Labor and Allied Social Services (CLASS) Philippines / Corporate Europe Observatory (CEO) Belgium / Council of Canadians Canada / Council of Canadians (Annapolis Valley chapter) Canada / Council of Canadians Toronto Chapter Canada /D5 USA / Ecologistas en Acción Spain / Economic Justice Network South Africa / EQUATIONS India / ESK -Trade Union Basque Land / FAIR Italy / Focus on the Global South Asia / Forum For Biotechnology & Food Security India / Frente Social y Popular Asunción-Paraguay / Fundacion Solon Bolivia / IBON Foundation Philippines / India FDI Watch India / Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) Austria /Iniciativa contra los Agronegocios, America Latina / International Gender and Trade Network Brazil /Janpahal India / Jobs with Justice: Portland, OR USA / Labour,Health and Human Rights Development Centre Nigeria / LATINDADD Peru / Llamado Mundial a la Acción contra la Pobreza - PERU /Marcha Mundial de las Mujeres Perú / Muxlow Clan Canada / n/a Canada / n/a UK / Nigeria Transformation Initiative(NgTI) Nigeria /Norsk Tjenestemannslag Norway / Oakland Institute USA / Observatorio de la Deuda en la Globalización Catalunya - Estado español / Peterborough and Kawarthas chapter, Council of Canadians Canada /Polaris Institute Canada / Programa Universitario México Nación Multicultural -UNAM- México / ProjectAllende Argentina / Public health and international development sciences student Sweden Quill Plains Chapter, Council of Canadians CANADA / Red Mexicana de Accion frente al Libre Comercio-RMALC Mexico /retired Canada SEARCH Foundation Australia / SMART ASSOCIATION INDIA / Solidarity Workshop Bangladesh / St. John's Eco-Cell Canada /taiga-institute finland / TIE-Netherlands /Turkey Trade Strategy Group and Biowatch South Africa / TRADITIONAL HEADMAN CANADA / Transnational Institute (TNI) Netherlands / University McGill Canada / Unorganised Sweden War on Want UK / Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED e.V.) Germany / WIDE Belgium World Development Movement UK /World March of Women International /Worldview-The Gambia Gambia

Übersetzung: Gina Heidemann, Coorditrad, und SiG-Redaktion
http://www.ourworldisnotforsale.org/en/signon/global-turn-around



Attac Togo, Focus on the Global South, Jubilee South, Klimax Kopenhagen, ...

Finanzen für Klima- und soziale Gerechtigkeit !

Internationale Finanzinstitutionen und private Gesellschaften – raus aus der Klimafinanzierung, Reparationen jetzt!!

Bangkok, 28. September 2009

Wir, die unterzeichnenden sozialen Organisationen, Bewegungen und Netzwerke, die sich für Klima- und soziale Gerechtigkeit einsetzen, sind in Bangkok zu einem Internationalen Strategietreffen zu Klima- und Finanzfragen zusammengekommen, das parallel zu dem UN-Klimagesprächen stattfand.

Wir rufen auf:

- zur **Anerkennung der historischen Verantwortung des Globalen Nordens** und zu seiner Verpflichtung, **Reparationen** für die ökologischen Schäden zu garantieren, einschließlich der Klimaschulden gegenüber dem Globalen Süden;
- zur **Schaffung alternativer Finanzierungsmechanismen und Geldströme**, die das o. E. anerkennen, sowie die Rechte und die Souveränität der Völker und der Natur achten, schützen und fördern;
- zum sofortigen **Ende einer jeglichen Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs)** in Klimafinanzierungen, sowie anderer Finanzmechanismen und Institutionen, die den Klimawandel verstärken und verschlimmern und die ökologischen und andere Schulden erhöhen;
- zur **Ablehnung der marktbasierten Instrumente**, die nicht zur Lösung der Klimakrise beitragen, sondern stattdessen die Klimaschulden in die Höhe treiben, indem sie dem Norden erlauben, ihre eigenen Treibhausgasemissionen dadurch ausgleichen, dass sie ihre eigenen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion auf den Süden übertragen.

Reparationen sofort!

Wir sind uns einig, dass jeder Mensch ein gleiches Recht auf ökologischen und auf klimatischen Raum besitzt.
Die Klimaschulden sind ein Teil der größeren ökologischen Schuld des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden, die durch Jahrhunderte des Raubs an natürlichen Ressourcen und der Verletzungen von Menschenrechten aufgelaufen sind.
Die Reparation dieser ökologischen Schulden sollte die vollständige Wiederherstellung von Territorien und Ökosystemen beinhalten, wie auch den Wiederaufbau der für das menschliche Wohlergehen relevanten Infrastruktur, die Wiederherstellung der sozialen Rechte und die Rückgewinnung lokaler Agrarsysteme im Globalen Süden.
Die Reparationen müssen ebenfalls Einschränkungen des ausufernden Konsums und sofortige Senkung der Treibhausgasemissionen im Norden beinhalten.
Diese Reparationen müssen auf der Grundlage der Selbstbestimmung aller Völker stattfinden, damit gewährleistet wird, dass keine neuen ökologischen Schulden entstehen.

Alternative Finanzierungsmechanismen und Geldströme

Echte Reparationen müssen aus öffentlichen Quellen kommen und auf der Basis der Souveränität und auf der Respektierung der Rechte von Menschen und Natur durchgeführt werden.

Diese Fonds sollten die politischen und wirtschaftlichen Modelle, die zum Klimawandel beitragen, nicht bestärken.
Stattdessen müssen sie der Finanz-, der Ernährungs- und der Energiesouveränität Priorität geben.
Sie müssen die Bauern, die Frauen, die indigenen Völker, die Fischergemeinschaften stärken und für die Verteidigung der Rechte der Völker auf Schutz ihrer Wälder und anderer Ressourcen sorgen..
Diese Reparationen müssen den Übergang zu Gesellschaften ermöglichen, die nicht auf CO_2-Ausstoß basieren und die nachhaltig sind.
Diese Reparationen müssen zusätzlich zur bedingungslosen Abschaffung der illegitimen Schulden, die den Ländern des Südens auferlegt wurden, durchgeführt werden.

Internationale Finanzinstitutionen raus!

IFIs, wie die Weltbank, regionale und nationale Entwicklungsbanken – die für die aktuelle wirtschaftliche, finanzielle und klimatische Krise verantwortlich sind – benutzen diese Krisen, um ihre Geldverleihung und ihren Einfluss zu stärken und den Status quo zu bewahren.
Sie schüren die Klimakrise weiter, indem sie extraktive Industrien und andere schädliche Industriebereiche fördern. Diese Institutionen verkaufen marktorientierte falsche Lösungen und drängen den Ländern des Globalen Südens neue Kredite auf, mit denen sie die Katastrophe umgehen sollen, die sie nicht verursacht haben.

Keine falschen Lösungen mehr!

Die Menschen und der Planet durchleben eine systemische Krise, die von der falschen Logik des unbegrenzten "Wachstums" in einer ökologisch begrenzten Realität ausgeht.
Lösungen dieser Krise sollten ungerechte und nicht-nachhaltige Formen der Produktion und des Konsums überwinden und die Wirtschaftssysteme fundamental verändern.
Falsche Lösungen sind unter anderem Märkte von CO_2-Emmissionsrechten, Kompensationsgeschäfte, Atomenergie, Monokultur, Agrarbrennstoffe und Holzplantagen, Megainfrastrukturprojekte, CO_2-Abscheidung und –Lagerung.
Falsche Lösungen verewigen die Klima- und soziale Ungerechtigkeit, sowie die finanzielle Instabilität – sie sind inakzeptabel.
In diesem Dringlichkeitskontext, werden wir unseren Kampf und Mobilisierung für Klima- und soziale Gerechtigkeit für alle fortsetzen.

Original und Unterschriften: http://focusweb.org/statement-finance-for-socioeconomic-and-climate-justice.html?Itemid=1;
Übersetzt von Helga Heidrich und Bert Lampe (coorditrad); SiG Redaktion



Bäuerliche Landwirtschaft kühlt den Planeten!
La Via Campesina mobilisiert nach Kopenhagen

Kleinbäuerinnen und -bauern aus der ganzen Welt werden im Dezember nach Kopenhagen kommen, um ihre Vorstellungen zur Lösung der Klimakrise zu verteidigen. Nachhaltiger Landbau und lokale Nahrungsmittelproduktion können tatsächlich den Planeten abkühlen. Bäuerliche Landwirtschaft erlaubt es, Kohlenstoff im Boden festzuhalten, und benutzt deutlich weniger mit fossiler Energie getriebene Maschinen und erdölbasierte Agrarchemikalien.
Wenn wir lokale Produkte essen, wird weniger Energie benötigt, als wenn Lebensmittel um die halbe Welt transportiert werden. Angesichts der immensen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft auf die Treibhausgasbilanzen würde eine massive Umstellung von industriellen Monokulturen zu kleinräumiger, nachhaltiger Landwirtschaft und die Entwicklung lokaler Märkte eine erhebliche Reduktion aller Treibhausgase ermöglichen.
Kombiniert mit einem ernsthaften Programm zur Reduzierung von Konsum würde ein solcher Plan jegliche Diskussion über Emissionshandel, Biotechnologien und andere (risiko-) technologische „Lösungen“, wie sie derzeit im Rahmen der UNFCCC diskutiert werden, überflüssig machen.
Wir sind überzeugt, dass diese Punkte in Kopenhagen deutlich gemacht werden müssen. Wir glauben daran, dass die Stimmen der Menschen dieser Erde gehört werden müssen. Die Mobilisierung der wachsenden, globalen demokratischen Bewegung für (Klima-) Gerechtigkeit, die sich aus vielen sozialen Bewegungen weltweit zusammensetzte, zur COP 15 zeigt, wie wichtig diese Themen sind.
Die Stimmen der Menschen kann viele Klänge annehmen, sie können flüstern oder schreien, singen oder spielen, reden oder debattieren. Die Geschichte sozialer Bewegungen zeigt, dass Proteste vielfältige Formen annehmen können. Für La Via Campesina, ziviler Ungehorsam war immer ein Bestandteil unserer Strategien, um Ernährungssouveränität zu erreichen, gemeinsam mit Debatten, politischer Arbeit, und dem Vorleben konkreter Alternativen auf unseren Feldern.
Wenn hunderte Bäuerinnen und Bauern ein Stück Land besetzen, das von einem transnationalen Konzern beansprucht wird, wenn tausende von Ihnen sich vor der Welthandelsorganisation versammeln, um zu fordern, dass die Agrarmarktliberalisierungen rückgängig gemacht werden sollen, dann verteidigen wir unser Recht auf Leben. Unser Recht, die Welt und uns selbst zu ernähren. Unser Recht auf Respekt, und darauf, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen.
La Via Campesina unterstützt und beteiligt sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams, wenn es politisch gerechtfertigt ist, mit dem Ziel eine gerechtere und menschenwürdigere Gesellschaft zu entwickeln.
Wir sind gegen jegliche Form von Gewalt als Selbstzweck, genauso wie wir die Gewalt zurückweisen, die von der Politik ausgehen wird, die hinter verschlossenen Türen diskutiert wird. Eine Politik, die Konzernen Kohlenstoff-Zertifikate für die Entwicklung von Monokultur-Plantagen zuspricht, ist eine gewaltförmige Politik. In entlegenen Dörfern führt diese Politik zu Vertreibungen, Widerstand, Repression und Verwüstung der Umwelt.
Wir verurteilen die repressiven Gesetze, die derzeit in Dänemark verabschiedet werden, um abweichende Meinungen mundtot zu machen, aufs Schärfste! Im Endspurt vor Kopenhagen, rufen wir alle sozialen Bewegungen zu gemeinsamer Mobilisierung und Einheit auf, mit unserer ganzen Reichhaltigkeit und Vielfalt. Wir sind überzeugt, dass eine starke Demokratie nur gestärkt werden kann, wenn sie es Menschen aus der ganzen Welt erlaubt, Klimagerechtigkeit, Ernährungssouveränität und soziale Gerechtigkeit zu verteidigen und vorzuleben.

Josie Riffaud, Mitglied des internationalen LVC KoordinationsKreises und mitverantwortlich für das Themenfeld Klimawandel.
Henry Saragih, Koordinator von LVC
Jakarta, 6. November 2009

(1)zugrundeliegende Daten werden in Kopenhagen im Dezember 2009 veröffentlicht

http://www.viacampesina.org/main_en/index.php?option=com_content&task=view&id=811&Itemid=75

Widerstand in Peru gegen die Zerstörung von Urwaldgebieten durch Ölkonzerne

Indigene Völker kämpfen seit Jahrzehnten gegen die Gier nach fossilen Energieträgern und die damit einhergehende Zerstörung ihrer Umwelt. Im April 2009 loderte dieser Widerstand erneut auf. Indigene Gruppen im Norden Perus blockierten Straßen und Flüsse und besetzten eine Ölförderstation. Sie demonstrierten damit gegen zwei Dekrete der peruanischen Regierung, die den Verkauf rohstoffreicher Urwaldgebiete an europäische und nordamerikanische Ölfirmen erleichtern sollten. Am 5. Juni eskalierte der Protest. Ein Polizeikommando attackierte Demonstrant_innen mit Tränengas und scharfer Munition auf einer zentralen Verbindungsstraße durch das Tiefland des Amazonas.

Die Nachricht verbreitete sich schnell und führte in der ganzen Region zu massiven Auseinandersetzungen, in deren Verlauf 34 Menschen starben. Aufgrund des Drucks indigener Vereinigungen und internationaler Organisationen setzte die peruanische Regierung die umstrittenen Dekrete offiziell aus.
Angesichts dieses Erfolgs würdigte Labour.Net Germany den indigenen Protest als « ein Beispiel der wachsenden Zahl erfolgreicher Kämpfe, mit denen neoliberale Großprojekte gestoppt wurden ».
Die Situation in Peru sei aber weiterhin unsicher, erklärt Mathias Hohmann vom Forschungs und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika: « *Die peruanische Regierung hat nach wie vor das Ziel, Amazonien und seine Rohstoffe zu erschließen, ohne indigene Interessen zu berücksichtigen. Gefährlich ist zudem, dass das Militär in Zukunft an Rohstofferlösen beteiligt werden soll* ».
Inzwischen wurde bekannt, dass der Mineralölkonzern Perenco die Genehmigung erhalten hat, auf dem Gebiet von bisher nicht-kontaktierten indigenen Gruppen nach Öl zu bohren.
Der transnationale indigene Widerstand gegen Enteignungen durch nordamerikanische und europäische Konzerne nimmt insgesamt zu. Die erstarkte Position indigener Gruppen in/bei linken Regierungen Lateinamerikas und ihre neue Vernetzungsmöglichkeiten (etwa beim Weltsozialforum 2009 im Amazonasbecken) befördern den Widerstand. Er ist notwendig, um die fossile Produktionsweise und ihre verheerenden Folgen, die nicht nur die Existenz indigener Völker bedrohen, zu stoppen.

http://www.attac.at/uploads/media/MOBIZEITUNG_Kopenhagen4_02.pdf

Mehr: Sackgasse Rohstoffreichtum?
Ein Blick auf Venezuela, Bolivien & Ecuador und Peru
http://www.npla.de/artikel/rohstoff_veranstaltung_11_2009.html

Nicola Bullard und Gopal Dayaneni

Warum brauchen wir eine globale Klima-Gerechtigkeitsbewegung?

Weil wir in Bezug auf den Klimawandel einfach angemessen und effektiv reagieren müssen.

Eine reiche Minderheit der Länder der Welt und der Unternehmen haben den Klimawandel grundsätzlich zu verantworten, während dessen negative Auswirkungen zunächst vor allem die verarmte und ausgegrenzte Mehrheit der Menschen treffen werden. Diese einfache Wahrheit ist der Ausgangspunkt für die Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Die Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels und dessen Folgen müssen wirkungsvoll und angemessen sein. Vor allem aber müssen die Forderungen gerecht sein.
Der „Erfolg“ der neuen Klimaordnung darf dabei nicht daran gemessen werden, ob es bei den Verhandlungen zu irgendeinem politischen Durchbruch zwischen den größten Wirtschaftsmächten kommt. Vielmehr ist es wichtig, die Emissionen signifikant zu reduzieren und einen gerechten Übergang zu kohlenstoffarmen Lebensweisen in einem Rahmen zu etablieren, der Rechte sicherstellt und auf den fundamentalen Grundlagen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen basiert, wie sie im Artikel 3 und insbesondere im Paragraphen 1 festgehalten sind:

Alle Beteiligten sollten das Klimasystem zum Wohle der jetzigen und zukünftigen Generationen der Menschheit, auf der Basis von Gleichheit und in Übereinstimmung mit ihrer gemeinsamen, wenn auch unterschiedlichen Verantwortung und mit ihren jeweiligen Möglichkeiten schützen. Demzufolge sollten alle Beteiligten aus den Industriestaaten im Kampf gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen vorangehen.

Wenn man den Stand der derzeitigen Verhandlungen bedenkt, so wird die UNFCCC in Kopenhagen es kaum zu diesem Resultat bringen.

Weil die reichen Staaten die Last auf den Süden abschieben.

Bei den Verhandlungen steht nicht nur die Verteilung der begrenzten, noch verbleibenden Raum der Erdatmosphäre zwischen Reichen und Armen auf dem Spiel, sondern auch die erforderliche Technologie und die finanziellen Mittel, die es ermöglichen, in diesem Raum zu leben und die Anpassung an den weiter um sich greifenden *Klimawandel* zu bewältigen.

Die Reduktionsziele der reichen Länder – der in Annex 1 angeführten Staaten - sind viel zu niedrig. Die USA sprechen lediglich von einer Reduzierung um vier Prozent verglichen mit den Werten von 1990, und Japan auch nur von einer Reduzierung um acht Prozent. Sogar die Europäische Union, die sich selbst als Vorreiter der Klimapolitik sieht, bietet lediglich eine 20-prozentige Reduzierung an – und 30 Prozent, falls andere Industrie- und Schwellenländer mitziehen; die Hälfte davon durch Emissionshandelssysteme.
Diese reichen Länder übertragen effektiv die Verantwortung für die Emissionsreduktion an die (armen) Länder, die nicht im Annex 1 stehen, und auch an künftige Generationen, während sie weiterhin vielmehr verbrauchen als es ihrem gerechten Anteil an fossilen Brennstoffen und an der Erdatmosphäre entspricht.

Die Kluft zwischen dem, was beabsichtigt ist und dem, was laut Wissenschaft und für den Entwicklungsbedarf im Süden wirklich getan werden muss, ist viel zu groß. Es liegt in der Verantwortung der Annex-1-Länder, diese Kluft sowohl durch Emissionsreduktion wie auch durch die Bereitstellung von Technologie und Finanzmittel zu überwinden. All das ist in der Konvention beschlossen worden, dennoch ist noch nichts verwirklicht. Gleichzeitig erhöhen die Annex-1-Länder aber ihren Druck auf Entwicklungsländer mit hoher Gesamt-, aber geringer Pro-Kopf-Emission, sich auf verbindliche Reduktionsziele zu verpflichten. Das ist ein skandalöser Versuch, die Schuld, und die Last alleine auf den Süden abzuwälzen, und es wird im Süden als ein Versuch des Nordens angesehen, die noch verbleibenden atmosphärischen Ressourcen für dessen eigene Entwicklung zu vereinnahmen.

Weil Verhandlungen nur von kurzfristigen ökonomischen Interessen bestimmt werden

Die Abneigung der Annex-1-Länder gegen große Einschnitte im eigenen Land und ihr Vertrauen auf Klimahandelssysteme (bei denen Umweltverschmutzer „Kohlenstoff-Credits“ in anderen Ländern erwerben können, um ihre Ziele zu erreichen, anstatt ihre eigenen Emissionen im eigenen Land zu reduzieren), zeigen, dass ökonomische und kurzfristige politische Interessen wesentlich wichtiger für die Verhandlungen sind als ökologische und soziale Belange. Die Industrienationen sind wesentlich mehr daran interessiert, ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit im Handel und ihre gegenwärtigen Konsumstandards zu schützen, als an einer globalen Lösung mitzuwirken.

Das bestmögliche Ergebnis in Kopenhagen wäre eines, das sich nicht auf einem unfairen Handel festlegt, sondern vielmehr einen prinzipiellen Rahmen vorgibt, der eine Klima-Schuld gegenüber den Menschen im Süden anerkennt. In der Praxis würde das bedeuten, dass die Annex-1-Länder ihre Verantwortung anerkennen, die Atmosphäre dieser Erde gerecht zu teilen, ihre Emissionen drastisch zu reduzieren und sowohl Technologie wie auch Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um den Entwicklungsländern im Süden beim Übergang zu einer CO_2-armen Gesellschaft zu helfen, und gleichzeitig eine nachhaltige und vernünftige Entwicklung zu schaffen.

Und weil die Menschen nicht gehört werden

In den Verhandlungen sind nur sehr wenige besorgte Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu hören, die eine Klimagerechtigkeit fordern. Eine ständig wachsende Anzahl von Klimaaktivisten, sozialen Bewegungen, betroffenen Gemeinschaften, Organisationen für umwelttechnische und soziale Gerechtigkeit und Gewerkschaften zeigen sich immer mehr besorgt über den Mangel an Maßnahmen auf internationaler Ebene und über die Marginalisierung oder die völlige Missachtung von Menschenrechten, Gerechtigkeit und Gleichheit bei den Verhandlungen. Der Widerwille vieler großer Wirtschaftsmächte, im Verlauf der Verhandlungen die Rechte der indigenen Völker oder auch nur das Grundrecht auf Entwicklung anzuerkennen, ist ja allgemein bekannt.

Wenn wir langfristige Ergebnisse und gerechte Lösungen in Bezug auf die Klimakrise erreichen wollen, müssen

eben jene in die Debatte mit einbezogen werden, die aufrichtig eine Klimagerechtigkeit fordern.
Dazu gehören alle vom Klimawandel Betroffenen im Süden und Norden:

- Arbeiter, die vom Klimawandel und dem unvermeidlichen Übergang zu einer CO_2 armen bzw. freien Wirtschaft doppelt betroffen sein werden, aber deren Fähigkeiten und Kenntnisse bei der Suche nach Lösungen behilflich sein können;
- in ihrer Existenz bedrohte Bauern und Fischer sowie ländliche Gemeinden, die ihr Know-how beim nachhaltigen Management von Produktionsressourcen einbringen können;
- und nicht zuletzt auch die eingeborenen Völker, deren Kulturen und Lebensräume durch Rohstoffgewinnung und Industrialisierung bedroht werden, die aber dennoch immer noch Traditionen, Fähigkeiten und große Kenntnisse in Bezug auf den Schutz von Böden, Wäldern und auf biologische Vielfalt besitzen.
- Auch müssen feministische und Frauen-Organisationen in die Debatte einbezogen werden sowie die Jugend.
- Aktivisten für Umweltgerechtigkeit, die auf diversen lokalen und internationalen Ebenen in den Bereichen Entwicklung, Energie, Handel, Agrikultur, Verschuldung, Finanzen, Staatsführung und Alternativen arbeiten, können ebenso viel dazu beitragen, indem sie die öffentliche Meinung mobilisieren und Analysen sowie politische Alternativen einbringen.

Diese sozialen Kräfte – sowohl im Süden wie auch im Norden – haben ein großes direktes Interesse an den Klimagesprächen, dennoch sind die meisten dieser Gruppen davon ausgeschlossen worden, da die Verhandlungen technokratischer, komplexer , undurchsichtiger geworden sind, und sie sind weniger bezogen auf praktische Aktionen, soziale Gegebenheiten, Vernunft und Gerechtigkeit. Aufgrund der dringlichen Problematik und der trostlosen Aussichten auf gute und kurzfristige Resultate brauchen wir diese sozialen Kräfte, um an den Klimadiskussionen teilzunehmen und bei der Gestaltung von Lösungen national und international mitzuwirken.

Es ist nicht zu spät, also wo fangen wir an?

Dieses ist ein kritischer Moment: Wir wissen, dass die Ergebnisse in Kopenhagen unbefriedigend sein werden. Wir wissen, dass unabdingbare Interessen den Fortschritt behindern wollen, und wir wissen, dass kurzsichtige Regierungen massiven Druck von außerhalb brauchen, bevor sie das tun, was getan werden muss.

Gerade jetzt müssen wir klarstellen, dass sich die Klimagespräche nicht nur um Emissionen drehen. Es geht vielmehr darum, wer in Bezug auf die globale Atmosphäre an den Schalthebeln sitzen wird. Die Reichen oder die Armen? Die Verschmutzer oder die Bevölkerung? Der Umgang mit dem Klimawandel muss zu einer Frage der Gerechtigkeit erklärt werden.

Über Kopenhagen und die UNFCCC hinausblickend brauchen wir eine breite und mannigfaltige Bewegung für Klimagerechtigkeit, um die Debatte zu verschärfen und voranzutreiben, um einen Politikwechsel herbeizuführen, um Alternativen einzubringen, um bereits geschädigte Ökosysteme und Gesellschaften wieder aufzubauen, um einen Wandel der Gesellschaften weg von der CO_2 Emissionen durchzusetzen und die Rechte derer zu schützen, die betroffen sind.

Die Erdatmosphäre ist ein globales öffentliches Gut, und wir brauchen eine globale Bewegung, um dieses Gut zu verteidigen und zu verwalten, jetzt und in der Zukunft. Wir können es schaffen, aber wir müssen anfangen: Hier und heute!

16.September 2009

Nicola Bullard *ist Senior Associate mit Fokus auf den Globalen Süden und im Climate Justice Now! (CJN!)-Netzwerk aktiv.*
Gopal Dayaneni *ist Mitglied der Planungskommission des Movement Generation, Justice and Ecology Projekts, der mit Untersuchungen, Veröffentlichungen, Bildungsentwicklung sowie Training und strategischer Unterstützung den Ausbau der Grassroots Racial and Economic Justice Organizations in Fragen der Ökologie vorantreibt.*

http://www.grassrootsonline.org/news/articles/why-do-we-need-global-climate-justice-movement
Übersetzung: Don R. VIGO
Überprüfung : Gabriela GREIF, coorditrad und SiG-Redaktion

S. auch: http://climatjustice.org/
http://www.climate-justice-now.org/

SiG-Artikel zum Klima *(Auswahl)*

SiG 63 Klimagerechtigkeit-Jetzt!
Walden Bello: Die Umweltbewegung in den Ländern des globalen Südens

SiG 64 Ergebnisse der Bali-Konferenz.

SiG 71
E. Altvater: Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und finanzielle Instabilitäten
Evo Morales: Klimawandel: Vom Prinzip der Solidarität
Betriebszeitung von Volvo - Göteborg, Schweden: „Es ist nicht länger möglich zu sagen: Wir bauen mehr Autos“

SiG 75
Alexis Passadakis und Tadzio Müller: Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum ?
W. Wolf: Europa VerkehrsWende - JETZT!

SiG77
Bündnis Climate Justice Now! Notwendigkeit einer radikalen neuen Agenda für Klimagerechtigkeit

Kopenhagen Klimagipfel

30.11.

Internationaler Aktionstag gegen den WTO Gipfel in Genf !

07.12.

Beginn UN Klimagipfel, Beginn Klimaforum 09

11.12.

Proteste gegen den Business Day beim COP 15

12.12.

Global Day of Action, Großdemonstration in Kopenhagen

13.12.

Hit the Production; Aktionstag von Via Campesina: Famers keep the Planet cool

14.12.

Aktionstag zu Finanzen ökologischer Schuld und Grenzregimen

16.12.

Reclaim Power – Pushing for Climate Justice

18.12.

Abschluss der offiziellen Verhandlungen(COP 15)

Weitere Hinweise:

4 seitige Mobilisierungszeitung:
http://www.attac.at/uploads/media/MOBIZEITUNG_Kopenhagen4_02.pdf

Contours of climate justice, Heft, 114 Seiten
Mit Beiträgen von Ulrich Brand, Nicola Bullard, Edgardo Lander und Tadzio Müller http://www.dhf.uu.se/pdffiler/cc6/cc6_web.pdf
Bestellung an: Ulrich Brand / David Schlauß, Institute of Political Science, Universitätsstrassse 7/2, 1010 Vienna (Austria) 3 Hefte: 10.- Euros

gendercc platform for information, knowledge, and networking on gender and climate change: http://www.gendercc.net/

Declaration of the Africa People's Movement on Climate Change
http://www.carbontradewatch.org/index.php?option=com_content&task=view&id=305&Itemid=36

Afrika fordert Kompensation - Chefunterhändler droht mit Blockade des Weltklimagipfels von Kopenhagen
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afrika/klima.html

Indigenous Peoples in Ecuador reject REDD
http://www.carbontradewatch.org/index.php?option=com_content&task=view&id=303&Itemid=36

http://www.carbontradewatch.org/

http://www.tni.org/article/breaking-global-climate-impasse

8-seitiges Comic über den Handel mit CO2-Zertifikaten:
http://www.tni.org/sites/tniclone.test.koumbit.net/files/download/CarbonSupermarket.pdf

Friends of the Earth warns against the Government's obsession with carbon trading. http://www.foe.co.uk/resource/reports/dangerous_obsession.pdf

http://www.attac.at/klimaforum.html

Energie und Klima, Heft Nr.54 www.widerspruch.ch

http://www.350.org/



Hoering, Uwe; Pye, Oliver; Schaffar, Wolfram; Wichterich, Christa (Hrsg.);

Globalisierung bringt Bewegung

Lokale Kämpfe und transnationale Vernetzungen in Asien

2009 - 200 S. - € 24,90 ISBN: 978-3-89691-773-7

ArbeitsmigrantInnen in Hongkong, HIV-AktivistInnen in Thailand, indische Bauernbewegungen oder Widerständler gegen den Großbergbau auf den Philippinen sind nicht nur Betroffene neoliberaler Politik und globaler Produktionsketten, sondern gleichsam eingebettet in einen weltweiten Widerstand gegen die konzerngetriebene Globalisierung. Oftmals agieren sie im Kontext von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen, linken Parteien oder transnationalen Netzwerken. Sie entwickeln so ein Potenzial nicht nur zu politischem Einfluss und Gegenmacht in begrenzten, lokalisierten Kämpfen, sondern auch – aus dem Widerstand heraus – Ansätze für gesellschaftliche Alternativen.
Dennoch werden diese sozialen Bewegungen in süd- und südostasiatischen Ländern, in denen durch die besonders rasche Integration in die globalen Märkte vielfältige Ungleichheitsstrukturen und Konflikte wachsen, von außen nur selten wahrgenommen, geschweige denn analysiert. Konstituieren sich hier neue historische Subjekte im nationalstaatlichen Rahmen oder entstehen durch die transnationale Vernetzung sogar globale Subjekte? In Fallstudien nähern sich die AutorInnen der Beantwortung dieser zentralen Frage.

Gegen die WTO, weil eine bessere Welt dringend nötig ist!

Demonstration in Genf,

Samstag, 28 November, Place Neuve, 14:00 Uhr

Aktionstage

Montag 30. November Aktionstag: **Wirtschaftskrise**
Dienstag 1. Dezember Aktionstag: **Landwirtschaft**
Mittwoch 2. Dezember Aktionstag: **Klima**

www.anti-omc2009.org

Anti-WTO Zeitung *"Agropoly - Das tödliche Spiel der WTO"*: http://www.anti-wto.ch/

Attac Schweiz: http://www.suisse.attac.org/-rubrique18-
Website des europäischen Netzwerkes – Seattle to Brussels: www.s2bnetwork.org
Website des globalen Netzwerkes – Our World is Not For Sale: www.ourworldisnotforsale.org

attac Österreich: http://www.attac.at/8430.html; weiteres Material: http://www.attac.at/wto.html

Alexandre de Charrière, attac Schweiz
Mobilisierung gegen die WTO – Stopp den Krisenstiftern!

(gekürzter Beitrag)
Wenn auch die aktuelle Krise des Kapitalismus die Verfechter der Deregulierung der Finanzmärkte in die Defensive getrieben hat, versucht die WTO immer noch die Doha-Runde abzuschließen und somit die neoliberale Politik zu verstärken. Genau zehn Jahre nach dem Aufsehen erregenden Misserfolg der Ministerkonferenz von Seattle im November 1999 ist die WTO immer noch an der Arbeit und wird sich in Genf Ende November versammeln.

Es hat sich eine Koalition von Organisationen gebildet, die kräftig zu einer großen internationalen Demonstration am 28. November 2009 in Genf und zu Aktionen während der darauf folgenden Woche aufruft.

Die Doha-Runde zum Scheitern bringen

Die Organisationen, die die Verhandlungen bei der WTO beobachten, nehmen an, dass bis dahin mehr als 80% der Punkte, die auf dem Verhandlungstisch anstehen, akzeptiert sein werden. Ohne jegliche demokratische Debatte, in den berühmten „green rooms“ von Blicken geschützt, werden die Mitgliedsstaaten ganze Mauerstücke der letzten Hindernisse der totalen Liberalisierung der Dienstleistungen (Bildung, Wasser, Finanzdienstleistungen, etc.) und der Landwirtschaft abreißen.
Wenn diese Verhandlungsrunde abgeschlossen ist, wird sie in einer Steigerung der Deregulierung enden und mehr Druck auf Lohnabhängige, Arbeitsbedingungen und Umwelt ausüben.
Aber vor allem wird sie jegliche öffentliche Politik über die Erhaltung der sozialen Standards, der Gesundheit und der Umwelt unmöglich machen – und das angesichts der großen Gewinne der multinationalen Konzerne.
Obwohl die Agenda der WTO durch diese letzten Hindernisse, die noch aus dem Weg geräumt werden müssen, sehr gedrängt ist, besteht das ernannte Ziel darin, eine Einigung über die Reduktion der Einfuhrzölle im Februar 2010 zu erreichen, um den Zyklus dann bis Dezember 2010 abzuschließen.

Übersetzung: Gabriela Greif, Coorditrad

Attac Österreich: Basiswissen über die WTO

1. Geschichte der WTO

Um die WTO-Gründung 1995 zu verstehen, müssen wir historisch etwas ausholen.
Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die westlichen Siegermächte daran, eine neue Architektur für die Weltwirtschaft zu zimmern. Die wichtigsten Ziele waren stabile globale Finanzmärkte (die Welt stand noch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1929), Wiederaufbau und Regeln für den Welthandel. Für die ersten beiden Ziele wurden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gegründet.
Auf der Konferenz von Bretton Woods/USA 1944 hätte auch die Internationale Handelsorganisation (ITO – International Trade Organisation) geboren werden sollen. Die ITO wurde jedoch zur Totgeburt. Der Grund: Sie war als Teilorganisation der UNO konzipiert und hätte auch Menschheitsziele wie Entwicklung oder soziale Sicherheit verfolgen, Rohstoffpreise festlegen und sogar transnationales Kapital regulieren sollen. Das war den USA zuviel. Aus den geplanten Drillingen wurden nur Zwillinge. Die ITO wurde jedoch nicht zur Gänze verworfen. Ein Absatz aus ihrem Gründungsstatut, das die Liberalisierung des globalen Warenhandels regelt, wurde herausgelöst und zu einem internationalen Abkommen ausgebaut, das 1947 in Kraft trat: das GATT.
Das General Agreement on Tarifs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) wurde anfangs von 23 Staaten unterschrieben, im Laufe der folgenden acht GATT-Runden kamen laufend neue Mitglieder dazu. Die umfassendste und letzte, die Uruguay-Runde, mündete 1995 in die Gründung der Welthandelsorganisation WTO.
Der entscheidende „Deal“: Auf Wunsch der Entwicklungsländer wurden die Bereiche Landwirtschaft und Textilien aufgenommen, im Gegenzug setzten die Industrieländer Dienstleistungen (GATS) und den Schutz geistiger Eigentumsrechte (TRIPS) durch.
Die WTO wurde somit auf drei inhaltlichen Säulen gegründet: GATT, GATS und TRIPS.
Anfang 2004 gehören der WTO 148 Mitgliedsstaaten an. Ihr Sitz ist Genf, gleich neben der UNO (191 Mitgliedsstaaten). Der WTO wurde von ihren Mitgliedstaaten die Aufgabe zugeteilt, ausschließlich das Freihandelsziel zu verfolgen. Die UNO-Ziele Entwicklung, soziale Sicherheit, Einhaltung von Menschenrechten, Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge oder Ernährungssicherheit spielen für die WTO keine Rolle.

Freihandel und "der Rest"

Deshalb kommt es auch immer wieder zu Konflikten zwischen dem Freihandelsziel und diesen „handelsfremden“ Politikzielen. Die WTO verfügt im Gegensatz zu den Teilorganisationen der UNO über ein schlagkräftiges Schiedsgericht, das DSU (Dispute Settlement Understanding). Behindert ein Mitgliedsstaat den Freihandel z. B. durch ein Importverbot, muss er das entsprechende Gesetz zurücknehmen oder eine hohe Strafe zahlen. WTO-Recht bricht nationales und sogar EU-Recht. Das Problem: In den Konfliktfällen gewinnt in aller Regel der Freihandel. Berühmtestes Beispiel ist das Importverbot für Hormonfleisch, das die EU verhängte und das die USA erfolgreich vor der WTO geklagt haben. Derzeit anhängig ist eine Klage der USA gegen das Gentechnik-Moratorium in der EU.

2. Die Attac-Kritik

Demokratie und WTO: oje!

Auf den ersten Blick scheint die Entscheidungsstruktur innerhalb der WTO ein Fortschritt. Im Gegensatz zu Weltbank und Währungsfonds, wo die Stimmverteilung von den Kapitaleinlagen abhängt („ein Dollar – eine Stimme“) und die (Kredit-)Geberländer daher die Stimmenmehrheit halten, gilt in der Welthandelsorganisation das Prinzip „ein Land – eine Stimme“. Jede neue Handelsrunde wird im Konsens beschlossen.

Theoretisch. In der Praxis wirken die gewohnten Machtverhältnisse:
Die „Quads“ – USA, Japan, die EU und Kanada – geben die Themen vor. Am Sitz der WTO in Genf werden mehrmals wöchentlich offizielle und inoffizielle (nur im „ausgewählten“ Kreis) Meetings abgehalten, in denen die Abkommen vorbereitet werden.
Hochkomplexe Verhandlungsgegenstände verlangen entsprechende ExpertInnenpools. Doch zahlreiche Entwicklungsländer können sich eine permanente Vertretung in Genf schlicht nicht leisten. Bei Ministerkonferenzen spitzt sich dieses Missverhältnis zu. Während die Delegationen der EU und USA mehrere hundert Personen umfassen, haben die ärmsten Länder oft nicht genügend VerhandlerInnen vor Ort, um alle parallel - und in der Schlussphase der Konferenzen oft rund um die Uhr - tagenden Verhandlungsgruppen zu besetzen. Wer aber abwesend ist, stimmt zu.
Falls anwesende Entwicklungsländer dennoch ihre Zustimmung verweigern wollen, haben die Industrieländer ausreichend Druckmittel in der Hand: Streichung der Entwicklungshilfe, Stopp einer Kredittranche, Aufnahme auf eine „schwarze Liste“...
Auch der Einflussnahme oder gar Kontrolle durch die nationalen Parlamente ist die WTO faktisch entzogen. Die jeweils ausgehandelten Ergebnisse können nur im nach hinein ratifiziert werden, oder sie müssten – politisch kaum denkbar - vom Nationalrat zur Gänze („single undertaking“) abgelehnt werden.

Die Verhandlungen werden auf einer supranationalen, bürokratischen Ebene geführt, auf der der Einfluss transnationaler Konzerne überproportional ist und demokratische bzw. zivilgesellschaftliche Interessen auf der Strecke bleiben.

Die wichtigsten Abkommen der WTO

Durch sämtliche Teilabkommen der WTO ziehen sich einige zentrale Grundprinzipien:

Meistbegünstigung: Unternehmen aller Mitgliedsländer müssen gleich behandelt werden, z. B. aus Ghana und den USA, was zur Gleichbehandlung von Ungleichen führt.

Inländerbehandlung: Ausländische Unternehmen dürfen nicht schlechter behandelt werden als inländische: die Förderung lokaler oder regionaler Märkte (Nahversorgung) ist den Mitgliedsstaaten der WTO verboten.

Fortschreitende Liberalisierung: Die WTO-Mitglieder verpflichten sich zu einer immer weiteren Liberalisierung in allen Bereichen bis zum total „freien“ Weltmarkt.

WTO und Gender

Die WTO-Regeln gelten bei Handelsdelegierten, bei Wirtschaftsämtern und vielen

ParlamentarierInnen als geschlechtsneutral. Zu Unrecht. Die theoretischen Annahmen, die der WTO zugrunde liegen, bauen auf geschlechtslosen Wesen auf, die angeblich gleich von den Handelsliberalisierungen betroffen sind.

Damit ignoriert die WTO allerdings die Tatsache, dass sich die Voraussetzungen der Frauen von denjenigen der Männer stark unterscheiden. Vor allem in den Ländern des Südens haben Frauen weniger Zugang zu Kredit, Land und Bildung. Ihre Mobilität ist durch Familienverpflichtungen stark eingeschränkt. Ihr Alltag wird von der unbezahlten Arbeit geprägt. Darum kann eine einseitig auf den Export ausgerichtete Handelspolitik die Situation von Frauen unter Umständen verschlechtern.

WTO und Dienstleistungen (GATS)

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services: GATS) ist eine der zentralen Säulen der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO. Der Dienstleistungssektor macht in den Industrieländern bereits zwei Drittel der Wirtschaftsleistung aus, entsprechend groß ist das Interesse der führenden Konzerne an einer weltweiten Liberalisierung (und Privatisierung) von Bank- und Versicherungsgeschäften, Telekommunikation, Post, Strom, Gas, Wasser, Transport, Tourismus, Medien, Bildung, Gesundheitswesen und weiteren 150 im GATS aufgelisteten Dienstleistungen.

Diese haben das GATS überhaupt erst durchgesetzt und geben auch aktuell die Richtung vor: So fordert zum Beispiel die EU – in Vertretung ihrer Bevölkerung – von 72 Ländern die totale Öffnung der Trinkwasserversorgung für transnationale Konzerne. Profitstreben in diesen Bereichen geht aber – wie zahlreiche internationale Beispiele zeigen – zulasten der umfassenden Versorgung der Bevölkerung, der Qualität der Dienstleistungen und der in diesen Betrieben Beschäftigten.

Das GATS umfasst vier Varianten grenzüberschreitender Dienstleistungen:
1. Die Dienstleistung kommt über die Grenze (Handel);
2. Die KonsumentIn geht über die Grenze (Konsum im Ausland);
3. Die DienstleistungsanbieterIn lässt sich im Ausland nieder (Direktinvestition);
4. Die DienstleisterIn kommt über die Grenze (Erbringung im Ausland.)

Aufgrund des dritten Punktes wurde das GATS schon als das erste internationale Investitionsschutzabkommen bezeichnet.

Formal gesehen sind die zentralen Grundprinzipien des GATS Transparenz (Regierungen müssen alle Gesetze, Normen und Standards offen legen, die den Handel mit Dienstleistungen behindern könnten), Meistbegünstigung (keine ausländische AnbieterIn darf schlechter gestellt werden als eine andere) sowie Marktzugang (Art. XVI) und InländerInnenbehandlung (Art. XVII): Ausländische DienstleistungsanbieterInnen dürfen nicht schlechter gestellt werden als inländische. Ein verdeckt enthaltenes Grundprinzip ist die Zurückdrängung des öffentlichen Bereiches zugunsten privater ErbringerInnen.

Seit Anfang 2000 laufen die so genannten GATS 2000-Verhandlungen, die eine Vertiefung der 1995 begonnenen Dienstleistungsliberalisierung zum Ziel haben. Die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das ist umso brisanter, als einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen im Sinne des InvestorInnenschutzes nicht rückgängig gemacht werden können. Außerdem verpflichten sich die GATS-UnterzeichnerInnen zur permanenten Weiterliberalisierung nicht nur in den bereits geöffneten Sektoren, sondern auch in den bislang „verschonten“.

WTO & Geistiges Eigentum (TRIPS)

Das Abkommen über den handelsbezogenen Schutz geistiger Eigentumsrechte TRIPS (Agreement on Trade Related Intellectual Property Rights) schützt Marken, Patente und geografische Bezeichnungen. Kurz, es verwandelt Wissen in Eigentum. Das ist der wichtigste Grund, warum es speziell den Entwicklungsländern schadet:

Die Know How-Kluft zwischen Nord und Süd wird durch das TRIPS nicht kleiner, sondern größer. Darüber hinaus steckt der TRIPS-Teufel in zahlreichen Details:

- Durch überlangen Patentschutz wird Innovation verhindert.
- Die Patentierung von Lebewesen bildet die Geschäftsgrundlage für Gentechnik.
- Pflanzenpatente ermöglichen Biopiraterie durch westliche Pharmakonzerne – die Aneignung genetischer Ressourcen des Südens (z. B. pflanzlicher Wirkstoffe).
- Das TRIPS „schützt“ die Eigentumsrechte der Pharmakonzerne so massiv, dass sich arme Länder die Medikamente gegen Seuchen wie AIDS oder Malaria nicht mehr leisten können – weil billiger selbst erzeugen dürfen sie sie nicht oder nur im absoluten Notfall.

Das TRIPS kam auf den Druck westlicher Pharmakonzerne zustande, es kann als Globalisierung von US-Patentrecht gelesen werden. Vor dem TRIPS kannten zahlreiche Kulturen gar kein „geistiges Eigentum“, zum Beispiel wurde medizinisches Wissen als Allgemeingut und nicht als Privateigentum betrachtet.

WTO & Landwirtschaft (AoA)

Das Landwirtschaftsabkommen AoA (Agreement on Agriculture) regelt den Handel mit Agrargütern.
Derzeit verkauft der Norden seine Produkte dank massiver Subventionen weit unterhalb der Produktionskosten auf dem Weltmarkt, wodurch BäuerInnen in Asien, Afrika und Lateinamerika wirtschaftlich ruiniert werden und hungern oder das Land verlassen müssen.
Viele arme Länder fordern daher den Abbau aller Exportsubventionen und den Schutz ihrer hochsensiblen Agrarmärkte durch Zölle.
Im Gegensatz zum „Protektionismus“-Ansatz der Ärmsten fordern die großen Agrarexporteure wie Argentinien und Brasilien ihrerseits Marktzugang zu den reichen Ländern. Das wiederum würde die besten Böden in den Händen weniger konzentrieren, die vorrangig für den Export produzieren und nicht für die hungernde Bevölkerung.

Die Lösung der komplexen Agrarproblematik innerhalb der WTO ist aussichtslos: So sinnvoll die heiß diskutierte Abschaffung der Exportsubventionen wäre, sie würde unmittelbar den Druck auf Abbau aller Agrarzölle und somit auf totalen Freihandel erhöhen, was wiederum die Spirale aus Exportorientierung, Bodenkonzentration, Landflucht und Verarmung beschleunigen würde.
Die Alternative liegt in der Stärkung kleinbäuerlicher, ökologisch und kulturell angepasster Strukturen weltweit, mit den vorrangigen Zielen Ernährungssouveränität, Hungervermeidung, Vielfalt und Nachhaltigkeit.

WTO und Investitionen

Die vier so genannten Singapur-Themen würden eine immense Ausweitung der Zuständigkeit der WTO auf die Bereiche Investitionen, Wettbewerbspolitik, öffentliche Beschaffung und Handelserleichterungen bedeuten.
Speziell das Investitionsthema ist ein brandheißes Eisen. Hier geht es – nach dem Wunsch u. a. der österreichischen Wirtschaftskammer – darum, Konzerne vor jeder Art staatlichen Zugriffs zu „schützen“, selbst Umweltgesetze als „Enteignung“ zu definieren und den Konzernen eine direkte Klagemöglichkeit gegen Staaten zu schaffen – nicht vor nationalen Gerichten, sondern vor den Tribunalen der WTO, die nationale Gesetze zu Fall bringen können.
Die extrem einseitige Ausrichtung des Abkommenentwurfs ließ es schon auf der Konferenz von Singapur (1996) scheitern, auch ein zweiter Anlauf in der OECD, das berüchtigte MAI, blieb nach massiven Protesten erfolglos. Und sogar am Scheitern der 5. Ministerkonferenz in Cancún 2003 waren die Singapur-Themen maßgeblich beteiligt.

3. Die EU und die WTO

Wie unsere Handelspolitik gemacht wird

Allgemeine Struktur

Handelspolitik ist ein Bereich, in dem die Zuständigkeit grundsätzlich bei der Europäischen Union liegt.
Das heißt, dass Handelspolitik nicht autonom von den jeweiligen Mitgliedsstaaten gemacht wird, sondern innerhalb der EU und für alle ihre Mitgliedstaaten verhandelt wird. Natürlich haben die Mitgliedsstaaten, da sie ja in den Institutionen der EU vertreten sind, auch auf diese Art und Weise viele Möglichkeiten, Entscheidungen in der Handelspolitik zu beeinflussen.

Im Folgenden wird gezeigt, welche Personen und Institutionen am Entscheidungsprozess im Bereich Handelspolitik Anteil haben.

Europäische Kommission

Die Kommission, beziehungsweise die Abteilung des Kommissars für Handel, wird im Auftrage des Ministerrates der Europäischen Union (siehe unten) tätig. Sie arbeitet dabei mit einem Ausschuss des Rates, dem so genannten Ausschuss 133, zusammen (siehe unten).
Die Kommission verhandelt stellvertretend für die EU in allen Handelssachen. Auch in der WTO wird die EU in sämtlichen Belangen von der Kommission vertreten.

Ministerrat

Handelsangelegenheiten werden großteils im GAERC-Rat (Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) behandelt. Dieser besteht grundsätzlich aus den AußenministerInnen der Mitgliedstaaten, und je nach Tagesordnung den für Verteidigung, Entwicklung oder Handel zuständigen MinisterInnen. Der Rat tagt einmal monatlich.
Neben dem GAERC-Rat gibt es auch die Ratsformation der HandelsministerInnen. Diese wird vor und während wichtigen internationalen Konferenzen (zB Ministerial der WTO in Doha, Cancun, Hongkong...) einberufen, damit der Rat laufend über den Stand der Verhandlungen informiert ist, die eigene Position abstimmen kann und noch während der Verhandlungen Anweisungen an die Kommission übermitteln kann.

Der Rat erteilt der Kommission in Handelsangelegenheiten ihren Auftrag (etwa zur Verhandlung eines Handelsabkommens in der WTO). Die Beschlussfassung des Rates erfolgt im Normalfall mit qualifizierter Mehrheit, also ohne Möglichkeit eines einzigen Landes zum Veto.

Von der qualifizierten Mehrheit ausgenommen sind aber Bereiche mit so genannter "gemischter Zuständigkeit" der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Dies sind generell Bereiche, in denen die EU "ihre Befugnisse überschreiten würde", aber auch einige genau spezifizierte Bereiche wie Bildungsdienstleistungen oder Verkehr. Handelsentscheidungen, die diese Bereiche berühren, müssen vom Rat einstimmig beschlossen und vor ihrem Abschluss noch zusätzlich von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden (in Österreich etwa durch Zustimmung des Parlaments).

In der WTO wird diese "gemischte Zuständigkeit" der EU noch verstärkt: Die "single undertaking"-Regel der WTO sieht vor, dass sämtliche derzeit verhandelten Abkommen (GATS, NAMA usw.) am Ende zu einem Gesamtpaket gebündelt werden, über dessen Annahme die EU - also der Rat - entscheiden muss. Da in diesem Pakte auch Bereiche der "gemischten Zuständigkeit" enthalten sein können, müsste theoretisch die Annahme des Pakets sowohl einstimmig vom Rat als auch zusätzlich von den Parlamenten der Mitgliedstaaten selbst ratifiziert werden. Diese Sichtweise ist aber unter Rechtsexperten umstritten, es ist trotz intensiver Diskussionen und zahlreicher Anfragen noch immer unklar, ob die Bestimmungen über die "gemischte Zuständigkeit" so ausgelegt werden können. Weiters ist zu erwarten, dass die EU in den WTO-Verhandlungen versuchen wird, Bereiche der "gemischten Zuständigkeit" aus dem Verhandlungspaket herauszuhalten, um eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente zu umgehen.

Aussschuss 133

Die Mitglieder des Ausschuss 133 (benannt nach Artikel 133 der Gründungsverträge) sind nationale BeamtInnen und werden von den jeweiligen MinisterInnen des Rates eingesetzt, jedes Mitgliedsland ist im Ausschuss 133 vertreten.
Neben diesen Mitgliedern sind bei den Sitzungen des Ausschusses auch VertreterInnen der Kommission und der Industrie anwesend.
Der Ausschuss arbeitet in Handelssachen als Vertretung des Rates mit der Europäischen Kommission zusammen und erhält von dieser regelmäßig Bericht über den Stand der Verhandlungen.
Es gibt mehrere Formationen des Ausschuss 133 mit verschiedenen Zusammensetzungen, z. B Ausschuss 133-Textilien, Ausschuss 133-Dienstleistungen usw.

! Der Ausschuss 133 hat eine verhältnismäßig große Macht, da oft die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten hier geführt werden und der Rat diese Entscheidungen nur mehr "absegnet". Dies ist eine demokratiepolitisch sehr problematische Situation, da Sitzungen des Ausschuss 133 nicht öffentlich sind und keine Protokolle zugänglich gemacht werden, der Ausschuss also der Öffentlichkeit keinerlei Rechenschaft über seine Positionen und Entscheidungen ablegen muss. Weiters sind die in diesem Ausschuss tätigen Personen oftmals Beamte, die einen sehr pragmatischen und technischen Zugang zu den Themen haben. Dadurch bleiben politische Aspekte (zB Umweltpolitik, Entwicklungspolitik) hier oft unberücksichtigt !

Ausschuss der ständigen Vertreter (AStV oder COREPER)

Der Ausschuss bereitet die Aufgaben des Ministerrates (in allen möglichen Zusammensetzungen) vor. Er wird aus den BotschafterInnen der Mitgliedsstaaten in Brüssel (AStV II) sowie den ständigen VertreterInnen der Mitgliedsstaaten bei der EU (AStV I) gebildet. Neben der Vorbereitung der Ratssitzungen überwacht und koordiniert der AStV-Ausschuss auch die Arbeiten der etwa 250 Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die für den Rat Dossiers auf technischer Ebene vorbereiten. Der Ausschuss ist damit das so genannte "Nadelöhr", durch das sämtliche Dossiers, die dem Rat vorgelegt werden, geschleust werden müssen.

4. Die Attac Forderungen

- Progressiver Rückbau der Kompetenzen der WTO; stattdessen die Stärkung multinationaler Institutionen wie der UNCTAD, die das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung verfolgen

- Sanktionsmöglichkeiten gegen Konzerne, die Menschenrechte und die Rechte indigener Völker verletzen, Arbeitskräfte ausbeuten und die Umwelt schädigen

- Öffentliche Güter und Dienstleistungen dürfen nicht zu Handelswaren werden

- Abschwächung des Schutzes geistiger Eigentumsrechte (z. B. garantierter Zugang zu Medikamenten und Saatgut für alle Menschen)

- Ernährungssouveränität und -sicherheit statt Liberalisierung des Agrarhandels

Um keine Ohnmachtgefühle (bei Handlungswilligen) zu produzieren: Nicht ein fernes, gesichtsloses Subjekt – die WTO - trifft eigenständig Entscheidungen, sondern die nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten und deren parlamentarische Mehrheiten, die diese Institution eingerichtet haben und am Leben erhalten, um in einem zweiten Moment ihre eigene neoliberale Politik mit der „internationalen Realität“ (oder „Globalisierung“ oder „Sachzwängen“) gegenüber den WählerInnen zu rechtfertigen.

Alternativen

Freihandel - ein neoliberales Dogma

Das theoretische Grundgerüst der WTO zimmerte vor rund zweihundert Jahren der britische Ökonom David Ricardo. Ihm zufolge sollten sich alle Länder auf die Herstellung jener Güter spezialisieren, für die sie jeweils die besten Voraussetzungen („komparative Kostenvorteile“) mitbringen. Vom freien Handel würden dann alle Beteiligten profitieren. Doch in der Praxis des Weltmarkts führt diese Strategie zu Abhängigkeiten und steigendem Ungleichgewicht: Der Norden spezialisiert sich auf Hi-Tech-Produkte und Dienstleistungen, der Süden auf Exporte mit geringer Wertschöpfung und Rohstoffe, deren Preise verfallen.

Trotz solcher „Konstruktionsfehler“ geben sich die Liberalisierungs-BefürworterInnen überzeugt, dass die Industrieländer ihren heutigen Reichtum dem freien Handel verdanken. Ein Blick auf die historische Faktenlage zeigt das Gegenteil: Tatsächlich befolgten die Industrieländer selbst keine jener politischen Strategien, die sie den Entwicklungsländern heute alternativlos verordnen, schon gar nicht den viel gepriesenen Freihandel.

So verfolgte Großbritannien bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine ausgesprochen protektionistische Politik, mit hohen Schutzzöllen und Exportsubventionen bei gleichzeitig zollbegünstigter Einfuhr von Rohstoffen, die zur Weiterverarbeitung benötigt wurden. Erst mit der Suche nach neuen Absatzmärkten wurde das britische Empire zum glühenden Verfechter des Freihandels.
Wohlbehütet von zwei Ozeanen und zusätzlich geschützt durch Einfuhrzölle von bis zu 50 Prozent auf Fertigwaren vollzog sich das Wachstum der US-Industrie. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, bereits zur Wirtschaftssupermacht aufgestiegen, begannen sich die USA für den Freihandel stark zu machen.
Sehr treffend verglich der deutsche Ökonom Friedrich List solcherart Eintreten für Handelsliberalisierungen mit dem Verhalten eines Mannes, der dem anderen die Leiter umstößt, ohne die er selbst nie über eine hohe Mauer gekommen wäre.

Die VerfechterInnen des freien Warentauschs haben stets versprochen, die Öffnung immer weiterer Bereiche für den Weltmarkt würde den wirtschaftlichen Erfolg garantieren und die Armut bekämpfen. Die tatsächlichen Auswirkungen der neoliberalen Rezeptur zeigen ein anderes Bild: 1980 – 2000 hat sich das Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber der Periode 1960 – 1980 von 3 auf 2,3 Prozent verlangsamt. Im Durchschnitt der Entwicklungsländer halbierte sich die Wachstumsrate, in Teilen Afrikas sowie in den ehemals kommunistischen Ländern schrumpfte das Pro-Kopf-Einkommen dramatisch. Gebremst wurde der Rückgang lediglich durch das starke Wachstum der chinesischen und indischen Wirtschaft - in beiden Fällen ohne die Anwendung neoliberaler Empfehlungen.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung

Schon John Maynard Keynes hatte prognostiziert, dass Freihandelszonen zwischen ungleichen Partnern nur dann Bestand haben, wenn die Gewinne von den Stärkeren zu den Schwächeren umverteilt werden. Dies ist derzeit nur in der EU der Fall. In der WTO sind viel ungleichere Handelspartner vereint, und es gibt überhaupt keine Umverteilung. Seit Cancún versucht der Süden daher neue Wege. Ob die Allianz der Armen jedoch Bestand haben wird, zu einem Schuldner- und Rohstoffkartell anwächst oder gar zum Kristallisationskern einer neuen – fairen – Weltwirtschaftsordnung wird, wird sich zeigen. Ein Hindernis auf diesem Weg ist sicher der Gegensatz zwischen den Exportinteressen der Schwellenländer und stärkeren Schutzbedürfnissen der ganz armen Länder.

Zahlreiche Akteure, darunter Attac, wollen zwar den multilateralen Ansatz zur Regelung des Handels beibehalten, aber nicht mit Hilfe einer Organisation wie der WTO, die ausschließlich auf Freihandel abzielt und alle anderen Zielsetzungen menschlicher Entwicklung ignoriert. Innerhalb der UNO gibt es bereits ein alternatives Forum, die UNCTAD, die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, die, wie ihr Name schon sagt, Handel nicht als Selbstzweck verfolgt, sondern in ein Konzert übergeordneter Ziele einbettet: Armutsbekämpfung, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung von Frau und Mann, kulturelle Vielfalt, Umweltschutz, Menschenrechte. Ein solcher Ansatz würde zudem nicht alle Länder in ein Freihandelskorsett zwingen, sondern auch anderen Entwicklungsstrategien Raum lassen.

Links

Kritische Deutschsprachige Sites

- www.wto-runde.de
- www.fian.at
- www.buko.info
- www.uwkw.de
- www.attac.de/wto
- www.gerechtigkeit-jetzt.de
- www.evb.ch

Internationale Sites

- www.tni.org
- www.focusweb.org
- www.wdm.org
- www.corporatewatch.org
- www.s2bnetwork.org
- www.tradeobservatory.org
- www.twnside.org
- www.waterobservatory.org
- www.iatp.org
- www.citizen.org/pctrade
- www.polarisinstitute.org
- www.policyalternatives.ca
- www.psiru.org

http://www.attac.at/wto.html

Bündnis „Our world is not for sale“ (OWINFS) "FREIHANDELSABKOMMEN" TRAGEN ZUR FINANZKRISE BEI !

Während die Finanzkrise und ihre Konsequenzen sich weltweit ausbreiten und sogar die Regierungen, die einst den „freien Markt“ propagierten, über eine Neuordnung des Finanzsektors diskutieren, ist gleichzeitig etwas ganz anders zu beobachten: Bilaterale und regionale Freihandelsabkommen setzen die extreme Deregulierung der Finanzindustrie fort. Die Bestimmungen in diesen Abkommen verhindern, dass Länder ihre Finanzsektoren reformieren können, um die wachsenden Probleme in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft, Umweltpolitik, Nahrung und Soziales in den Griff zu bekommen. Und die Länder können auch nicht gewährleisten, dass das Finanzwesen auf den Umbau in nachhaltige Gesellschaften ausgerichtet wird.

Deregulierung und Liberalisierung der Finanzdienstleistungen sind Teil vieler bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen (FTAs), die gerade verhandelt werden oder in den vergangenen Jahren abgeschlossen wurden. So steht z. B. das Ökonomische Partnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit der Karibik für das Modell, das die EU in allen FTA- und EPA-Verhandlungen durchsetzen will. Einige FTAs enthalten eine verpflichtende „Überprüfungsklausel“, die vorsieht, dass (Finanz-)Dienstleistungen in neuen Verhandlungen zu einem bestimmten Zeitpunkt (weiter) dereguliert und liberalisiert werden, ohne die Möglichkeit einer öffentlichen oder parlamentarischen Überprüfung.

Expansion der finanziellen Konglomerate

Entwicklungsländer können im Rahmen der Regeln der Dienstleistungsvereinbarung (General Agreement on Trade in Services oder „GATS“) der Welthandelsorganisation WTO entscheiden, ob sie Finanzdienstleistungen liberalisieren bzw. deregulieren oder es nicht tun. Aber eine GATS-Regel besagt, dass ein FTA, das Dienstleistungen beinhaltet, auch eine Verpflichtung zu substantieller Liberalisierung und Deregulierung beinhalten muss, auch wenn diese Verpflichtung für Entwicklungsländer nicht ganz so stark zum Tragen kommen muss wie für die entwickelten Länder. Die Verhandlungsführer der EU und der USA haben – in enger Abstimmung mit ihren eigenen Finanzdienstleistern – dabei akribisch darauf geachtet, ihrer einst profitablen Finanzindustrie (z.B. hatte die Citigroup 2004 einen Gewinn von 17 Milliarden US-Dollar eingefahren) einen neuen deregulierten Zugang zu sichern.
Einige FTAs enthalten auf fast 10 Seiten Verpflichtungen und Regeln für Finanzdienstleistungen. Diese Regeln verlangen, dass die Entwicklungsländer die Präsenz aller Arten von ausländischen Banken, Versicherungsgesellschaften und anderen Finanzunternehmen und ihre Dienstleistungen zulassen müssen, unabhängig davon, ob Regulierung und Aufsicht oder Verbraucherschutz eingeführt sind.

Deregulierung ausländischer Banken

Die FTAs verpflichten die Länder, alle mögliche ausländische Banken und andere Finanzdienstleister zuzulassen. Gleichzeitig beschränken sie die staatliche Regulierungsmöglichkeiten von Finanzdienstleistungen und ihren Anbietern, wie schon in den GATS vorgesehen, es sei denn, es werden in den Verhandlungen Ausnahmeregelungen vereinbart.:

- Zulassen von 100 % ausländischen Anteilbesitzes an Finanzunternehmen und dem gesamten Finanzsektor;
- Keine Beschränkungen hinsichtlich Größe und Anzahl der Finanzunternehmen und dem Volumen ihrer Finanztransaktionen;
- Ausländische Finanzunternehmen haben mindestens genauso gut behandelt zu werden wie einheimische Finanzunternehmen.

Dadurch verstoßen viele Maßnahmen, die zur Abwehr einer Finanzkrise notwendig sind, gegen diese Regeln. Eine dieser vorbeugenden Maßnahmen ist die Beschränkung einer Bank hinsichtlich ihrer Größe und dem Volumen ihrer Transaktionen, damit sie nicht „zu groß zum Scheitern – too big to fail“ wird – also damit auch keine Steuergelder zur Rettung benötigt werden.

Die FTA-Regeln missachten auch, dass ausländische Finanzunternehmen sich anders verhalten: Ausländische Banken haben profitablere, reiche Kunden im Visier und vergeben weniger Kredite an Bauern und kleinere Produzenten, vor allem in Zeiten einer Finanzkrise. Das untergräbt die Nahrungsmittelproduktion und die wirtschaftliche Entwicklung.
Die FTAs erlauben es den Regierungen der gastgebenden Länder nicht, ausländische Finanzdienstleistungsinvestoren im Vorfeld zu überprüfen, um beispielsweise ausländische Banken auszuschließen, die vorwiegend – aus sozialer und umweltpolitischer Sicht – destruktive Projekte oder Unternehmen finanzieren. Es ist den Ländern also nicht erlaubt, nur solche Banken zuzulassen, die ihrer eigenen Gesellschaft dienen.

FTAs deregulieren mehr als GATS

FTAs enthalten mehr Regeln zur Deregulierung von Finanzdienstleistungen als GATS. So müssen die Länder beispielsweise jeglichen neuen ausländischen Finanzdienstleister auf ihrem Hoheitsgebiet in jenen Finanzfeldern zulassen, die durch die NAFTA oder ein FTA mit der EU (Chile, Mexiko, karibische Länder) liberalisiert worden sind. Das bedeutet, dass sehr riskante Finanzprodukte wie etwa der spekulative Derivatenhandel eingeführt werden können, eine Praxis, die maßgeblich zur Finanzkrise beigetragen hat. Auch wenn die Vereinbarungen oftmals einige Ausnahmen für eine „vernünftige“ Regulierung beinhalten, liegt die Entscheidung über die zu schützende Verfahrensweise bei Handelsgerichten. Dadurch können es die FTAs den Ländern sehr erschweren, Spekulationsgeschäfte bei Nahrungsmittelpreisen dadurch zu verbieten, dass sie den Handel mit derartigen Derivaten unterbinden, die zur Nahrungsmittelkrise beitragen.
Zudem versucht die EU, durch die FTAs die Implementierung von vielen freiwilligen internationalen Normen für Finanzbehörden in Entwicklungsländern als verbindlich durchzudrücken. Bisher haben diese Normen aber bei der Abwehr der Finanzkrise völlig versagt, und die meisten Entwicklungsländer hatten kein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Normen.

FTAs stoppen die Kapitalkontrollen

Während einer Finanzkrise, oder schon vorher, um sie abzuwenden, ist es wichtig, dass Länder die Möglichkeit haben, den Kapitalzufluss und -abfluss zu kontrollieren, der weitgehend über Banken stattfindet. Dennoch verpflichtet das durch die EU und die USA eingeführte FTA-Modell die Länder dazu, Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu beseitigen und den länderübergreifenden Kapitalfluss zu erleichtern. Im EPA zwischen der EU und der Karibik sind keine Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Einwohnern der Unterzeichnerstaaten zugelassen, auch nicht bei großen Kapitaltransfers im Investmentbereich. Nur unter „außergewöhnlichen Umständen" ist es den Ländern erlaubt, destabilisierende Kapitaltransfers zu stoppen. Zudem werden alle vorbeugenden Maßnahmen, die finanziell destabilisierend wirkende Kapital- oder Handelsflüsse unterbinden, durch zahlreiche Bedingungen eingeschränkt. Das untergräbt in vielen Fällen die innerstaatliche Politik zum Schutz von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der gefährliche Mix von FTAs und BITs

Man darf es nicht vergessen: Ausländische Finanzinvestoren, die in ein Land kommen, das einem FTA unterliegt, können sofort bereits vorhandene bilaterale Investitionsvereinbarungen (BITs) nutzen und Regierungen verklagen, die neue soziale oder umweltpolitische Bestimmungen einführen. So ist z. B. Argentinien von über 30 Unternehmen wegen seiner Maßnahmen während der Finanzkrise 2000/2001 verklagt worden. Ausländische Investoren haben auf Grundlage einer BIT auch schon Südafrika wegen seiner Abkehr von der Apartheidspolitik verklagt und wegen der Erhöhung der Zahl von schwarzen Anteilseignern im Bergbau. Das könnte auch im Finanzbereich geschehen.

FTAs wurden bei den Finanzreformen vergessen

Keine der derzeitigen offiziellen Diskussionen über Reformen im Finanzbereich berücksichtigt, wie die FTAs oder das GATS der WTO den Finanzbereich weiter liberalisieren und deregulieren. Auch konzentrieren sich diese Reformdiskussionen nicht auf die Einführung von Regeln, die das Finanzwesen auf produktive anstatt spekulative Ziele umlenken oder Investitionen in Unternehmen oder Projekte stoppen, die Gesellschaft und Umwelt schädigen.
Um den Beitrag des Finanzmarktes zu den weltweiten Krisen in den Bereichen Nahrung, Klima/Umwelt und Gesellschaft zu stoppen, müssen die extreme Deregulierung und die Marktöffnung durch FTAs und GATS aufgehoben werden.

WAS WIR FORDERN:

• Alle Verhandlungen zu Finanzdienstleistungen in GATS und FTAs müssen beendet werden.
• Ländern sollte es gestattet sein, ihre vorhandenen GATS- und FTA-Verpflichtungen zur Liberalisierung von Finanzdienstleistungen aufzuheben (also eine Zurücknahme).
• Ländern wird es gestattet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Krisen im Finanz-, Sozial- und Umweltbereich abzuwehren, ohne von Vergeltungsmaßnahmen aufgrund von GATS- und FTA-Bestimmungen bedroht zu sein.
• Finanzdienstleistungen und Kapitalliberalisierung müssen außerhalb der WTO und aller FTAs geregelt werden.
• Finanzdienstleistungen müssen reguliert werden, um mit äußerstem Nachdruck die Bildung nachhaltiger Gesellschaften zu unterstützen. Dazu gehört es auch, sich vorrangig um die ärmsten Gemeinschaften zu kümmern.

http://www.ourworldisnotforsale.org/fr/report/free-trade-agreements-contribute-financial-and-other-crises-owinfs-financial-services-brief-2

Übersetzung: Don R. Vigo
Korrektur: Thomas Blicker, SiG

Harald Neuber
Bank des Südens: Selbsthilfe zur Selbsthilfe

In wenigen Wochen soll die lateinamerikanische Bank des Südens ihre Arbeit aufnehmen. Das Projekt ist Teil einer globaleren Integrationspolitik

Nach einer mehrjährigen Planungsphase haben sieben Staaten Südamerikas Ende September ein eigenes, multistaatliches Kreditinstitut (1) gegründet.
Die Bank des Südens (Banco del Sur) soll die Loslösung der südamerikanischen Staatengemeinschaft von den globalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF (2)) und der Weltbank (3) begünstigen. Die Gründungspartner der Bank des Südens reagieren damit auf die zunehmende Bindung von Krediten dieser Institutionen mit politischen Forderungen. Dieses Vorgehen hatte seit den 1980er Jahren in der gesamten Region heftige Kritik provoziert.

Während Gründungsstaaten wie Ecuador oder Paraguay mehr auf Unterstützung nationaler Entwicklungsprogramme hoffen, planen die Staatschefs von Venezuela und Brasilien daher schon die globale Ausweitung des Modells. Die Bank des Südens könnte zum Umbau des gesamten internationalen Finanzgefüges beitragen.

Anders als mitunter behauptet, ist die Bank des Südens keine alleinige Initiative von Hugo Chávez. Das Projekt wurde 2006 vom venezolanischen Staatschef und dessen damaligen argentinischen Amtskollegen Néstor Kirchner ins Leben gerufen. Ziel der regionalen Entwicklungsbank war von Beginn an die Emanzipierung von den international agierenden Finanzinstitutionen.

2007 schlossen sich Ecuador und die Regionalmacht Brasilien dem Vorhaben an, später kamen Bolivien, Paraguay und Uruguay hinzu. Obwohl die Bank des Südens von Beginn an in die Politik des Regionalbündnisses UNASUR (4) eingebunden ist, bleiben drei Staaten dieser Allianz außen vor: Peru hat sich offen für die Beibehaltung der neoliberalen Politik entschieden, aus Kolumbien kommen widersprüchliche Signale und Chile begnügt sich mit dem Beobachterstatus. Dennoch ist die Bank des Südens zum Zeitpunkt ihrer Gründung erfolgreicher als gedacht. Das Einlagekapital beläuft sich auf 20 Milliarden US-Dollar. Ursprünglich war von sieben Milliarden die Rede.

Rafael Correa: "Ein historischer Schritt"

Einen ersten Vertrag hatten die Gründungsmitglieder der Bank des Südens be-

reits im 2007 geschlossen (Rückzug nach vorne (5)). Binnen 60 Tagen sollte die Gründungsakte unterzeichnet werden, hieß es in dem damals verabschiedeten Dokument.

Dass aus den 60 Tagen rund 20 Monate wurden, lag vor allem an Unstimmigkeiten zwischen den kleinen Staaten des Bündnisses und der Regionalmacht Brasilien. Deren Regierung sperrte sich gegen die Absicht, jedem Staat eine Stimme zuzugestehen. Die Befürworter dieser Regelung argumentierten mit der Allmacht der USA im IWF. Es müsse darum gehen, demokratischere Strukturen zu schaffen.

Der Kompromiss: Das Prinzip "Ein Land, eine Stimme" gilt bei Kreditsummen bis zu 70.000 US-Dollar. Bei höheren Beträgen entschieden die Mitglieder gemäß ihrer finanziellen Beteiligung: Argentinien, Brasilien und Venezuela haben demnach mit einer Vier-Milliarden-Dollar-Einlage das höchste Stimmgewicht nach Ecuador mit sieben Milliarden. Es folgen Bolivien, Paraguay und Uruguay. Der Hauptsitz der Bank wird in der venezolanischen Hauptstadt Caracas bezogen, Filialen sind in La Paz (Bolivien) und Buenos Aires (Argentinien) geplant.

Die Gründung der Bank des Südens sei ein "historischer Schritt", sagte (6) der ecuadorianische Präsident und Ökonom Rafael Correa. Mit einer eigenen Entwicklungsbank werde man keine Kredite mehr bei IWF und Weltbank aufnehmen müssen. Nach Angaben Correas Außenministers Fander Falconi soll die Bank des Südens helfen, den nationalen Entwicklungsplan der linksgerichteten Regierung umzusetzen.

Die selbstgewählte Isolation von Peru, Kolumbien und Chile sieht der peruanische Wirtschaftswissenschafter Oscar Ugarteche indes positiv. Die drei Staaten seien schließlich nicht bereit, mit dem neoliberalen Paradigma zu brechen, schrieb er in einem Essay (7). "Mit weniger Teilnehmern und mehr Startkapital hat die Bank des Südens das Potential, den ärmsten Gebieten der Region zu helfen, indem sie die Umwelt schützt und sich der sozialen Kluft zuwendet, die das soziale Gefüge Südamerikas durchzieht." Eine andere Welt sei möglich, so das positive Resümee des Ökonomen und Journalisten, und die Gründung der Bank des Südens könne der erste Schritt in diese neue Welt sein.

Zweitgrößte Entwicklungsbank der Region

In der Tat hat die Höhe des Startkapitals einige Beobachter überrascht. Noch vor einem Jahr wurde in der Finanzbranche angezweifelt (8), dass die Bank des Südens einen realen Einfluss gewinnen kann. Einige dieser Zweifel sind nun verflogen. Mit 20 Milliarden US-Dollar hat die neue Entwicklungsbank doppelt soviel Liquiditätsreserven wie die Andine Finanzkorporation (Corporación Andina de Fomento, CAF (9)). Die Bank des Südens wird künftig nach der Brasilianischen Entwicklungsbank (BNDES (10)) das zweitgrößte staatliche Bankhaus dieser Art in Südamerika sein.

Venezuelas Wirtschafts- und Finanzminister Ali Rodríguez Araque zeigt (11) sich auch deswegen zuversichtlich, dass die neue multistaatliche Bank zur wirtschaftlichen Integration Südamerikas beitragen wird. Diese Zusammenarbeit finde vor allem in drei Bereichen statt so Rodríguez Araque: in der Energiepolitik, dem Ausbau der Infrastruktur und in der Finanzbranche. Nach Angaben des venezolanischen Ministers wird die Südbank dennoch nicht sofort ihre Arbeit aufnehmen. Zunächst müssten die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten die Gründungsakte ratifizieren, dann werde die Rekrutierung des Personals in Angriff genommen. Die Arbeit könne ab dem 1. Januar 2010 aufgenommen werden.

Doch gerade Venezuelas Regierung verfolgt weiterführende Pläne. Auf dem Südamerika-Afrika-Gipfel in Venezuela Ende September, in dessen Verlauf die Gründung der Südbank auf den Weg gebracht wurde, weihte Präsident Chávez in Caracas ein "Radio des Südens" ein. Das Programm, das von Sendern in Südamerika und Afrika übernommen wird, stammt vom venezolanischen Nationalradio. Ziel sei es, Kultur und Geschichte beider Kontinente zusammenzubringen, sagte (12) Chávez bei der Einweihung der Station. Zudem sollten die "revolutionären politischen Kämpfe" befördert werden.

USA und EU stellen sich auf neuen politischen Diskurs ein

In dem Maße wie die Integrationspolitik der südlichen Schwellen und Entwicklungsländer Gestalt annimmt, ändern die industriellen Machtzentren - die USA und Europa - ihre Strategien. Washingtons Außenministerin Hillary Clinton kündigte (13) unlängst an, Finanz- und Entwicklungshilfen wieder stärker und bewusster in die außenpolitische Agenda einzubinden. Der prozentuale Anteil der Entwicklungshilfe am US-Haushalt sei "so gering wie in kaum einem anderen Industriestaat", so Clinton, die eine verstärkte Zusammenarbeit mit regierungsunabhängigen Organisationen im Ausland sowie mehr Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit einfordert.

Deutlicher noch wird die Angleichung des entwicklungspolitischen Diskurses im Fall der Europäischen Union. In den vergangenen Jahren ist zunehmend auch die neoliberale Freihandelspolitik Brüssels in Lateinamerika auf Kritik gestoßen. Mit Blick auf das kommende Gipfeltreffen beider Kontinente hat die EU-Kommission nun eine neue Agenda vorgestellt. Darin stellt sie die ökonomische Integration und die Unterstützung beim Aufbau einer nachhaltigen wirtschaftlichen Infrastruktur ins Zentrum ihrer Bemühungen und macht sich damit zwei der Ziele zueigen, die auch Venezuelas Wirtschafts- und Finanzminister Rodríguez Araque nennt.

Ebenso wie die USA will die EU nach eigenen Angaben die Zusammenarbeit mit der "Zivilgesellschaft", wie die spanische Nachrichtenagentur EFE schrieb (14), stärken. Zu diesem Zweck soll bei dem kommenden EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2010 in Madrid eine biregionale Stiftung gegründet werden. Finanziell hat Brüssel in Vergleich zu den regionalen Integrationsprojekten indes nur wenig anzubieten. Von 2007 bis 2013 stellt sie maximal 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung.

LINKS

(1) http://www.heise.de/tp/blogs/8/138154

(2) http://www.imf.org

(3) http://www.worldbank.org

(4) http://www.comunidadandina.org/documentos/dec_int/cusco_sudamerica.htm

(5) http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25220/1.html

(6) http://www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=200722&lee=16

(7) http://www.observatoriodelacrisis.org/readarticle.php?article_id=290

(8) http://www.dinero.com/wf_InfoArticulo.aspx?IdArt=42632

(9) http://www.caf.com/view/index.asp?ms=17

(10) http://www.bndes.gov.br

(11) http://www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=201008&lee=3

(12) http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=93539

(13) http://www.agweek.com/articles/?id=6523&article_id=15166&property_id=41

(14) http://www.google.com/hostednews/epa/article/ALeqM5gOrGHEpipKqm0j8GH-lcASoqdoZA

Telepolis Artikel-URL:
http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31276/1.html"
http://www.amerika21.de/hintergrund/2009/selbsthilfe-zur-selbsthilfe/

Hinweise der SiG-Redaktion:

SiG Nr. 56 ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten
http://sandimgetriebe.attac.at/5140.html

SiG Nr. 73 SUCRE gegen IWF
http://sandimgetriebe.attac.at/7221.html

Via Campesina Österreich

Der globale Landraub

und wie dieser die Ernährungssicherheit in der Dritten Welt untergräbt

Übersetzung und Dokumentation des Beitrages "Global Land Grab Undermines Food Security in the Developing World". Fact Sheet July 2009 der US-amerikanischen NGO food&waterwatch.

Seit etwa 2004 hat sich - wenig beachtet von der Öffentlichkeit - eine ganze Welle von Investoren Ackerflächen und Wälder in einigen der ärmsten Länder der Welt unter den Nagel gerissen. Regierungen, Stiftungen und Konzerne aus Schwellenländern und ölreichen Staaten haben Millionen Hektar Landes in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika aufgekauft oder gepachtet. Diese Entwicklung hält nach wie vor an. Die Investitionen in fruchtbarste Flächen drohen, die Ernährungssicherheit und eine nachhaltige ländliche Entwicklung in den Entwicklungsländern weiter zu untergraben.

Die international tätige NGO GRAIN brachte die Geschichte des Landraubs an die Öffentlichkeit, als sie 2008 mehr als 100 dieser Deals bekannt machte. Der International Fund for Agricultural Development der UNO berichtete vom Kauf bzw. der Verpachtung von mehr als 2,5 Millionen ha Landes in Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan zwischen 2004 und 2009. Das wissenschaftliche Institut IFPRI (International Food Policy Research Institute) fand heraus, dass ausländische Investoren sich zwischen 15 Mio. und 19,8 Mio. ha landwirtschaftlich Nutzfläche in den Entwicklungsländern bereits gesichert haben oder knapp davor stehen, diese zu erwerben.

Dieser Landraub wird von Ländern und Investoren betrieben, die entweder Flächen für den Nahrungsmittelanbau und für Agrotreibstoffe suchen oder neue Quellen von Süßwasser erschließen wollen. Internationale Investmentbanken und Hedgefonds schnappen sich rund um den Erdball das Bauernland. Einige wohlhabende Länder - abhängig von importierten Nahrungsmitteln wie etwa Japan und Südkorea - sichern sich zusätzliches Bauernland jenseits ihrer Grenzen. China dehnt seinen weltweiten Einflussbereich aus, um seine Ernährungssicherheit zu maximieren und sein Wirtschaftswachstum zu füttern. Trockene, ölreiche Staaten versuchen, ihren heimischen Wasserverbrauch für die Landwirtschaft zu senken, indem sie neues Farmland im Ausland kaufen oder pachten und so Nahrungsmittel in ihre heimischen Märkte schiffen. Die Lebensmittelkrise von 2008 hat diesen weltweiten Ansturm noch beschleunigt. Weil bereits 95% der Ackerflächen in Asien genutzt werden, werden Afrika und Lateinamerika als die Kontinente angesehen, in denen Investoren vor allem nach bebaubarem Land suchen.

Diese neuen Aufkäufe von Land wird die Ernährungssicherheit einiger Entwicklungsländer weiter destabilisieren - denn das Land, das zu den ausländischen Investoren verschoben wurde, kann nicht mehr zur Nahrungsproduktion für lokale Gemeinschaften verwendet werden. Die Verlockung der neuen Investment-Dollars kann die Bemühungen um eine eigenständige Bewirtschaftung des Bodens hintertreiben.

The new farm owners



The new farm owners - Corporate investors lead the rush for control over overseas farmland
GRAIN, October 2009 http://www.grain.org/articles/?id=55

Dieser finanzielle Druck trägt zum Trend hin zu einer großmaßstäbigen industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion bei - womit kleinbäuerliche Produzenten verdrängt und die ländliche Armut und die Ernährungsunsicherheit verschärft werden. Einige Länder und soziale Bewegungen widersetzen sich diesem Landraub, sodass die Financial Times anerkennt, dass man diesen Prozess als „neokolonial angesehen" werden kann.

Beachtenswerte Fälle von geschehenem und geplantem Landraub:

* 2008 hat eine Investmentfirma mit Sitz in Dubai 323.760 ha in Pakistan erworben
* 2009 hat Saudi-Arabien einen Deal über 484.000 ha Ackerfläche in Tanzania abgeschlossen
* Chinas wirtschaftliche Stärke hat es zu einem führenden Investor in Sachen agrarischer Nutzflächen gemacht. Obwohl China in Indonesien bereits im Rahmen eines 8-jährigen Pachtvertrages eine Fläche von 1.000.000 ha zum Anbau von Palmöl, Zucker und Maniok mittels Investoren aus Indonesien und China anbaut, kauft oder pachtet China weiteres Ackerland in Laos, Kambodscha, auf den Philippinen, Myanmar (Burma), Kamerun und Uganda.
* Südkorea will privaten Konzernen öffentliche Gelder anbieten, damit diese Pachtverträge mit einer Laufzeit von 50 Jahren abschließen, um auf russischem Boden Getreide für den Export nach Südkorea anzubauen.
* Ein bekannt gewordener Geschäftsentwurf zwischen Kambodscha und Kuwait sieht vor, dass Kuwait 50.000 ha Ackerland (möglicherweise für 99 Jahre) pachtet, Kambodscha würde im Gegenzug Finanzmittel für die Infrastruktur erhalten.

Der großflächige Landraub verdrängt die örtliche Nahrungsproduktion und Kleinbauern

Alleine schon die schiere Größe dieser neuen und geplanten Investitionen in Land kann die Lebensmittelproduktion in den Entwicklungsländern destabilisieren, denn Millionen von Hektar werden aus der heimischen Landwirtschaft herausgenommen. Es ist ja offensichtlich, dass riesige Agrobusiness-Unternehmen Land in Entwicklungsländern kaufen oder pachten - aber die Größenordnung, in der dies geschieht, stellt das, was bislang an Aneignung von Land geschah, bei weitem in den Schatten. So besitzt Dole Foods 36.000 ha und weitere 27.000 ha hat es in den Ländern der 3. Welt dazugepachtet. Jahrzehnte der Landaneignung durch Dole machen aber bei weitem nicht einmal ein Prozent (0,18%!) dessen aus, was nach den vorsichtigen Schätzungen von IFPRI an „modernem" Landraub geschieht (15 Mio. ha).

Die Flächen, um die es bei diesem Landraub geht, stellen einen substantiellen Bestandteil an kultivierbarem Land dar: Geht man von den niedrigen Zahlen des IFPRI von 15 Mio. ha aus, so wäre dies so, als wäre das gesamte Farmland des Bundesstaates Oklahoma von ausländischen Investoren aufgekauft worden. Legt man die höheren Schätzungen zugrunde, so entspricht dies der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von Nord-Dakota. Indem solche Flächen der Nahrungsmittelproduktion für die lokalen Bedürfnisse fehlen, wird die ohnehin auf schwachen Beinen stehende Ernährungssicherheit weiter untergraben. Viele der vorgesehenen oder bereits realisierten Landverkäufe bzw. -verpachtungen finden in Ländern statt, die die FAO (Food and Agricultural Organization, Teilorganisation der UNO) in Bezug auf die Ernährungssituation als unsicher eingestuft hat, so Kenia, Sudan, Uganda, Myanmar.

Der Anstieg der weltweiten Nahrungsmittelpreise 2007 und 2008 hat den Trend zum Ankauf von großen Landflächen beschleunigt, sei es zur Steigerung der Ernährungssicherheit des Investorenlandes oder als eine Alternative zu den zusammenbrechenden Aktienmärkten. Die Preise für Boden sind in einigen rasch wachsenden Schwellenländern und der industrialisierten Welt gestiegen, was das billigere Land in den Entwicklungsländem für Investoren zunehmend attraktiv macht.

Die neuen Investoren errichten riesige industrielle Farmen und verdrängen damit Kleinbauern und -bäuerinnen von ihrem Land. Viele dieser Geschäfte mit Land haben eine Größenordnung von Zehntausenden Hektar. Diese riesigen Betriebe, die oft nur eine einzige Getreidesorte anbauen, drängen die in vielen Entwicklungsländern übliche kleinbäuerliche Struktur an den Rand. Und 85% der Betriebe in der 3.Welt sind kleiner als 2 ha!
Der Landraub vertreibt die Kleinbauern und -bäuerinnen, die ihre althergebrachten Ansprüche auf Acker- und Weideland oft nicht geltend machen können. Subsistenzbauern / -bäuerinnen und Hirten haben oft keine Besitztitel im modernen, westlichen Sinn auf das Land, das sie entsprechen traditionellen Nutzungs- und Besitzübereinkünften nutzen. Sie können daher leicht den Zugriff auf das Land verlieren, das Investoren auserkoren haben. Das wirkt sich insbesondere für Frauen verhängnisvoll aus, die ja 70% der Landwirte in der 3. Welt stellen. Diese Frauen können vor den Gerichten mit ihren örtlichen Gesetzen ihre Besitzansprüche oft nicht schützen. Noch schlimmer: Oft wissen Kleinbauern und -bäuerinnen nicht einmal, dass sie ihr Land verlieren. Die meisten dieser Deals werden zwischen den ausländischen Investoren und den lokalen Regierungen im Geheimen abgeschlossen und der Großteil an Informationen ist der Öffentlichkeit unzugänglich. Ausländische Investoren beanspruchen das beste Land, üblicherweise mit Zugang zu Bewässerung, und so können ohnmächtige ländliche Gemeinschaften einen großen Teil des produktiven Landes verlieren.

Der Raub von Wasser gemeinsam mit dem Land

Viele der Landaufkäufer, speziell solche aus trockenen und importabhängigen Ländern, sind ebenso auf den Zugriff auf Wasser auf, wie sie auf Land aus sind. Indem sie Land mit reichlichem Wasser aufkaufen oder pachten, können sie ihre eigene Bewässerung hin zu den städtischen Versorgungssystemen umlenken. das International Institute for Sustainable Development berichtet 2009:

Letztlich läuft das, was jetzt als Landraub beschrieben wird, auf einen Wasserraub hinaus: Mit dem Ankauf oder der langfristigen Pacht von Land gelangen die Wasserrechte in Besitz oder sie werden überhaupt gleich mit dem Investitionsvertrag erworben.

Die afrikanischen und asiatischen Länder im Visier der Investoren haben Wasser, verfügbar für die landwirtschaftliche Produktion. So beruht z.B. die zentralafrikanische Landwirtschaft auf Bewässerung durch Regen, nur 2% des Landes werden bewässert. Das macht die Region attraktiv für Investoren auf der Suche nach fruchtbarem Land und Wasser. Im Juni 2009 haben sich Vertreter/innen von mehr als 200 Finanz- und Agrounternehmen in New York getroffen, um diese Agro-Investitionen zu diskutieren. Dabei prognostizierte der CEO des Emergent Asset Management's African Agricultural Land Fund: „Wasser wird zu einem fantastisch knappen Anlagegut."

Und die Wassermenge, die benötigt wird, um die Felder der Investoren zu bewässern, wäre beträchtlich. Wieder basierend auf den vorsichtigen Schätzungen des IFPRI würde für die Bewässerung von Weizenfeldern auf den 15 Mio. ha jährlich etwa 67 Mrd. m³ Wasser benötigt. Das ist in etwa das Doppelte der Wassermenge hinter dem Hoover-Damm, oder mit anderen Worten: 335 mal die Menge der Kölnbreinsperre bei Vollstau.

Die Festschreibung des Landraubs durch internationale Handels- und Investitionsabkommen

Letztlich handelt es sich bei diesem Landraub um Investitionen; die Regierungen und die Investoren aus den Konzernen können ihre Aufkäufe und Pachtverträge mittels der Schutzvorschriften für Investitionen in den internationalen Handelsabkommen schüt-

zen. Freihandelsabkommen wie das NAFTA (North American Free Trade Agreement), das US-Peru-Freetrade Agreement und andere haben strenge Vorschriften, die es den Investoren erlauben, Schadenersatz einzuklagen, wenn sie glauben, dass ihre Investition untergraben oder verwässert wurde. Ende 2008 waren knapp 2.700 bilaterale Investitionsschutzabkommen in Kraft, wovon 42% zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern abgeschlossen worden waren.

Ein Sprecher der Indigenen erklärte gegenüber The New York Times: „Der Präsiden [von Peru] dachte, wir wären gefügig und würden die Pläne, die unsere Art zu jagen und anzubauen vollständig verändert hätte, hinnehmen. Das tun wir aber nicht."

Schlussfolgerung

Der neue weltweite Raub von Land und Wasser ist das jüngste Kapitel einer konzerngesteuerten Globalisierung, die einer exportorientierten Produktion den Vorzug gibt gegenüber einer nachhaltigen weltweiten Ernährungssicherung. Ausländische Landinvestoren können Millionen Menschen von produktiven Besitzständen und Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, technologischem und traditionellem Wissen vertreiben.

Glücklicherweise ist eine breite Bewegung von Bürger/innen und Bauern / Bäuerinnen entstanden, die diese Entwicklung bekämpft und bereits einige der geplanten Fälle von Landraub zu Fall gebracht hat. 2008 hat die Gegenwehr gegen ein geplantes Pachtabkommen über Millionen von Hektar zwischen Südkorea und Madagaskar dieses zu Fall gebracht und zum Sturz der madegassischen Regierung beigetragen. Die Regierung der Philippinen hat einen Deal mit China wegen der Gefährdung der Ernährungssicherheit und der konkreten Vorgaben des Vertragsentwurfes gestoppt.

Solche Landverträge müssen in vollem Ausmaß die Ernährungssicherheit und die traditionellen Landrechte bestehender ländlicher Gemeinschaften berücksichtigen. Der UN-Berichterstatter zum Recht auf Nahrung hat die Notwendigkeit hervorgestrichen, dass Regierungen die Ernährungssicherheit in jedem Entwurf eines Landvertrages schützen. Solche Verträge müssen transparent und mit voller Zustimmung der betroffenen lokalen Gemeinschaften ausgehandelt werden. Die Investition muss nachhaltig in Bezug auf die Umwelt sein und der lokalen Bevölkerung qualitative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Die Gewinne aus dem Verkauf sollen der lokalen Bevölkerung zugute kommen und ein Teil der Produktion der Investoren soll an die lokalen Märkte abgegeben werden, um eine Zunahme der Ernährungsunsicherheit zu vermeiden.

Gekürzte und leicht redaktionell bearbeitete Übersetzung von food&waterwatch: "Global Land Grab Undermines Food Security in the Developing World". Fact Sheet July 2009, im Netz auf ? http://www.foodandwaterwatch.org/world/global-land-grab-undermines-food-security-in-the-developing-world.
Übersetzung: Walther Schütz
http://www.viacampesina.at/cms/aktuelles/der-globale-landraub.html

Via Campesina: Bauern und Sozialbewegungen sagen Nein zum Landaufkauf

Beim Weltgipfel der FAO 2008 zur Ernährungssicherheit wurde die Behandlung eines Themas hartnäckig vermieden: die exorbitanten Profite des Agrobusiness' zu einem Zeitpunkt, an dem die Ernährungskrise auf ihrem Höhepunkt war, als mehr als eine Milliarde Menschen Hunger litten.
In diesem Jahr wird man das Thema des weltweiten Landaufkaufs vermeiden. Investoren verständigen sich mit Regierungen über den Kauf von Zehntausenden Millionen Hektar fruchtbares Land in Asien, Afrika und Lateinamerika. Diejenigen Regierungen, die Druck ausüben, um solche Verträge abzuschließen, wie Saudi-Arabien oder Südkorea, sehen in der Auslagerung ihrer Nahrungsmittelproduktion eine neue Strategie, ihre eigene Bevölkerung zu ernähren, ohne auf den internationalen Markt zurückzugreifen.

Aufgrund des aktuellen Preisniveaus für Nahrungsmittel sind landwirtschaftliche Nutzflächen in Schwellenländern für Privatinvestoren eine neue Quelle sicherer Einnahmen. In jedem Fall macht der Run auf das Land die Ernährungskrise zu einer finanziell umso interessanteren Gelegenheit, als er sich auf die Ausweitung der exportorientierten industriellen Landwirtschaft gründet. Mehr als 100 Milliarden Dollar sind im Spiel, und über 40 Millionen Hektar wurden bereits verkauft, von Äthiopien bis Indonesien. Kleinbauern werden vom notwendigen Zugriff auf das Land und die Wasserversorgung abgeschnitten. Die lokalen Gemeinschaften werden noch weniger Zugriff auf Ernährung haben. Dabei werden sie zumeist weder über diese Abkommen informiert noch in Entscheidungen einbezogen, die das Land betreffen, das sie seit Generationen bebauen. Die Folgen dieser Entwicklung sind für das weltweite Ernährungssystem höchst dramatisch.

Für die Bauernorganisationen und Sozialbewegungen, die sich in Rom treffen, ist dieser Aufkauf von Land inakzeptabel. Er hat nichts zu tun mit der Stärkung der familiär organisierten Landwirtschaft oder lokaler Märkte - in unseren Augen die einzige Art und Weise, Ernährungssysteme zu schaffen, die tatsächlich imstande sind, die Bevölkerungen zu ernähren. Win-win-Strategien, die auf dem offiziellen FAO-Gipfel vorgeschlagen werden sollen, sind gefährlich und unrealistisch. Sicher sind Investitionen erforderlich. Es ist jedoch notwendig, in die Ernährungssouveränität zu investieren, in unzählige lokale Märkte und in die vier Milliarden Menschen, die weltweit die Landbevölkerung ausmachen und die den Großteil der Nahrung produzieren, von der unsere Gesellschaften leben, und nicht in landwirtschaftliche Mega-Betriebe, die sich in den Händen weniger Mega-Eigentümer befinden.
Vom13. bis zum 17. November sind Vertreter von Bauernorganisationen und Sozialbewegungen in Rom gewesen, die direkt in den Kampf gegen die neue Welle des Landaufkaufs involviert sind.

Via Campesina ist eine internationale Bewegung, zu der Millionen Bauern, Kleinproduzenten, Landlose, Frauen im ländlichen Lebensraum und Landarbeiter der ganzen Welt gehören. Unsere Bewegung besteht aus 148 aktiven Organisationen in 69 Ländern in Asien, Afrika, Europa, und auf den amerikanischen Kontinenten. GRAIN ist eine gemeinnützige kleine internationale Organisation, die den Kampf der Bauern und der sozialen Bewegungen unterstützt, um die Kontrolle der Ernährungssysteme, gegründet auf Biodiversität, durch die Gemeinschaften zu stärken.
http://www.viacampesina.org/main_fr/index.php?option=com_content&task=view&id=458&Itemid=38
Übersetzung: Katja WILLEBRAND



Gemeinsame Erklärung von 450 Organisationen vom 18.November in Rom: http://peoplesforum2009.foodsovereignty.org/final_declarations

Arbeitsplatzverlust ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich!

Von den 

AGn **Arbeit*Fair*Teilen, Energie – Klima - Umwelt** und **Genug für Alle an die Opel-Beschäftigten:**

Protest und Alternativen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen bei Opel, liebe Betriebsräte, liebe Gewerkschafter_innen!

Die Situation bei Opel und General Motors ist Teil der Strukturkrise der Weltautomobilindustrie. Mit der jüngsten Entscheidung von GM ist die Zukunft Eurer Arbeitsplätze bedroht, Entlassungen und Betriebsschließungen sind wahrscheinlich, wenn es nach den Herren von GM geht. Ganz offen sprechen sie vom Krieg der Autoindustrie um Absatzmärkte und Marktanteile. Die Versuche von Bundes- und Landesregierungen, die bis zum Wahltag glauben machen wollten, sie könnten die Sicherheit Eurer Arbeitsplätze gewährleisten, sind bisher gescheitert.

Aber Arbeitsplätze sind nicht sicher, wenn es nur um Profit geht.
Arbeitsplätze sind nicht sicher, wenn es um Konkurrenz geht.
Arbeitsplätze sind nicht sicher, wenn es Überkapazitäten gibt.

Arbeitsplätze sind langfristig nur sicher, wenn die Bedürfnisse der Menschen und Umweltverträglichkeit Grundlage der Produktion sind, nicht der Profit!

Ihr kämpft für Arbeitsplätze, für auskömmlichen Lohn und für ein würdiges Leben.

Was aber, wenn **keine** Arbeit da ist, wenn **diese** Arbeit nicht mehr gefragt wird, wenn viele Autos nicht gebraucht und verkauft werden können?

Die Überkapazitäten in der Automobil- und Zulieferindustrie werden abgebaut. Lohnverzicht und Sozialabbau schützen also nicht vor Erwerbslosigkeit, sondern führen zu Armut schon vor Hartz IV, zu mehr Reichtum bei den Reichen, die uns in die nächste Krise stürzen.

Wir von Attac wollen Euch nicht nur mit Worten unterstützen!
Schritte aus der Krise können sein:

1. Deutliche Arbeitszeitverkürzung! Millionen Euro, die die Arbeitslosigkeit kostet, Millionen, die ein Sozialplan kostet, Millionen Steuerausfälle, können die Basis für Lohnausgleich sein.
   30-Stunden-Woche statt Arbeitslosigkeit!
   Es gibt Erfahrungen, z. B. die Vier-Tage-Woche bei VW. Wir wissen: Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze, erspart soziale Kosten, erhält menschliche Bedingungen für die Familien und ist bezahlbar.

2. Die Produktion bei Opel muss jetzt umgebaut werden: Nützliche Produkte statt zu viele Autos, die niemand braucht und die die Erde unbewohnbar machen. Die Milliarden, die Magna oder GM bekommen sollen, sind besser eingesetzt für den Umbau der Produktion und die Qualifizierung der Belegschaften.

3. Soziale Absicherung muss es für alle Menschen geben, die Opfer der Krise werden, auch für die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben und deren Familien, bezahlbar durchaus von den Banken, die uns die Krise eingebrockt haben und nun schon wieder maximale Profite kassieren.

Weder die Bosse von GM noch die Regierung in Berlin werden ohne Druck von unten diese Schritte gehen. Einzig ihr könnt diesen Druck erzeugen, wenn ihr Unterstützung aus der Bevölkerung bekommt und Solidarität über Grenzen hinweg der Standortkonkurrenz entgegen setzt.

Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir Euch unterstützen durch Aktionen und Informationen. Wir kommen gerne zu Euch zu Betriebs- oder Streikversammlungen, zu größeren oder kleineren Gesprächen.

Für Euch und bei Opel geht es um mehr als die Zukunft eines Unternehmens und die Arbeitsplätze – es geht um eine fundamentale gesellschaftspolitische Auseinandersetzung um Macht, Produktion und Arbeit. Diese Auseinandersetzung verlangt und erlaubt alle kreativen Formen des demokratischen und sozialen Kampfes, über die Ihr entscheiden werdet. Dabei wollen wir Euch gerne unterstützen. Eure und unsere Ansprüche lassen sich realisieren, wenn wir mit Gegenmacht und gerechten Forderungen die Machtlogik von Politik und Wirtschaft durchbrechen.

Frigga Haug

Ein gutes Leben

Teilzeitarbeit für alle –
eine zeitgemäße Unterwanderung gewohnter Vorstellungen und eingerosteter Identitäten.
Rede zur Eröffnung des 3. Deutschen Sozialforums

Es geht uns um ein gutes Leben für alle. Das hört sich bescheiden an, ist jedoch, wie wir erneut in der Krise des Kapitalismus sehen, das Unverschämteste, das einem derzeit einfallen kann. Auf dem Weg dorthin gibt es enorme Hindernisse – ökonomischer, politischer, kultureller Art und schließlich solche, die in uns selbst liegen, in unseren Gewohnheiten vor allem.

Arbeit ist in Verruf gekommen

„Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht", schreibt Marx 1875 im Nachwort zu Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln, „bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht."
Dass die kapitalistische Gesellschaft im Ungleichgewicht ist, sieht jede, selbst wenn sie selbst noch die Balance halten kann. Aber der Satzteil mit der Sonne der Arbeit rutscht widerborstig herunter und liegt schwer im Magen. Er ruft Erinnerungen an Arbeiterlieder wach, - alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will – seltsam deplaziert, wo der Tastendruck oder der Touch regiert, ohne Stärke, fast schwerelos. Zudem ist Arbeit lange schon vielfach in Verruf gekommen, mehr Last und Mühe als Freude und Genuss, also eher dunkel als hell. Und doch gibt es ein Echo tief in uns, dass „die Sonne der Arbeit" die Kämpfe der Arbeiterbewegung weit überschreitet, ja in der Wirklichkeit auf das Gesamtprojekt der Menschwerdung zielt – als gemeinsame Tätigkeit. In der Arbeit betätigen sich Menschen, schaffen sich selbst, genießen das Leben, befriedigen ihre Bedürfnisse und entfalten ihre Liebesfähigkeit. So konkret sich solche Bestimmungen anhören, so abstrakt erscheinen sie angesichts der Entwicklung der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen und vor allem unserer gegenwärtigen Lage.
„Die Geschichte", schreibt Antonio Labriola (1998) könnte „in einem Trauerspiel als Tragödie der Arbeit dargestellt werden."
Was die Menschen als gemeinsame Arbeit beginnen, ja ihre eigene Entwicklung wendet sich gegen sie, verstärkt die Herrschaft über sie, je reicher sie werden, desto mehr fallen sie in Armut. Im Laufe der Geschichte gestalten die Menschen nicht immer selbstbewusster ihre gemeinsame gesellschaftliche Arbeitskraft, umgekehrt überfällt das von Menschen Geschaffene hinterrücks die Einzelnen, als hätten sie nichts damit zu tun. Wir können eine lange Reihe solcher absurder Formulierungen sprechen und historisch begründen. Denn in der Arbeit kreuzen sich Herrschaft und Befreiung, Mühsal und Genuss, Entfremdung und Selbstverwirklichung, Entwicklung und Nichtentwicklung, Notwendigkeit und Freiheit.

Zu wenig Arbeit?

„Unserer Gesellschaft geht die Arbeit aus", rufen seit etwa 25 Jahren die Sozialwissenschaftler als handle es sich um ein Bergwerk, das erschöpft ist. Sie bemühen sich, einen Gesellschaftszusammenhalt anders zu finden, nicht über Arbeit, sondern vielleicht über Kommunikation oder über den Konsum und so das Trauerspiel in einem Wellnesscenter zu beenden. Das ist zwar Mainstream-Theorie, scheint sich aber praktisch zu bewahrheiten. Denn inzwischen lehrt uns die Weltwirtschaftskrise das Fürchten. Die Meldungen über mehr und mehr Arbeitslose – täglich mehrere Tausend – füllen die Nachrichten, Angst schleicht sich in die Herzen der Vielen. Wann wird es uns treffen?
Verzweifelt versucht man sich an den Arbeitsplatz, soweit noch vorhanden, zu klammern, alle weiterreichenden Wünsche zu vergessen und ist bereit zu vielem.
Wo immer wir hinsehen, zeigen sich uns die Dinge doppelköpfig. Denn Arbeitslosigkeit ist ja nicht einfach ein Mangel und Anzeiger für Armut, Beleg, dass das Bergwerk leer ist. Sie ist nach der anderen Seite hin nichts anderes als der Nachweis, dass sich die Produktivkräfte der Arbeit soweit entwickelt haben, dass wir die notwendige Arbeitszeit für das Überleben erheblich reduzieren können, sie zeigt also Reichtum an -, freilich nicht für diejenigen, die arbeitslos werden. Wenn gesellschaftlich weniger Arbeit für das Notwendige gebraucht wird, wären die Menschen freigesetzt, endlich die vielen Tätigkeiten aufzunehmen, zu denen aus purer Not in der Form der Überarbeit bislang die Zeit nicht reichte. Dass sich die Menschen des Wenigerwerdens von notwendiger Arbeit nicht freuen können, dafür sorgt wiederum ihre kapitalistische Formbestimmung als Lohnarbeit. Nur wer sich seine acht Stunden oder mehr zur Verfügung stellt, kann auf Anerkennung, entsprechende Entlohnung, Wertschätzung, Teilhabe hoffen.
So bedeutet Arbeitslosigkeit eine Freisetzung als Beraubung, eine Tragödie diesmal für die Arbeitenden.
Wir gehen davon aus, dass wir inzwischen nurmehr ein Bruchteil an Arbeitsstunden für die gleichen Produkte einsetzen müssen und bei gewachsenem Niveau an Lebensstandard jedenfalls weit weniger als die Hälfte – und dass dies auch weltweit durchsetzbar wäre, da sich die Produktivkräfte und das nötige Know-how in absehbarer Zeit verallgemeinern ließen.

Kein Aufschrei

In dieser Situation fordert die bundesdeutsche Regierung eines der reichsten Länder, das insbesondere in bittere Armut gefallen zu sein scheint, eine Verlängerung der wöchentlichen und vor allem auch der Lebensarbeitszeit mit der Behauptung, so Arbeitsplätze zu sichern. Die Widersinnigkeit dieser Behauptung ist so offensichtlich, dass Angst und Verzweiflung die Menschen taub und stumm gemacht haben müssen, dass sie nicht weithin hörbar aufschreien.
Dabei hält die Regierung fest an einem Arbeitsmodell, das von einem Acht-Stundentag ausgeht, ohne dass für alle ein solcher Arbeitsplatz vorgesehen ist. Und auch jetzt gibt es keinen Aufschrei im Land, sondern weiter beherrscht Einschüchterung das Feld, die die Einzelnen dazu bringt, zu hoffen, die Regierung wisse schon, was in der Krise zu tun sei. Dies wider alle Erfahrung.
Die lange Zeit von Hartz IV hat zudem ein Flachland an Resignation und Lähmung hervorgebracht, allenfalls unterbrochen von trotzigen Rufen einiger weniger, dass Arbeitslosigkeit ja das Recht auf Faulheit gewähre. Die Rufe werden in der Bedrohtheit durch die

Krise leiser. Solidarität schrumpft. Rette sich wer kann.

Menschen in Bewegung bringen

Wie können und wollen wir in dieser Lage Politik machen? Wir agieren aus der Position der Schwäche, aus dem Nicht-mainstream. Wir können andere nicht überzeugen, wenn sie es nicht selber tun. Wir wollen Menschen zum Nachdenken, in eine Bewegung bringen, die sie selber wollen können.
Was wäre jetzt die im Titel versprochene Unterwanderung von festgefahrener Politik, von gewohnten Vorstellungen, eingerosteten Identitäten, von Ungleichheiten und Ungerechtigkeit? Die Formulierung bezieht uns alle ein, und wie wir uns in den Verhältnissen eingerichtet haben. Wie wir dann Losungen schmieden, etwa nach dem Recht aller auf einen Vollzeiterwerbsarbeitsplatz. Oder, – wenn wir das nicht haben können, was ja jedermann weiß, wenn er einmal auf die Entwicklung der Produktivkräfte geblickt hat, bzw. durchrechnete, wie viel Zeit gebraucht wurde vor wenigen Jahrzehnten noch, als wir schon um die 38-Stundenwoche stritten, ein Auto zu bauen, wie wenig es jetzt ist, wie viele Autos schon überflüssig da sind, wie ökologisch schädlich sie sind usw. – wenn wir dann die Richtung ändern und statt des Arbeitsplatzes wenigstens ein Grundeinkommen fordern. Eine bescheidene Forderung, die nurmehr ums bloße Überleben streitet und in einer entwickelten Gesellschaft darum ringt, dass alle ein Dach über dem Kopf haben und die Mittel für eine minimale Existenz, ohne demütigender Kontrolle unterworfen zu werden.
Es ist mir zu bescheiden. Es fordert kaum zum Umdenken heraus. Es trifft uns nicht in unseren gewordenen Sicherheiten. Es erscheint vielmehr als eine Fortsetzung der seit dem Mittelalter gewährten Almosen und Armenspeise, der Wohlfahrt von oben. Eingreifender, weil verknüpft mit den Mindesterwartungen an eine Zivilgesellschaft, scheint mir die Forderung von Rosa Luxemburg, dass „die sozialen Garantien des Lebens selbstverständlich“ sind für alle, damit sie überhaupt in der Lage sind, sich um die lebenswerten und notwendigen Bereiche des Lebens zu kümmern, sich in die Politik einzumischen.

Die Losung

Wie wäre es jetzt mit der Losung: Teilzeitarbeit für alle. Die Losung muss zunächst auf den empörten Widerstand der meisten treffen, vor allem derjenigen, die noch einen Vollzeitarbeitsplatz haben, auf den sie sich eingerichtet haben im Zeitverbrauch, in häuslicher Arbeitsteilung, im Lebensstandard. Lange wurde zudem gewerkschaftlich gegen Teilzeitarbeit gekämpft. Weitgehend erfolglos, sie breitet sich aus – wir kennen die Zahlen – 70 Prozent der Teilzeitarbeitsplätze haben Frauen inne. Das macht ihren Ruf noch schäbiger. Teilzeitarbeit, das ist Armut, Ausweglosigkeit, es gibt kaum Sicherheit und schon gar keine Aufstiegsmöglichkeiten. Teilzeit arbeiten heißt nicht nur, keiner ernsthaften Arbeit nachzugehen, es heißt auch, als Gesellschaftsmitglied versagt zu haben. Soll also solche Politik das Elend der Teilzeitarbeiterinnen für die gesamte Gesellschaft beschwören? Jeder weiß, mit so wenig Einkommen kann keine auskommen, sodass sich weitere negative Einschätzungen an diese billigen Jobs heften: Zuverdienerin zum Beispiel oder gar das Ressentiment, dass Teilzeitarbeit sich jemand nur leisten kann, die zugleich andere für sich arbeiten lässt. So schrieb jemand typisch für viele als Kommentar zur Arcandor-Pleite: "Wenn Frauen 70 Prozent aller Niedrigjobs übernehmen, spricht dies nicht gerade für die Bereitschaft berufliche Verantwortung zu übernehmen, sondern eher für die Möglichkeit sich den Luxus leisten zu können, etwas für sich hinzuzuverdienen und ansonsten den Partner für sich arbeiten zu lassen. Abgesehen davon übernehmen Männer 70 Prozent aller Überstunden und 100 Prozent aller lebenszeitverkürzenden Jobs." (*Tageszeitung*, 9.6.09)
Schlechter Ruf, zu wenig Geld, keine Sicherheit, keine Anerkennung, keine Aufstiegsmöglichkeiten
– kurz Teilzeitarbeit scheint auf den ersten Blick genau das, was wir nicht wollen. Arbeit als sinnloser Job, bloße Kräfteverausgabung gegen ein kleines Entgelt –Restarbeiterinnen im System. Wie wäre es, die geringe Achtung, die die Teilzeitarbeit hat, auf die Vollzeitarbeit zu verschieben – und die Kraft darauf zu richten, die Minderwertigkeit der Teilzeit zu ersetzen zunächst durch Aufwertung und Erkämpfung aller Rechte.

Der neue Arbeitstag

Einmal in Bewegung gekommen, können sich alle daran setzen, sich einen neuen Arbeitstag anzuprobieren. Wie wäre es, wenn man in der herkömmlichen Erwerbsarbeit nur mehr vier Stunden zubrächte und über die freigewordene Zeit selbst verfügen könnte, statt andere einseitige Verfügung zuzulassen. Das Leben ist mehr als Erwerbsarbeit – ihre Bedeutung gehört abgewertet. Das Miteinander, die Aufeinander-Angewiesenheit braucht unbedingt mehr Zeit – nennen wir sie Zeit für Kinder, Alte, Nächste, Freunde und für alles Lebendige um uns, das mehr und mehr verkommt. Dass wir das nicht so ohne Weiteres verschieben können, stößt auf die politökonomische Grenze der Kapitalverhältnisse – noch lassen sich größere Profite erringen, wenn weniger Menschen länger arbeiten, und ihre Leben ganz den Kompetenzen, die es auch zum Profitmachen braucht, verschreiben.
Aber wir könnten als anzustrebendes Ziel uns vorstellen und einfordern, dass auf jedem Vollzeitarbeitsplatz zwei Menschen sich die Arbeit teilen. Das erledigt sogleich das Problem der Arbeitslosigkeit, wir hätten dann mehr Arbeitsplätze als Menschen, die sich darauf bewerben – so können wir uns auch endlich der Qualität der Arbeiten und ihrer Angemessenheit an menschlichen Fähigkeiten und ihrer Entwicklung zuwenden.

Politik um Arbeit

Die neuen Halbzeit-Arbeitsplätze sollten langfristig am besten quotiert sein nach Geschlecht, das bringt die unterschiedlichen Erfahrungen humanisierend ein. Gemeinsam kann die Qualität der Erwerbsarbeit verbessert werden. Es sollen gute Arbeitsplätze sein und ihr Zuschnitt nicht so, dass alles Schlechte auf einem Haufen landet, auf dem anderen nur das qualifizierte, herausfordernde Kreative. Es ist klar, dass es für einen anderen Zuschnitt der Arbeiten ebenso die Zustimmung aller braucht wie eine Politik um Arbeit, die dies verfolgt. Solche Veränderung der Arbeitsteilung braucht die Veränderung r beteiligten Personen, Selbstveränderung, die man selbst in die Wege leitet.
Die außergewöhnliche Humanisierung, die so in die Einzelarbeiten käme, setzt sich fort in der Zuständigkeit aller für alle Lebensreproduktion, welches ja die Entfaltung sozialer Fähigkeiten bedeutet. Veranschlagen wir dafür weitere vier Stunden. Es ist nicht einzusehen, warum solche Menschlichkeit nur dem weiblichen Geschlecht zukommen soll. Es betrifft ebenso alle Männer im Sinne einer Bereicherung.

Es ist ein Experiment

Da Ökonomie und Politik gegen solche Verschiebung an den alten jetzt in große Krise geratenen Verteilungen festhalten wollen, liegt es unmittelbar auf der Hand, dass die Einrichtung der Gesell-

schaft, was wir Politik nennen wollen, von allen gelernt und gemacht werden muss. Es ist ein Experiment. Dafür brauchen wir weitere vier Stunden, um die verfahrenen und in einer Sackgasse steckende Gesellschaft in eine lebendige demokratische Gemeinschaft zu verwandeln.
Und jetzt erst, nachdem diese gesellschaftlich notwendigen Dinge geordnet sind, können wir auch daran gehen, die Träume unserer Jugend, das, was in uns schlummert, in die Wirklichkeit zu bringen und in Muße und Genuss, in Anstrengung und Freundlichkeit uns selbst als Zweck setzen.

Die neue Vollzeit ist Teilzeit

In dieser vier-in-einem-Perspektive wird selbstverständlich klar, dass Teilzeitarbeit für alle die unbedingte Losung ist. Sie ist selbst ein Lernprozess, eine Herausforderung an uns alle, die uns zum Nachdenken über unsere Gewohnheiten und Vorurteile anstiftet, die sogleich eine Selbstveränderung in Gang setzt, die uns bewusst macht, dass wir ein anderes Zeitregime für unsere Lebensweise brauchen, das wir gemeinsam erstreiten. Formulieren wir die Forderung jetzt um in die einfache Forderung nach radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, der jeder mit Kraft und Leidenschaft zustimmen kann, weil wir die anderen Stunden brauchen für die Freiheit einer bewussten Verfügung über ein gemeinsames Humanisierungsprojekt, in dem klar ist, dass es keine Herabwürdigung des Lebens und der Personen ist, einer Teilzeitarbeit nachzugehen, sondern die derzeit einzige Möglichkeit ihrer Würdigung als Menschen. Teilzeit ist die neue Vollzeit, womit beide Begriffe aufgehört haben, etwas sinnvoll zu bezeichnen und beständig zu sein. An ihre Stelle rückt die Forderung nach einem menschlichen Leben mit Zeit für die Erledigung des Notwendigen, des sich Kümmerns um Leben und seine Bedingungen, um die eigene Entwicklung und die notwendige Muße, um die politische Gestaltung und Einrichtung der Gesellschaft.

Teilzeitarbeit für alle ist eine Losung, die ständig beraten werden will. Sie ändert das gültige Zeitregime, sie löst das Problem der Arbeitslosigkeit, sie zielt auf Frauengleichstellung, auf die Verbesserung der Arbeiten, auf das Ziel eines guten Lebens. Es wird ein langer Weg, setzen wir uns zusammen und fangen wir an.

Frigga Haug, Jahrgang 1937, war bis 2001 Professorin für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Mitherausgeberin der Zeitschrift "Das Argument" und des Historisch- kritischen Wörterbuchs des Marxismus. Jahrelanges Engagement in der Antiatom- und Frauenbewegung, Mitbegründerin der Berliner Volksuni und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

http://www.freitag.de/positionen/0942-haug-gutes-leben-sozialforum-hitzacker

Kontroversen um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung: http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/az/azv.html

Ergebnisse des Sozialforums in Deutschland im Oktober 2009:
http://www.sozialforum2009.de/news.2009.41/

Überblick über die Weltsozialbewegung (nächstes Weltsozialforum 2011 in Dakar):
http://www.forumsocialmundial.org.br/index.php?cd_language=2&id_menu=

Bernd Riexinger
Politische Streiks: »Die Gewerkschaften müssen dieses Tabu brechen«

Die bundesweite Aktionskonferenz des Bündnisses »Wir zahlen nicht für eure Krise« fand am 14. und 15. November in Stuttgart statt (www.kapitalismuskrise.org)

Bei der Aktionskonferenz unter dem Motto »Kräfte bündeln – Perspektiven entwickeln« haben Sie mit über 200 Aktivisten der sozialen Bewegungen eine Lageeinschätzung getroffen. Wie wird sich die Krise in den Betrieben, in den Kommunen und auf die Sozialsysteme auswirken? Und wie können linke Antworten aussehen?
Wir waren uns alle einig, dass unser Bündnis weiter bestehen soll und muss. Das ist mehr als notwendig angesichts dessen, was auf uns zukommt. Die Pläne der schwarz-gelben Koalition beinhalten einen zentralen Angriff auf das Gesundheitssystem. Dementsprechend sollen vermutlich auch alle anderen sozialen Sicherungssysteme sturmreif geschossen werden.
Der Protest dagegen findet auf verschiedenen Ebenen statt.
Einerseits auf der betrieblichen, wo es um den Kampf gegen Entlassungen und den verstärkten Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen geht.
Gleichzeitig muss gegen die Verarmung der Kommunen gekämpft werden, die durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung noch verschärft wird. Haushaltssanierungen sollen auf dem Rücken des Personals und der Einwohner der Kommunen umgesetzt werden. Dagegen kann man örtliche und regionale Bündnisse schmieden, ohne die bundesweite politische Ebene aus den Augen zu verlieren.
Aber auch die EU ist ein Rahmen, in dem soziale und gewerkschaftliche Kämpfe ausgetragen werden – und ausgetragen werden müssen. Das Bündnis sieht seine Aufgabe darin, diese Ebenen zu vernetzen.

Gibt es konkrete Pläne für gemeinsame Aktivitäten?
Ja. Erste größere Aktionen wollen wir noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen durchführen.
Konkret am 20. März soll es im Südwesten und nach Möglichkeit auch in NRW landesweite Demonstrationen geben. Für den 12. Juni sind bundesweit Großdemonstrationen geplant.

Mit dem Bildungsstreik, der den Anspruch hat, keine Eliteveranstaltung zu sein, gibt es aber doch schon jetzt einen bundesweiten Sozialprotest. In welcher Verbindung steht das zu Ihrem Aktionsbündnis?
Die Bildungsstreikenden sind Teil unseres Bündnisses. Wir haben für sie eine Solidaritätserklärung verabschiedet und koordinieren unsere Aktionen aufs engste mit der Bildungsstreikbewegung. Gewerkschafter und Gewerkschaftsgliederungen sind ja ein Teil unseres Bündnisses. Auch die Linkspartei und das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC sind vertreten.

Wie ist das Verhältnis des Aktionsbündnisses zum Deutschen Gewerkschaftsbund?
Unser Bündnis ist ein Bündnis von unten. Es ist zum Teil auch entstanden, weil Beschlüsse in bundesweiten Gewerkschafts-

gremien manchmal nicht so schnell zustande kommen. Man sollte nicht erst mit Protesten beginnen, wenn schon das Gesetzgebungsverfahren läuft. Das war auch das Hauptproblem der Agenda-2010-Proteste. Aber das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist insgesamt gut.

Wie steht das Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise« zum politischen Streik?
Wir sind uns einig, dass politische Streiks notwendig sind. In anderen europäischen Ländern sind sie schließlich auch legal. In Deutschland sind sie formell verboten. Die Gewerkschaften müssen dieses Tabu brechen, wenn sie wieder durchsetzungsfähig werden wollen. Aber natürlich kann so eine Konferenz nicht zum politischen Streik aufrufen. Das wird nur funktionieren, wenn dieser Gedanke in den Gewerkschaften stärker um sich greift. Wie gesagt, es haben ja einige Gewerkschafter an der Konferenz teilgenommen – aber wenn ein politischer Streik Aussicht auf Erfolg haben soll, muss es eine Massenaktion sein, das lässt sich auch nicht mit einer Unterschriftensammlung herbeiführen. Doch es gibt ja immer mal wieder Ansätze zum politischen Streik auch in Deutschland. Gegen die Rente mit 67 haben IG Metall und ver.di ja schon kurzfristige Arbeitsniederlegungen organisiert. Zwar hat es nicht gereicht, um die Rente mit 67 zu verhindern, aber es lässt sich steigern, wenn man sich traut, es in einem Umfang zu tun, der nicht nur symbolischen Charakter hat.

Junge Welt, 17.11.2009
Interview: Claudia Wangerin

Bernd Riexinger ist Bezirksgeschäftsführer der Gewerkschaft ver.di in Stuttgart und Landessprecher der Partei Die Linke in Baden-Württemberg.
Ausführlicher Artikel von B. Riexinger „Perspektiven des Protests“ in Sand im Getriebe Nr.76
http://sandimgetriebe.attac.at/8253.html

Angela Klein
Bericht von der Aktionskonferenz „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Das Aktionsbündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise" hat am 14. Und 15.November in Stuttgart seine Marschroute für das erste Halbjahr 2010 festgelegt.
Ca. 150 Menschen kamen auf Einladung von Ver.di Stuttgart ins Willi-Bleicher-Haus, um nach der Bekanntgabe des Koalitionsvertrags das Terrain und die Schwerpunkte des Widerstands abzustecken.

Die Bandbreite der Arbeitsgruppen, die einzelne Themen vertieften, ging über die Abwehr von Entlassungen, die Möglichkeiten eine Kampagne für eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die Abwehr von Mietsteigerungen, die Begleitung von Erwerbslosen zu den Argen, den Bildungsstreik und die finanzielle Ausblutung der Kommunen bis hin zu dem, was als der wahrscheinlich härteste Angriff gewertet wurde: die Aufhebung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesen, die einen ähnlichen Paradigmenwechsel im Sozialsystem bewirken würde, wie 2004 die Agenda 2010.

Nach der Demonstration am 28.3. hatte das Bündnis beschlossen, die eigene Basis zu verbreitern durch die Bildung örtlicher Krisenbündnisse. Das ist an 27 Orten quer durch die Republik geschehen (1).
Am 17.9. fand ein bundesweiter Aktionstag dieser Bündnisse statt, der jedoch mit der Ausnahme von Stuttgart, wo er hauptsächlich von der Gewerkschaft Ver.di getragen war, nur eine schwache Beteiligung erfuhr. Für die örtlichen Antikrisenbündnisse hat sich daraus noch kein Schwung ergeben.

Nun gab es in den letzten Monaten vor der Wahl eine Art Stillhalteabkommen der Unternehmen, die, wie die *Financial Times* berichtet hatte, die Wahl einer bürgerlichen Regierung nicht gefährden wollten. Dennoch wurden, schleichend sozusagen, 3,2 Millionen Menschen seit Oktober 2008 in die Arbeitslosigkeit entlassen. Nach der Wahl ist die Schonzeit vorbei und der Arbeitgeberverband hat mit seiner Forderung nach einer Nullrunde im nächsten Jahr den Ton angeschlagen.

Die lokalen Bündnisse setzen ihre Arbeit fort und werden versuchen, stärker in die Breite zu gehen. Bei den meisten besteht dabei das Problem, dass sie eher noch als Dach für verschiedene, bereits bestehende Initiativen und Aktionsfelder herhalten, als dass alle an einem gemeinsamen, übergreifenden Thema arbeiten.

Es gab auf der Konferenz eine längere Debatte, ob ein solches Thema nicht die Gesundheitsreform sein sollte, da sie doch alle trifft und sicherlich auf Widerstand stoßen wird. Dieser Vorschlag stieß noch auf große Zurückhaltung, insbesondere Vertreter größerer Organisationen wie Ver.di oder DIE LINKE wollten sich davon nicht binden lassen.

Andererseits ist das bisherige Modell zu starr und riskiert, sich totzulaufen: Auf Bundesebene gibt es nämlich neben den örtlichen Bündnissen nur die Verabredung zu Demonstrationen. Auf diesen gibt es meist auch keine inhaltliche Zuspitzung, sondern es werden Forderungen zu dem Themenkatalog vorgetragen, der in der Plattform des Bündnisses enthalten sind. Das Bündnis kann keine bundesweite Bewegung entwickeln, wenn es zwischen den Demonstrationen praktisch auf Bundesebene nicht arbeitet. Die örtlichen Proteste finden dann auch keine überregionale Verlängerung. Die Erfahrungen der Montagsdemonstrationen sollten an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen werden: Die Wiederholung wöchentlicher Demonstrationen, ohne Strategie, wie die Basis verbreitert werden, oder die Regierung sichtbar in die Mangel genommen werden kann, ist im Sande verlaufen.

Die Strukturen des Bündnisses sind allerdings noch sehr rudimentär: Eine Kampagnenstruktur mit einem Büro und einem Minimum an Finanzmitteln gibt es nicht, sollte aber auch nicht für alle Zeiten ausgeschlossen sein.

Als Kompromiss wurde eine Veranstaltungsreihe zu den Angriffen auf das Gesundheitssystem beschlossen; Referenten und Materialien werden auf die Webseite gestellt.

Die Konferenz hat sich verständigt, dass es am 20. März 2010 parallel zur Tagung des Europäischen Rats eine regionale Demonstration in Stuttgart und womöglich auch eine in NRW geben soll. Die beiden Bundesländer sind von der Krise der Metall- und Stahlindustrie am stärksten betroffen. Am 12. Juni soll es bundesweit in mehreren Städten eine Demonstration geben.

Am 17. April 2010 tritt die Aktionskonferenz erneut zusammen.

http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/klein.html

(1) Übersicht:
http://www.kapitalismuskrise.org/aktionstag/uebersicht-4/

S. auch: http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/finanzkrise.html
Und: Widerstand gegen Kopfpauschale? Die Gesundheitsreformen könnten zum Fokus eines neuen sozialen Protestes werden
http://www.heise.de/tp/blogs/8/146560

Maurizio Coppola
Neuer Aufstieg der Rechtsextremen?

Die Wahlen am 11. Oktober 2009 im Kanton Genf haben einen neuen Sieger zutage gefördert. Mit einem Ergebnis von 14,74 % der Stimmen hat die MCG (mouvement citoyen genevois, Bewegung der Genfer Bürger) ihre Wählerschaft im Vergleich zu 2005 (7,73 %) verdoppelt. Die SVP hingegen musste sich mit 8,55 % zufrieden geben (9,60 % im Jahr 2005). Diese Tatsache zeigt, dass die Genfer SVP nur ein Schatten ihrer Schwesternparteien in der deutschsprachigen Schweiz ist, wo die SVP weiterhin beständig Stimmen gewinnt.

Die MCG, die vor allem mit ihrer Anti-Grenzgänger Kampagne vorangekommen ist, hat mit den Ängsten der Bevölkerung in einer sehr schwierigen Lage kokettiert. Im Allgemeinen erfahren ArbeiterInnen und Angestellte massive Umstrukturierungen – sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor – die als Synonym für Massenentlassungen, für die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, für die Individualisierung der Lohnverhandlungen und für Angriffe auf die materiellen und institutionellen Errungenschaften sozialer Grundlagen stehen. Diese Unsicherheitsgeneratoren sind ein günstiges Klima für eine Vereinfachung der sozialen Probleme: Schuld sind die Ausländer und der Weggang der Ausländer bedeutet das Ende der Probleme.

In diesem Zusammenhang kann die Analyse von Alain Bihr über den Aufstieg der FN (Front National von Le Pen) in Frankreich in den 90er Jahren für die Gegebenheiten in der Schweiz aufgegriffen werden: *„Zwei Aspekte dieser Angst müssen hauptsächlich berücksichtigt werden. Einerseits die Verbundenheit der Mittelschicht mit ihren materiellen Besitztümern (vor allem Auto und Wohnung), die oftmals mühsam erworben wurden und daher einen hohen symbolischen Wert haben. Diese Verbundenheit kann im Hinblick auf die ansteigende Rate der Kleinkriminalität nur zu einem übersteigerten Sicherheitsbewusstsein führen. Andererseits und wichtiger noch: die Angst vor einem sozialen Abstieg und der innere Zwang, sich vom Lumpenproletariat abzuheben, sind durch die Vermehrung der „Obdachlosen" und der „neuen Armen" deutlich gestiegen. Ein Lumpenproletariat, dessen sinnbildliche Figur der Gastarbeiter ist (auch wenn die sozio-ökonomische Wirklichkeit der Einwanderer sich deutlich geändert hat). Hier findet sich eine der Grundlagen des weit verbreiteten Rassismus: Der Einwanderer wird wahrgenommen als der, dessen sozialer Status, verwundbar und abgewertet, das lebende Beispiel dafür ist, was viele französische Arbeiter und Angestellte fürchten, eines Tages zu werden. Außerdem ist die Tatsache, dass man sich in Konkurrenz (um Arbeit, Wohnung, Erteilung von Zuschüssen etc.) mit ihm befindet, zum Anzeichen der Degradation ihrer sozialen Lage geworden."* (Alain Bihr, En France, désespérance populaire et démagogie politique, erschienen im Dezember 1995 in le Monde diplomatique).

Strohfeuer?

Ist der Aufstieg einer Rechten rechts der SVP die Wiederholung dessen, was Genf in den 70er Jahre erlebt hat, als die Vigilanten, die eine Kampagne gegen die Angestellten internationaler Organisationen in Genf geführt haben, die stärkste Partei der Stadt wurden? Inhaltliche Analogien sind sicher vorhanden. Wie in den 70er Jahren erleben wir heute eine wirtschaftliche und soziale Krise. In der Geschichte hat die Rechte immer in Krisenzeiten ihre Macht gestärkt. Aber muss man dieses Wahlergebnis als Strohfeuer ansehen, als eine typische Genfer Gegebenheit, die vorübergeht?

Die Wandlung der „Arbeiterstimme"

Eine fachgerechte Analyse der rechten und sogar der extrem rechten Stimmabgaben muss die Veränderung der „ArbeiterInnenstimmen" mit einbeziehen, das heißt die Entwicklung der Arbeiterwählerschaft. Genau das hat Florent Gougou, Forscher am CEVIPOF (Zentrum für politische Forschung) in seiner Analyse der französischen Wahlen im Jahr 2002 getan, als zum ersten Mal ein Kandidat der Rechtsextremen den zweiten Wahldurchgang erreichte (im vorliegenden Fall Le Pen für die Front National).

Gougou fasst seine Analyse wie folgt zusammen: *„In Frankreich gehorcht der Stimmenverfall der Arbeiterklasse zwei hauptsächlichen Gedankengängen: die Prägnanz der industriellen Wandlung innerhalb der von Kommunisten bestimmten Arbeitermilieus und die Bilanz der Linken nach ihrer Regierungszeit. Aber die Veränderung wird im Wesentlichen durch die jüngeren Generationen verursacht, die nie von der Klassenbildung erfüllt waren, die die Arbeiter zur Linken geführt hat."*

Und weiter: *„Die Stimmabgabe für die Front National, obwohl auch in einigen kommunistischen oder sozialistischen Arbeiterkreisen spürbar, ist in erster Linie zurückzuführen auf rechte Arbeiterkreise, die sich angesichts der neuen Herausforderungen, die zwischen 1981 und 1984 aufgetaucht sind – an erster Stelle die Einwanderer - geradezu radikalisiert haben. Hingegen ist der Anstieg der Wahlverweigerung typisch für die linken Kreise, hauptsächlich kommunistisch, die damit auf die abfallenden linken Stimmen reagieren."* (Florent Gougou, Les mutations du vote ouvrier sous la Ve république, erschienen in Nouvelles FondationS – Nr. 5).

Der Verfall des industriellen Sektors und die Zunahme der Dienstleistungen in der Wirtschaft haben gleichzeitig die Berufsbilder und Arbeitsplätze der ArbeiterInnen verändert. Parallel dazu hat das Auftauchen von Massenarbeitslosigkeit die Arbeitsplatzsituation der ArbeiterInnen unsicher gemacht. In diesem Zusammenhang ist es hauptsächlich die „Krisengeneration", also die Generation, die den „Klassenkompromiss" nicht kennen gelernt hat, die mehr und mehr der Rechten zustimmt. Und die linken Kreise nehmen immer weniger an den Wahlen teil (in Frankreich – 30 %).

Kurz gesagt: die rechten Stimmen sind nicht „vorübergehend", sondern eine strukturbedingte Wirklichkeit, die mit den Veränderungen der Arbeitswelt und den Schwierigkeiten für die „Krisengeneration" verbunden ist.

Die Linke und der Kampf gegen Rassismus

Soziale Situation, industrielle Wandlung, Generationenfaktor und Wahlmüdigkeit sind natürlich wichtige Faktoren für die Verbreitung der Rechten und sogar der Rechtsextremen. In diesem Zusammenhang zieht jede „vereinfachte" Reaktion Erwartungshaltungen nach sich. Auf diese Tatsache baut die Gewerkschaft der MCG, die SEGE (Gewerkschaft zum Schutz der ansässigen Genfer Arbeitnehmer). Auf ihrer Internetseite findet man die Aussage: „Die Grenzgänger machen das Gesetz nicht." Es ist geschichtlich nachgewiesen, dass konservative Kräfte aus den diskriminiertesten Bürgern „Gefahren für die Demokratie" machen, um so die bestehenden Verhältnisse umzukehren, um dadurch ihre Politik besser durchzusetzen und die Unterdrückung herunterzuspielen. All das findet sich in der Rhetorik von MCG und SEGE wieder. Eine Bestätigung dieser neuen Gewerkschaft spielt sich vor Ort ab: werden die „linken" Gewerkschaften (Unia, SIT, VPOD etc.) in der Lage sein, angemessene Antworten auf die aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Situation zu finden? Ein gewerkschaftliches Engagement ist jetzt wichtiger denn je!

Jedoch muss noch ein anderes Element der Ausbreitung der Rechten berücksichtigt werden: das Fehlen einer linken Perspektive für die ArbeiterInnen-Milieus. In einem Artikel mit dem Titel „Die Wanderarbeiter, erste Opfer der Krise", der in „Événement syndical (Zeitung der Gewerkschaft Unia) vom 12. August 2009 erschienen ist, wird ein Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wie folgt zitiert: *„Wir wollen ihnen [Ausländerinnen und Ausländer] Erfolgsperspektiven für ihr Berufsleben geben. Diskriminierungen bei der Arbeit bremsen das Wirtschaftswachstum und verhindern schließlich die Integration. Denn wer diskriminiert wird, fühlt sich niemals zuhause."*

Obwohl die antirassistischen humanistischen Argumente zu begrüßen sind, stoßen sie doch auch auf ihre Grenzen, denn sie klammern die Schwierigkeiten aus, die Menschen vor dem Hintergrund ihrer verschlechterten materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen erleben. Es geht jedoch, ohne die soziale Realität vereinfachen zu wollen, darum, den Teufelskreis der Herrschaft zu durchbrechen – hier die doppelte Herrschaft von Kapital/Arbeit und Einheimische/Ausländer. Das ist das wichtigste Instrument für die Emanzipation aller Lohnabhängigen.

Übersetzung: Gina Heidemann, Coorditrad

Peter Grottian, Michael Colain und Sebastian Zimmermann

Der Bildungsstreik zeigt Wirkung

- Eine selbstkritische Einschätzung

Die überraschende Bewegung

Die dezentrale Bildungsstreikbewegung im Juni 2009 hat die Bildungsfrage auf die innenpolitische Tagesordnung gesetzt. Die Initiatorinnen und Initiatoren waren selbst von der Dynamik überrascht und die Politik reagierte bisher wenig souverän.
270 000 Protestierende auf den Straßen, die größte unabhängige Bildungsbewegung seit Jahrzehnten.
Sie war demokratisch, dezentral angelegt und durch eine zarte Klammer gemeinsamer Forderungen für die überregionalen Botschaften zusammengehalten.
Es war ein Streik der vielen tausend Gesichter. Die lokalen Bündnisse prägten das Bild und nicht hervorstechende bundesweite WortführerInnen. Die Presse hatte zurecht Schwierigkeiten, SprecherInnen oder OrganisatorInnen für den Mediengebrauch auszumachen. Basisdemokratie war ein flächendeckendes Konzept, das bewusst auf die Großdemonstration verzichtete.
Die gute Balance von gängigen Protestformen (Demos, Versammlungen, Debatten) und Aktionen des zivilen Ungehorsams (Instituts und Rektoratsbesetzungen, Straßenblockaden, Belagerungen, symbolische Banküberfälle) hat den streikenden Studierenden und SchülerInnen eine ganz überwiegende Sympathie und Unterstützung der Öffentlichkeit und der Medien eingetragen.

Der Bildungsstreik hat den schon länger schwelenden Unmut - auch bei den Lehrenden - über die miserablen Zustände an den Schulen und Hochschulen – die Kitas nicht zu vergessen – zum Vorschein gebracht.

An und in den Bildungseinrichtungen wurden fruchtbare und kontroverse Debatten über grundlegende Fragen und Perspektiven des Bildungssystems geführt.
Eine neue politische Welle hat das Land erstmals seit Jahren durchzogen. Die oft als unpolitisch gescholtene Jugend setzte ein sichtbares Zeichen für Veränderung. Vielerorts wurde nun eine Diskussion über konkrete Veränderungen angestoßen.

Dieser erste Erfolg wäre nicht ohne ein breites Bündnis möglich geworden. Gewerkschaften, soziale Gruppen, einige Rektoren und Präsidenten, HochschullehrerInnen, akademischer Mittelbau und LehrerInnen unterstützten den Streik, ließen eine kritische Sympathie erkennen oder freuten sich zumindest im geschützten Raum mit Studierenden und Schülern.



Klägliche Verteidigung herrschender Bildungspolitik

Die einzige Gruppe, die sich zunächst fast bedeckt hielt, waren die Politiker. Neben Respektsbekundungen seitens Bündnis90/Die Grünen und Die Linke, fiel die Bundes-SPD durch nahezu komplette Abwesenheit auf. Kanzlerkandidat Steinmeier konnte mit dem Streik einfach nichts anfangen, er war ihm von der Protestform her fremd. Dass die CDU den Bildungsstreik gar als linke, instrumentalisierte Wahlkampagne denunzierte, zeigte jenseits des lächerlichen Merkel-Bildungsgipfels einmal mehr, dass die Kanzlerin und ihre CDU/CSU wenig von den Problemen in Schulen und Hochschulen verstanden haben. Auch die herablassende Art der Bundesbildungsministerin, Annette Schavan, den Bildungsstreik zum Teil als „gestrig“ zu bezeichnen, weist darauf hin, dass diese Ministerin eher in den Forschungs- und Eliteküchen zu Hause ist, als bei den konkreten Problemen von SchülerInnen und Studierenden. Die FDP war einstmals auch eine Bildungspartei. Der Bildungspolitiker Dahrendorf hätte sich im Grabe umgedreht, wenn er seine alte FDP vernommen hätte. Nun sah sie im Bildungsstreik „anarchistische Gewalt“. Die Kultusministerkonferenz (KMK) reagierte zunächst kopflos auf den Bildungsstreik. Ein Diskussionsgesuch der Studierenden und SchülerInnen anlässlich ihrer Konferenz in Berlin lehnte sie zunächst ab. Als der öffentliche Druck größer wurde, bot sie ein knappes Gespräch im Ensemble von vier Kultusministern an. Das Gespräch war sachlich, sehr kurz und man verständigte sich auf eine zu vereinbarende Kommunikation. Die fehlende Resonanz der Regierenden lässt auf Sprachlosigkeit und Unfähigkeit, sich mit den streikenden BürgerInnen auseinander zu setzen, schließen.

Der Bachelor alten Typs ist abgeräumt

Insgesamt fällt bei der Reaktion der Politik auf, wie kläglich die Verteidigung der bisherigen Bildungspolitik ist. Kein Politiker, keine Rektorin, kein Professor hat den Schmalspur-Bachelor nach sechs Semestern wirklich noch verteidigt. Die glühendsten Verfechter von BA/MA sind ganz leise geworden - weil sie sehen und zum Teil auch einsehen, was da angerichtet worden ist. Kurz: Der Bachelor in seiner bisherigen Form hat keinen öffentlichen Rückhalt mehr. Kaum eine Professorin wird noch mit Überzeugung die Hand für einen sechssemestrigen, verschulten Bachelor heben, wenn eine Prüfungsordnung verabschiedet wird. Die Hochschulen stehen nach dem Bildungsstreik vor einer Revision. Ob die Landesregierungen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen werden, steht allerdings in den Sternen und könnte im Endeffekt dazu führen, dass der bisherige Weg der Sachzwanglogik und Unzuständigkeitserklärung für das Desaster zwischen Hochschulleitungen, Ministerien und angeblich verpflichtenden „Bologna-Beschlüssen“ weiter geht. 28 Milliarden Euro durch das Konjunkturpaket und den Bund-Länder-Pakt für Baumaßnahmen investieren - für Kita-Anstriche, Austausch von Kloschüsseln und Turnhallen-Bau - , aber nichts für die Lehr- und Lernbedingungen von SchülerInnen und Studierende konkret tun, das geht jetzt nicht mehr, ging aber noch ohne öffentlichen Aufschrei vor dem Streik.
Doch die grundsätzliche Kritik am System Bologna wurde von der Öffentlichkeit kaum aufgegriffen. Im Rahmen der Lissabon-Strategie soll Europa zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Bildung wird so zuvorderst auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert und schließlich im Rahmen der GATS-Abkommen nur noch als Dienstleistung aufgefasst. Echte Mitbestimmung der Betroffenen ist da ein Fremdkörper, denn sie sollen als Kunden nur noch über das ob, nicht aber über das wie, des Lernens entscheiden. Beim Bologna-Prozess stehen „arbeitsmarktrelevante Qualifikationen“ im Vordergrund, während die Studierenden und SchülerInnen eine dem Menschen zu kritischem Urteilen befähigende, demokratisch organisierte Bildung einfordern. Dieser grundsätzliche Konflikt über das Verständnis von Bildung bleibt trotz der massenhaften Mobilisierung zwischen den Verantwortlichen in der Politik und den Streikenden unausgefochten. Vielfach

wurde er totgeschwiegen. Der Bildungsstreik hat Aufmerksamkeit erregt, doch die weltweite Ökonomisierung von Bildung schreitet weiter voran.

Wirkungen, wirklich Wirkungen?

Was aber folgt aus dem Bildungsstreik? Nach diesem ersten Erfolg haben sich die SchülerInnen und Studierenden für November/Dezember 2009 auf weitere gemeinsame Proteste verständigt. Erneut sind Massenproteste, Aktionen des zivilen Ungehorsams wie z. B. eine Blockade der KMK-Sitzung in Bonn im Dezember geplant. Einige landespolitische Alternativ-Bildungsgipfel werden stattfinden, um die politischen Landesverantwortlichen herauszufordern.
Am 7. Juli trafen sich in Berlin im Hause Schavan die Bildungsstreikenden, Wissenschaftsorganisationen und HochschulrektorInnen. Das Gespräch war eine Show der Bildungswilligen - aber immerhin sagte die Bildungsministerin zu, dass jeder und jede einen Zugang zum Master haben sollte. Damit hatte sie ihre eigenen Exzellenzvorstellungen relativiert. Die Kultusminister haben sich angsthäsig hinter ihren Finanzministern versteckt. Bisher ist noch keine Bereitschaft erkennbar, sich mit den Streikzielen der Protestierenden auseinander zu setzen. Vor allem die Forderungen von Schülerinnen und Schülern nach Abschaffung von G8, mehrgliedrigem Schulsystem und weniger wirtschaftlichem Einfluss verhallten unbeachtet. Die KMK hat nun im Oktober 2009 mit eher windelweichen Absichtserklärungen etwas grundsätzlicher auf den Bildungsstreik reagiert. Man merkt dem Dokument die Zerrissenheit der Bundesländer an und ihr noch immer krampfhaftes Festhalten an einer selbstproduzierten Orgie des Bürokratieprozesses (SZ), der man ein wenig mehr Leine geben will. Nachjustieren ist das Zauberwort, um nicht die eigenen Fehler wirklich eingestehen zu müssen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist da schon mutiger und fordert eine generelle Überarbeitung der bisherigen Studienkonzeptionen und Mittel dafür, einen geöffneteren und differenzierteren Bildungsprozess auch mit mehr qualifiziertem Personal bewältigen zu können. Auch die neue Bundesregierung hat nicht nur Bildungsanstrengungen in die Überschrift ihres Koalitionsvertrags gesetzt, sondern auch eine jährliche Aufstockung um drei Milliarden Euro für Bildung zugesagt. Noch sind die Konturen sehr unscharf - aber das geplante Stipendien-Programm ist ein typisches FDP-Leistungsträger-Projekt und in der Finanzierung so voraussetzungsvoll, dass die geplanten Mitfinanzierer, die Unternehmen und Dienstleister, eine beredte, schweigsame Position einnehmen. Gemeinsam ist allen Reaktionen von HRK, KMK und Bundesregierung, dass sich fast nichts an der gegenwärtigen Lehr-Lern-Situation an Schulen und Hochschulen ändern wird. Strukturelle Veränderungen sind nicht angesagt, sondern nur punktuelles "reformieren" am Bestehenden. Es regiert der Verschiebebahnhof politischer Verantwortlichkeit und nicht ein klösterlicher Arbeitsprozess, der auf massive Korrekturen setzt. Die Studierenden haben inzwischen scharf auf die KMK-Beschlüsse mit einer Zurückweisung reagiert.

Defizite de Bildungsstreikbewegung

Trotz allem unverhofften Erfolg sind Strukturdefizite nicht zu übersehen:

Erstens gab es eine thematische Schieflage zugunsten der Hochschulprobleme. Nur die Kritik am Turbo-Abitur drang durch, aber sonst wurden eher die Hochschulprobleme als die Schulen öffentliches Streitthema. Es gab erhebliche Abstimmungsprobleme zwischen SchülerInnen und Studierenden in der Öffentlichkeitsarbeit. Die thematische Schieflage war so schon in den Bündnissen zwischen SchülerInnen und Studierenden erkennbar.

Zweitens: der Bildungsstreik hat bewiesen, dass Zentralität und strikte Dezentralität sinnvoll aufeinander bezogen eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung erzeugen können. Ohne die strikte Dezentralität wäre die basisdemokratische Mobilisierung von 270 000 Protestierenden nicht möglich gewesen. Eine zentraleDemonstration, die sehr bewusst nie ins Auge gefasst worden ist, hätte gerade den massenhaften Aufbruch von unten unterhöhlt. Andererseits: Ohne die zentrale Pressekonferenz in Berlin und ohne die mühsam erhobenen Zahlen und Fakten über die Gesamtmobilisierung wäre der öffentliche Durchbruch als Thema schwerlich möglich gewesen. Live-Ticker, Pressemitteilungen, ständig ansprechbare Pressekontakte und eine detaillierte Kontaktliste in die lokalen Bündnisse machten es möglich, das Interesse der Medien an die dezentralen Strukturen weiterzuleiten.
Erst die Wucht der Mobilisierung zerstreute die Zweifel in den Medien, dass nur ein paar tausend Protestierende (FAZ, Der Spiegel, Freitag) unterwegs seien. Dass die politischen Fronten mit dem Bildungsstreik durcheinander gerieten, hat der öffentlichen Akzeptanz des Streiks genutzt. So unterstützte zwar die FAZ nicht den Bildungsstreik, aber schrieb vernichtende Urteile über den Bologna-Prozess und die Lehr-Lern-Situation an den Hochschulen. Vorsichtige Unterstützer des Bildungsstreiks waren ARD, ZDF, FR, taz, Junge Welt, SZ, Berliner Zeitung - während Focus, der Spiegel, Tagesspiegel, Die Welt und Freitag ohne erkennbare Konturen blieben. Die Rundfunkstationen (HR, WDR, NDR, RBB, SWR, SR, MDR u. a.) sympathisierten mit dem Bildungsstreik und spiegelten mit ihren dezentralen Strukturen auch die Bildungsstreikbewegung regional wider. Über die privaten Medien liegt bisher nach unserer Kenntnis keine genauere Auswertung vor.

Drittens: Die Mobilisierung stand mehr auf der Kippe als sich die BewegungsaktivistInnen eingestehen wollten. Die Mobilisierung in den Seminaren war nach allgemeiner Auffassung unzureichend. Die Dynamik setzte erst in der buchstäblich letzten Minute auf den gut besuchten Vollversammlungen der Hochschulen ein. Die echte Unterstützung der HochschullehrerInnen blieb öffentlich aus, nur wenige Lehrende waren bei den Demonstrationen präsent. HochschullehrerInnen sind prinzipienfest opportunistisch. Sie schluckten mit wenig Protest die BA/MA-Logik und erwarteten von sich und den Studierenden keinen ernsthaften Protest. Kurz: Das Mobilisierungspotential an Schulen und Hochschulen blieb in weiten Teilen weit hinter den Möglichkeiten (Mittelbau, sonstige MitarbeiterInnen) zurück.

Viertens: Die lokale und regionale Zentralität hat beeindruckende Dynamiken geschaffen, die aber nur in Einzelfällen auch bundespolitisch durchgeschlagen sind (Heidelberg, Düsseldorf, Hamburg, Göttingen, Leipzig u. a.). Es gab große weiße Flecken auf der Streik-Landkarte wo es ganz ruhig blieb und Protestaktionen eine Rarität waren.

Fünftens: Der Bildungsstreik litt nach den ersten beiden Bundestreffen an einer Unkultur des politischen Misstrauens bis hin zu selbstzerstörerischen Tendenzen. Natürlich gehört es zu einer basisdemokratischen Bewegung, möglichst jede Machtkonzentration zu vermeiden. Aber die oft gehandelten Projektionen („Der SDS will sich den Bildungsstreik unter parteipolitischen Gesichtspunkten unter den Nagel reißen“, „Der Koordinierungskreis könnte sich verselbständigen“, „Die Pressegruppe könnte machtvoll eigene Politik betreiben“, „Einzelpersonen wollen sich selbst inszenieren und für den Bildungsstreik sprechen“) entbehrten der Realität und lähmten oft die anstehenden Arbeitsprozesse. Viele Engagierte waren entnervt und warfen das Handtuch. Alle Machtspekulationen haben sich als unhaltbar erwiesen – eine Instrumentalisierung jedweder Art fand nicht statt. Versuche dazu blieben schon in den Anfängen stecken. Persönliche Eitelkeiten wurden eingedampft, niemand konnte zum Sprecher oder zur Sprecherin der Bildungsstreikbewegung avancieren. Keine Chance für einen neuen Rudi Dutschke. Dass die Kultur der falschen Projektionen zur Agonie der Entscheidungen geführt hat, ist kein basisdemokratisches Ruhmesblatt. Es ist wichtig, ein waches Auge für Fehlentwicklungen, eine offene Kommunikation, kriti-

sches Hinterfragen und ständige Selbstreflexion zu praktizieren, doch sollte das durch ein kooperatives Zusammenwirken, möglichst konfliktbeherrscht und ohne zu große Eskalationen möglich sein. Der KoKreis, man wagt es kaum auszusprechen, war während der Streikwoche total arbeitsunfähig. Was wäre denn passiert, wenn 3-4 Demos, 4-5 Bankenbesetzungen zusammengeprügelt worden wären? Wer hätte jenseits der lokalen Bündnisse überhaupt reagieren können? Kurz: Ein bundesweiter Bildungsstreik ohne Legitimation ist ein basisdemokratisches Unding. Zentralität und Dezentralität haben sich zu ergänzen - nicht zu blockieren.

Sechstens war der Bildungsstreik trotz einiger anderer Bemühungen deutschland-orientiert und weitgehend ohne internationale oder europäische Bewegungsbezüge zu Italien, Frankreich, Griechenland oder Spanien. Die Perspektive eines europäischen Bildungsstreiks 2011 ist zwar in der Diskussion, aber bisher nicht wirklich angegangen. Die momentanen Entwicklungen in Österreich erweckt jedoch Hoffnung für eine Ausweitung der Proteste.

Siebtens: In der Gender-Frage war positiv, dass sich Männerdominanz zwar hier und dort etablierte, aber einzelne Männer an klassischen Hegemonialstrategien wirksam gehindert wurden. Kein Mann hat eine wirklich dominante Funktion im Streik erreicht. Aber eine alte Erfahrung aus der Bewegungsforschung bestätigte sich auch: Frauen sind sensibler für die grundsätzlichen Probleme des Bildungsstreiks – die Männer halten aber das Heft ganz fest in der Hand wenn es um Banküberfälle, 12stündige Pressearbeit oder Polizeieinsätze geht.

Entscheidende Schwäche der Bildungsstreik-Bewegung ist aktuell die dünne Personaldecke von Aktivistinnen und Aktivisten und die vorerst noch fehlenden Alternativen zur herrschenden Bildungspolitik. Vom Bildungsbegriff über andere Lehr-Lern-Prozesse bis zum aufrechten Gang durch wirklich entfrachtete Studien- und Prüfungsordnungen, wären phantasievolle und stimulierende Alternativen gefragt. Der Druck von unten in der konkreten Hochschularbeit an den Instituten ist noch schwach oder droht an der bürokratischen, langwierigen, teils hinhaltenden Verhandlungsprozessen mit den Universitätsleitungen zu scheitern. So ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass sich der Bildungsstreik rasch im rituellen Aktivismus erschöpfen könnte.

Fünf knappe Konsequenzen liegen auf der Hand:

- Das Turbo-Abitur und der 6- Semester-Bachelor sind durch zivilen Ungehorsam abzuschaffen bzw. zu revidieren.
- Die Hochschulen sollten sich rasch auf eine Debatte eines mindestens vierjährigen Studiums für alle mit entsprechenden Ressourcenverstärkungen (Tutoren, Personal etc.) einlassen.
- Eine neue Debatte exemplarischen Lehrens und Lernens ist überfällig, neue Lernformen müssen ihren Platz in den Curricula finden.
- Ein „Notprogramm für Schulen und Hochschulen" ist mit den Kultus- und Finanzministern auszuhandeln.
- Ein europäischer Bildungsstreik für 2010/2011 sollte in den Zusammenhängen von attac, dem Europäischen Sozialforum, dem europäischen Gewerkschaftsbund und den europäischen Schüler- und Studierenden-Netzwerken konzipiert werden.

Der Bildungsstreik war und ist hoffnungsvoll - die Ziele können jetzt anspruchsvoller und konfliktverschärfter gesetzt werden.

Prof. Dr. Peter Grottian Hochschullehrer für Politikwissenschaft (FU Berlin) und Berater im Bildungsstreik
Michael Kolain studiert Rechtswissenschaft an der Uni Heidelberg, Mitkoordinator des Bildungsstreiks
Sebastian Zimmermann studiert Mathematik an der Uni Heidelberg, Mitkoordinator des Bildungsstreiks

Mehr Infos und Analysen:
http://www.bildungsstreik.net/

DGB-Solidaritätserklärung: Gemeinsam für ein gutes Bildungssystem!

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützt die Studentinnen und Studenten in ihrem „Bildungsstreik" und hat in seiner Sitzung am Montag in Berlin nachstehende Solidaritätserklärung beschlossen:

Vor fast genau einem Jahr hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die "Bildungsrepublik Deutschland" ausgerufen. Ein Jahr nach dem Dresdner Bildungsgipfel müssen wir feststellen: Es ist bisher wenig geschehen!

- Noch immer haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind immerhin 15 Prozente dieser Altersgruppe.
- Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 65.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss.
- Noch immer leben in unserem Land rund vier Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können.
- Noch immer landen Jahr für Jahr mehr als 400.000 Jugendliche in Warteschleifen – im Übergangssystem ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung.
- Noch immer sind unsere Hochschulen chronisch unterfinanziert – und Arbeiterkinder in den Hörsälen wieder drastisch unterrepräsentiert.

Das deutsche Bildungswesen ist Weltspitze in **sozialer Auslese.**

Der DGB fordert eine echte Kehrtwende in der Bildungspolitik. Bund und Ländern müssen:

- **die chronische Unterfinanzierung unseres öffentlichen Bildungssystems beenden.** Die von der schwarz-gelben Regierung geplanten Bildungskonten privatisieren die Kosten – und sind der falsche Weg. Wir brauchen mehr Investitionen für ein besseres öffentliches Bildungswesen: für mehr Ganztagsschulen und bessere Kindertagesstätten, für eine bessere Finanzierung der Hochschulen und den Ausbau des BAföGs, für eine bessere Weiterbildung. Für die Umsetzung dieser Forderungen hat der DGB ein Milliarden-Paket vorgeschlagen.
- **mehr Zeit für gute Bildung geben.** Die verkürzte Schulzeit (G8), der sechssemestrige Bachelor und zweijährige Berufsausbildungen sind die bekanntesten Auswüchse einer Bildungspolitik unter dem Spar-Diktat. Andere Staaten lassen mehr Zeit für Bildung. Wir brauchen keine Fast-Food-Bildung. Wir wollen keinen McHumboldt!
- **die Bildungsgebühren abschaffen.** Bildung darf nicht als Dienstleistung verstanden werden, die nur in Anspruch nimmt, wer es sich leisten kann. Der DGB fordert die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Das Menschenrecht auf Bildung muss auch in Deutschland verwirklicht werden! Die soziale Spaltung in unseren Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen, in der beruflichen Bildung und der Weiterbildung ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal!
Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB sendet allen Studierenden anlässlich ihres „Bildungsstreiks" seine solidarischen Grüße.
Wir kämpfen mit Euch für ein gutes Bildungswesen, das gleiche Chancen für alle Menschen garantiert!

http://www.dgb.de/presse/pressemeldungen/pmdb/pressemeldung_single?pmid=3553

Christian Felber
Rede im besetzten Audimax der Universität Wien
am 26. Oktober 2009

Grüß Euch,

ihr seid mutig, ihr seid politisch
ihr zeigt demokratische Verantwortung:
Attac erklärt sich mit Euch solidarisch!

Der Staat hat 100 Milliarden für die Banken. Ohne demokratische Diskussion. Freihändig. Für die Universitäten hat er keine 3 Milliarden.
Es ist ein Skandal, dass die Regierung für die Finanzierung der Banken und großer Industriebetriebe bereit ist, den Staat in mehrstelliger Milliardenhöhe zu verschulden – und gleichzeitig nicht bereit ist, für die allerwichtigste Zukunftsinvestition, die Bildung auch nur einen Bruchteil dieser Beträge als Schulden aufzunehmen oder Steuern einzuheben – bei der Bildung spart die Regierung und knausert und hungert aus.
Für die Studiengebühren waren die längste Zeit 150 Millionen angeblich nicht vorhanden. Auch heute zahlt ein Teil der Studierenden immer noch Studiengebühren.
Es ist ein Skandal, dass der Staat die Finanzierung der Banken 40mal wichtiger einstuft als die Finanzierung der Hochschul-Bildung.

Das Aushungern der öffentlichen Bildung ist kein Naturgesetz.
Während in Österreich das Hochschulbudget etwa 1% des BIP ausmacht, liegt es in Finnland und Schweden bei knapp 2%, und in Kanada nahe 2,5 %.
Es wäre also nur das Aufschließen zu mit Österreich vergleichbaren Ländern, wenn das Hochschulbudget in den nächsten Jahren verdoppelt würde.
In Österreich geht der Trend aber in die Gegenrichtung:
2000 waren es noch 1,1% des BIP, 2007 nur noch 1,06% (Kurier, 29. Oktober 2009)
Mit den 34 „zusätzlichen“ Millionen sind es jetzt 1,07%.

2,8 Milliarden Euro für die Hochschulen sind ein Klacks gemessen am vorhandenen Reichtum in diesem Land. Die Finanzvermögen der Privathaushalte belaufen sich nach jüngsten Angaben der OeNB von dieser Woche auf 429 Milliarden Euro - ohne Unternehmensvermögen und Immobilienvermögen. Reichtum ist genug vorhanden.
Eine kleine Besteuerung dieser Vermögen würde ausreichen, um die finanzielle Situation der Hochschulen nachhaltig sicherzustellen.
Die Regierung denkt nicht daran:
Josef Pröll hat in seiner Rede „Projekt Österreich“ vor zwei Wochen wörtlich gesagt: „Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern.“

Während er ohne mit der Wimper zu zucken Schulden in mehrstelliger Milliardenhöhe macht, die nur und ausschließlich durch Steuern zukünftiger und gegenwärtiger Generationen zurückgezahlt werden können, weigert er sich strikt, neue Steuern zu erheben.

Was ist die logische und zwingende Konsequenz? Wir können die explodierenden Schulden zurückgezahlt werden, wenn es „keine zusätzlichen Steuern“ gibt? Die Regierung wird die staatlichen Leistungen empfindlich weiter einschränken.

Das ist das Erbe der Ära Schüssel. „Weniger Staat, mehr privat“ war das Credo von Wolfgang Schüssel. Das hat nicht er erfunden, sondern die neoliberalen Vordenker um Friedrich v. Hayek und Milton Friedman. Sie erklärten den Staat zum Feind und den Markt zum Naturwunder, das sich am besten selbst reguliert. Der Staat sollte sich zurückziehen, verduften.

Die schwarz-blaue Regierung wollte den Staat zu einem der kleinsten in der OECD machen. Die Bundesregierung hat in der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 wörtlich das Ziel gesetzt: „Die österreichische Steuer- und Abgabenquote soll zu den niedrigsten in der OECD gehören.“ („Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“, April 2002, Seite 18).
Die niedrigsten Steuer- und Abgabenquoten lagen im Jahr 2000 [also der relevante Zeitpunkt bei der Erstellung der Strategie] in der Türkei bei 24%, in Südkorea bei 23% und in Mexiko bei 18%. Die drei OECD-Mitglieder mit der niedrigsten Steuer- und Abgabenquote hatten einen mittleren Wert von 21,5%. Das ist exakt die Hälfte der österreichischen Steuer- und Abgabenquote von 2002 (43%). Somit war es beschlossenes Ziel der Regierung Schüssel, den Staat Österreich zu halbieren = massakrieren/privatisieren.

Die Umsetzung dieses Ziels würde bedeuten:
Das öffentliche Bildungssystem halbieren.
Das öffentliche Gesundheitssystem halbieren.
Die Pensionsleistungen im öffentlichen Umlageverfahren halbieren.
Und auch alle anderen staatlichen Leistungen von der Trinkwasserversorgung über den Kindergarten bis zum Gehsteig halbieren.

Die schwarz-blaue Regierung wollte damit das neoliberale Projekt – radikaler Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und Gesellschaft – mit aller Konsequenz durchsetzen.

Die programmatische Ansage von Josef Pröll liegt auf dieser Linie.
In den nächsten Jahren sind weitere Kürzungen beim Staat zu befürchten, weil es jede Menge Schulden zurückzuzahlen gilt, aber keine zusätzlichen Steuern geben wird.
Die Regierung wird beim Bildungssystem sparen. Sie wird sagen: Tut uns leid, kein Geld da, wir haben Schulden!
Sie wird beim Gesundheitssystem sparen. Und bei den Pensionen.
Und sie wird die noch verbleibenden öffentlichen Güter privatisieren:
die ÖBB, die Post und vielleicht den ORF. Raiffeisen hat schon Interesse an ORF 1 angemeldet. (Die Presse, 6. November 2008.)
Das ist die Situation von heute:
Wir alle, die wir Steuern zahlen, geben Raiffeisen Kredit, weil sich die Bank nicht wirtschaften kann, und Raiffeisen will den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Und danach folgen vielleicht die Schulen und Universitäten. Dazu dienten u. a. die Studiengebühren, denn es macht die Universitäten attraktiver für Investoren, wenn die Privaten die Studiengebühren nur erhöhen oder verallgemeinern, aber nicht mehr einführen müssen.
„Wehret den Anfängen“ heißt, die Universitäten als öffentliches Gut frei und für alle zugänglich zu halten.

Zur Spar- und Staatsabbaustrategie der Regierung passt wunderbar die Liberalisierung – in der EU und in der WTO.
„Liberalisierung“ heißt Herstellung eines Marktes. Bildung wird zur Ware und Universitäten zu Unternehmen, die nach Wettbewerbsfähigkeit und Gewinn streben müssen.
Diese Strategie ist schon in einem anderen Sektor katastrophal schief gegangen:
Bei den Banken. Auch sie wurden via Liberalisierung in einen EU-Binnen- und dann in den globalen Markt getrieben, und das Ergebnis ist die Krise, in der wir sitzen.
Banken sollten aber, ähnlich wie Universitäten, nicht nach Gewinn streben und einander konkurrenzieren, sondern der Wirtschaft und Gesellschaft dienen. Sie sollen

nicht gewinnorientiert sein und von uns, dem demokratischen Souverän, organisiert und kontrolliert werden.

Wenn die Universitäten und Schulen liberalisiert, in Unternehmen verwandelt und auf den freien Markt geschickt werden, wird das Ergebnis ähnlich katastrophal ausfallen wie jetzt bei den Banken.

Die Regierung geht noch einen Schritt weiter: Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll spricht in seiner Rede wörtlich, dass er Österreich „wie ein mittelständisches Unternehmen im globalen Wettbewerb" versteht.
Das ist zunächst ein Skandal an sich, weil der Staat kein Unternehmen ist.
Der Staat ist oder sollte zumindest sein Instrument und Ausdruck des Gemeinwillens.
Ein typisches mittelständisches Unternehmen ist nicht demokratisch organisiert. Der Vizekanzler will mit seiner Metapher für den Staat die Demokratie durch die Hintertür entsorgen, und es folgt kein medialer Aufschrei, weil die Medien diesen metaphorischen Putsch offenbar goutieren, anstatt ihn zu entlarven und zurückzuweisen.

(Selbst wenn der Staat ein mittelständisches Unternehmen wäre, dann wäre es strategischer Selbstmord, bei der eigenen Zukunft zu sparen, beim Wissensfundament, bei der Bildung, beim Rahmen für Erkenntnis, Kreativität und Weisheit. Der Finanzminister hat nicht nur ein hochproblematisches Verständnis von Demokratie, sondern offenbar auch kein sehr tiefgehendes von einem mittelständischen Unternehmen im globalen Wettbewerb.)

Wenn man den Staat in ein Unternehmen umgewandelt hat, muss dieser „wettbewerbsfähig" = schlank sein und darf „keine neuen Steuern" erheben, behauptet die Regierung.
Dieses Argument ist nicht nur zutiefst undemokratisch, es ist auch grundfalsch. Denn die Staaten mit den höchsten Steuer- und Staatsquoten – Schweden, Finnland, Dänemark – fahren am besten:

- Sie haben die niedrigsten Armutsraten;
- die am weitesten gehende Gleichstellung zwischen Frauen und Männern;
- die großzügigsten Entwicklungszusammenarbeit-Etats;
- und die üppigsten Hochschul-Budgets.

Den Ländern mit den höchsten Steuerquoten, mit den umfangreichsten öffentlichen Sektoren und den höchsten Spitzensteuersätzen geht es gut.

In Österreich arbeiten wenig mehr als 10% aller Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor; in Skandinavien sind es an die 30%. Das Argument der „Wettbewerbsfähigkeit" ist nur ein Vorwand, um den öffentlichen Sektor zu schrumpfen und die Reichen steuerlich zu schonen.

In Österreich werden die Reichen systematisch steuerlich entlastet.

- Die Vermögenssteuer wurde 1993 abgeschafft.
- Das Privatstiftungsrecht 1994 eingeführt.
- Die Börsenumsatzsteuer 2000 abgeschafft.
- Die Erbschaftssteuer 2008 abgeschafft.

Österreich zählt mit Tschechien und der Slowakei zu den Ländern mit der niedrigsten Vermögensbesteuerung unter allen Industrieländern. Obwohl die Reichen es sich leisten könnten – spielend:

Die Zahl der Dollarmillionäre ist in Österreich wie folgt entwickelt:

- 2004 wuchsen die HNWI um 5% auf 63.000.
- 2005 wuchsen die HNWI um 6,9% auf 67.7000
- 2006 wuchsen die HNWI um 7,2% auf 72.200
- 2007 wuchsen die HNWI um 7,6% auf 77.700
- 2008 schrumpften die HNWI gerade einmal um 9,1% auf 70.100 und lagen damit höher als 2005! Von massiver Vermögensvernichtung bei den Reichen durch die Krise also bisher keine Spur!

Laut Regierungsangaben besitzt 1 Promille der Haushalte in Österreich ein gleich großes Vermögen wie 50% der Haushalte. Und der reichste Haushalt besitzt ein Vermögen, das gleich groß ist wie das gemeinsame Vermögen von 29% aller Haushalte. Dieser Haushalt zahlt keine Vermögenssteuer und keine Erbschaftssteuer.

Wenn die Vermögen in Österreich (1000 Milliarden Euro) mit nur einem Prozent besteuert würden, würde das 10 Milliarden Euro mehr einbringen – viermal mehr als das Hochschulbudget.
Allein ein Prozent Steuer auf die Netto-Finanzvermögen der privaten Haushalte (270 Milliarden Euro Ende 2008) könnte den Hochschuletat (2,7 Milliarden) verdoppeln.

Es gibt noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Staatsfinanzen:
- Durch die Auflösung des Bankgeheimnisses könnten Kapitaleinkommen genauso automatisch an das Finanzamt gemeldet werden wie heute schon Löhne und Gehälter – und genauso hoch versteuert werden wie diese, indem alle Einkommen mit einheitlichen Einkommenssteuer belegt würden. Das wäre gerechter als heute und würde die Staatskassen füllen.
- Eine Finanztransaktionssteuer würde laut einer Wifo-Studie auf EU-Ebene in einem mittleren Szenario rund 150 Milliarden Euro einspielen. Zum Vergleich: Die EU „kostet" derzeit 133 Milliarden Euro (EU-Etat). Die Transaktionssteuer könnte die gesamte EU finanzieren.
- Die globalen Dollar-Millionäre (HNWI) vermehrten ihren Reichtum zwischen 1996 und 2007 um sage und schreibe 24 Billionen US-Dollar oder 24.000 Milliarden US-Dollar. Laut Internationalem Währungsfonds IWF belaufen sich die Abschreibungen aller Banken weltweit zwischen Mitte 2007 und Ende 2010 auf 4 Billionen US-Dollar – ein Sechstel des Reichstumszuwachses der Dollarmillionäre. Wenn sie ein Sechstel ihres zusätzlichen Reichtums der letzten zehn Jahre abgeben würden, könnten alle Krisenkosten beglichen werden. Die Massen würden keinen Cent mehr Steuern zahlen, die Staaten bräuchten keine Leistung einschränken und keine neuen Schulden machen.
- Die Abschaffung der Erbschaftssteuer oberhalb eines Freibetrags von z. B. 500.000 Euro und die Gleichverteilung des Vermögens der scheidenden Generation an die folgende würde die Chancen gleicher verteilen als heute.

Demokratie

Ziel der Bildung darf nicht Wettbewerbsfähigkeit sein.
Ziel der Bildung muss der freie und kritisch-vernünftige Mensch sein.
Wenn die Regierung die Universitäten als Unternehmen betrachtet, ist das das Ende der freien Bildung. Und wenn der Vizekanzler Österreich zum Unternehmen fantasiert, ist das das Ende der Demokratie. Österreich ist schon teilweise so undemokratisch wie ein autoritäres Unternehmen.

Die Demokratie ist dann lebendig und glaubwürdig, wenn alle Teilorganisationen so demokratisch wie möglich organisiert sind. Auch die Unternehmen, Universitäten und Banken.

Deshalb muss die Demokratisierung der Universitäten für alle ein Ziel sein, denen die Demokratie wichtig ist. Wer sich als Demokrat oder Demokratin versteht, sollte jene unterstützen, die sich für die Demokratisierung der Universitäten einsetzen.

In der Rede des Vizekanzlers kam das Wort „Demokratie" gezählte null Mal vor - genauso das Wort Freiheit oder Menschenwürde.
(http://www.bmf.gv.at/Presse/Oktober/Rede_Projekt_Oesterreich.pdf)
Das sagt viel über das Demokratieverständnis der Regierung.
Ich danke Euch für Euer Demokratieverständnis.

Christian Felber, Wien, 26. Oktober 2009
www.christian-felber.at

Unistreiks : http://unsereuni.at/

Solidaritätserklärung von attac Schweiz mit den Protesten der Studierenden

Für eine Welt, in der die Bedürfnisse der Menschen vor wirtschaftlichen Interessen stehen!

Dieser Slogan steht im Zentrum der Analysen und Aktivitäten von attac. Die Bologna-Reform und das allgemeine Eindringen von wirtschaftlichen Interessen in die Hochschulen stellt das dar, was wir nicht mehr wollen: die Zerstörung der unabhängigen und kritischen Bildung im Namen von ökonomischen Kriterien.

Die nun schon seit über einer Woche andauernden Proteste an Schweizer Universitäten haben ihre Daseinsberechtigung und attac Schweiz solidarisiert sich mit allen Menschen, die sich daran beteiligen.

Die neoliberale Dominanz in Wirtschaft und Politik ist nicht nur das Resultat von politischen und wirtschaftlichen (Gegen-)Reformen der letzten dreissig Jahren, sondern wurzelt in einer ideologischen Auseinandersetzung, die überwiegend an den Hochschulen geführt wird. Die neoliberale Reorganisation der Bildung wurde in den Bildungsinstitutionen selbst theoretisch erarbeitet und anschliessend in Politik und Wirtschaft umgesetzt. Die Studierendenproteste an den Universitäten sind somit nicht nur eine Gegenbewegung zur Ökonomisierung der Bildung, zur Bürokratisierung der organisatorischen Strukturen der Hochschulen und zur Schaffung von "arbeitsmarktfähigen" Subjekten und "Exzellenzen", sondern rütteln auch an der neoliberale Hegemonie in Lehre und Forschung und somit in allen Gesellschaftsbereichen.

Euer Engagement erinnert daran, dass die Wirtschaft im Dienste des Menschen organisiert werden muss und nicht umgekehrt. Die basisdemokratisch formulierten Forderungen der Protestierenden zeigen, dass sich die Politik und die Hochschulverantwortlichen schon lange um die Bedürfnisse aller Menschen gar nicht kümmern. Attac steht voll und ganz hinter euren Forderungen. Denn ein politisch reguliertes, öffentlich verfasstes und partizipatorisch-selbstverwaltetes Bildungssystem erfüllt und befriedigt gesellschaftlich relevante Aufgaben besser als ein intern betriebswirtschaftlich gesteuertes, welches nur zum kurzfristigen Verschleiss bestimmte instrumentelle "Halbbildung" hervorbringt. Ohne demokratische Kontrolle ist keine Bildungspolitik möglich und ohne Bildungspolitik keine Gesellschaft, die sich an kollektiven emanzipatorischen Zielen orientiert.

Unsere gemeinsamen Ziele erfordern eine langfristige und hartnäckige soziale und politische Mobilisierung. Wir beteiligen uns an euren Protesten und wünschen viel Kraft und Ausdauer!

SOLIDARITÄT MIT DEN PROTESTIERENDEN AN DEN UNIVERSITÄTEN

– FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG DER BILDUNG UND DER GESELLSCHAFT!

www.schweiz.attac.org, suisse@attac.org

Die Seite der weltweiten Bewegung: http://www.edu-movement.org/internationale-presseerklarung/

Viele Beiträge unter: http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/bildung/streik.html

Ingrid Lohmann: Bildung - Ware oder öffentliches Gut? Auswirkungen des *General Agreement on Trade in Services* (GATS) auf den Bildungsbereich – *mehr:* Publikationen, http://ingridlohmann.de/

10. Ausgabe des Anderen Davos

29./30. Januar 2010 in der Grenzstadt Basel

Den Teufelskreis der Herrschaftsverhältnisse durchbrechen

Podien und Workshops mit: Silvia Lazarte (Präsidentin der konstituierenden Versammlung Boliviens), Tariq Ali, Noam Chomsky (live Videointerview), einer Vertreterin der Bewegung der MigrantInnen in den USA, Gianni Frizzo von Officine Bellinzona, einer Vertreterin der Landlosenbewegung MST in Brasilien u.a.m

Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung

AG Friedensforschung an der Uni Kassel legt eine neue Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor

Im Herbst 2009 erschien im Karl Dietz Verlag Berlin ein Buch, das eine Art Evaluierung behaupteter "humanitärer Interventionen" und anderer kriegerischer Auseinandersetzungen darstellt - und zwar unter der Fragestellung, ob solche Interventionen halten, was sie versprechen, das heißt Gewaltkonflikte "lösen" können, oder ob sie selbst das Problem darstellen.
Werner Ruf, Lena Jöst, Peter Strutynski, Nadine Zollet: Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung. Mit einem Kommentar von Paul Schäfer Karl Dietz Verlag: Berlin 2009, 216 Seiten, € 14,90; ISBN: 978-3-320-02199-3 (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 61)

http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Interventionen/ruf-stru.html

Chalmers Johnson

Wie sollte mit Amerikas Basen-Imperium umgegangen werden?

Ein bescheidener Vorschlag für Länder mit US-Garnisonen



Aus: http://www.no-bases.org/show_news/obama_lays_out_america_s_asia_pacific_agenda

Das Imperium US-amerikanischer Basen (im Ausland) – das jährlich 102 Milliarden Dollar verschlingt und schon jetzt das kostspieligste militärische Unternehmen der Welt ist – wurde gerade noch ein gutes Stück teurer. Zunächst haben wir am 27. Mai erfahren, dass das US-Außenministerium in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad **eine neue "Botschaft"** errichten will, die mit (den veranschlagten Baukosten) von 736 Millionen Dollar die zweitteuerste sein wird, die jemals gebaut wurde; sie soll nur 4 Millionen Dollar weniger kosten, als die von der Bush-Administration in Bagdad in den Ausmaßen des Vatikan-Staats angelegte US-Botschaft, wenn die veranschlagten Kosten sich nicht noch erhöhen. Das Außenministerium soll nach Berichten auch den Ankauf des mit fünf Sternen bewerteten Pearl Continental Hotels inklusive Schwimmbad geplant haben, das in Peshawar in der Nähe der Grenze zu Afghanistan liegt, um es als Konsulat und Unterkunft für seine dort tätigen Mitarbeiter zu benutzen. Unglücklicherweise rammten am 9. Juni pakistanische Militante gerade dieses Hotel mit einem Lastwagen voller Sprengstoff; dabei wurden 18 Menschen getötet und mindestens 55 verletzt, weil ein kompletter Flügel des Gebäudes zusammenbrach. Seither wurde noch nicht berichtet, ob die Kaufabsicht des Außenministeriums weiter besteht.

Wie hoch die Kosten (für die Botschaftsgebäude) auch immer sein werden, sie sind in unserem ohnehin aufgeblähten Militär-Budget nicht enthalten (1).
Sie wurden auch nicht entworfen, um als Botschaften zu dienen – als Einrichtungen, in denen Einheimische Visen erhalten und amerikanische Offizielle die kommerziellen und diplomatischen Interessen unseres Landes vertreten.
Diese so genannten Botschaften sind durch Mauern gesicherte Festungen, die mittelalterlichen Burgen gleichen und amerikanische Spione, Soldaten, Geheimdienstleute und Diplomaten schützen, die feindlich gesinnte Bevölkerungen in Kriegsgebieten beobachten sollen. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass sie große Kontingente von Marinesoldaten beherbergen werden und auf den Dächern Landeplätze für Hubschrauber haben, die eine schnelle Flucht ermöglichen.
Für die Mitarbeiter des Außenministeriums, die an gefährlichen Orten arbeiten, mag es beruhigend sein, sich körperlich besser geschützt zu wissen.
Wie den Einheimischen in den Staaten, in denen sie dienen, muss aber auch ihnen bewusst sein, dass sie gleichzeitig der unübersehbare Teil der Präsenz des amerikanischen Imperiums sind.
Wir sollten nicht überrascht sein, wenn Militante, die Angriffe auf die Vereinigten Staaten beabsichtigen, eine unserer festungsartig ausgebauten Botschaften angreifen, die zwar schwer bewacht werden, aber ein leichteres Ziel als eine große Militärbasis sind.

Was soll überhaupt mit den vielen US-Militärbasen (im Ausland) geschehen?

Derzeit sind etwa **800 über den ganzen Erdball verstreut** und fallen den Menschen anderer Länder zur Last. Obwohl der Kongress und die Obama-Regierung über die Kosten für die Bankenrettung, für die Reform der Krankenversicherung, für die Reduzierung der Umweltverschmutzung und über andere in unserem eigenen Land dringend notwendige Ausgaben streiten, kommt niemand auf den Gedanken, dass

durch die Schließung einiger dieser unpopulären, teuren, imperialen Stützpunkte im Ausland viel Geld zu sparen wäre.

Stattdessen kommen sie uns immer teurer zu stehen. Im Februar 2009 hatte Kirgisistan, die ehemalige zentralasiatische sowjetische Republik, angekündigt, dass das US-Militär den Luftwaffenstützpunkt Manas, den es seit 2001 als Nachschubbasis für den Krieg in Afghanistan benutzt, im August verlassen müsse (2). Am 23. Juni haben wir erfahren, dass Kirgisistan seine Meinung geändert hat und wir den Flugplatz weiter benutzen dürfen. Es ist aber ein Haken dabei. Als Gegenleistung für sein Entgegenkommen hat Kirgisistan die Pachtzahlungen für die Basis, die Washington jährlich zu leisten hat, von 17,4 Millionen Dollar auf 60 Millionen Dollar mehr als verdreifacht, und es wird uns weitere Millionen kosten, die versprochene Verbesserungen an den Einrichtungen des Flughafens vorzunehmen und zusätzliche Bestechungsgelder zu bezahlen. Das war nur möglich, weil die Obama-Administration sich für eine Ausweitung des Krieges in der Region entschieden hat und überzeugt ist, dass sie diese Basis braucht, um Nachschub für Afghanistan zu lagern und zu transferieren.

Ich vermute, dass diese Entwicklung in anderen Ländern, in denen Amerikaner ebenfalls unbeliebte Okkupanten sind, nicht unbemerkt bleiben wird. So haben uns zum Beispiel die Ecuadorianer aufgefordert, die Luftwaffenbasis Manta vor dem kommenden November zu verlassen. Natürlich haben sie ihren Stolz und sind auch nicht besonders glücklich darüber, dass amerikanische Soldaten in Kolumbien und Peru herumlungern. Dennoch könnten sie wahrscheinlich etwas mehr Geld gut gebrauchen.

Und was ist mit den Japanern, die seit mehr als 57 Jahren sehr viele Dollars für den Unterhalt amerikanischer Basen auf ihrem Boden bezahlen? Kürzlich haben sie mit Washington einen Deal vereinbart, der vorsieht, dass einige amerikanische Marines von Basen auf Okinawa auf die Insel Guam, also auf US-amerikanisches Territorium, umziehen. Dabei wurden sie gezwungen, nicht nur für die Kosten des Umzugs der Marines aufzukommen, sondern auf Guam auch neue Unterkünfte für sie zu bauen. Könnte es nicht sein, dass sie sich jetzt ein Beispiel an der Regierung Kirgisistans nehmen und die Amerikaner einfach auffordern, abzuhauen und ihren Abzug selbst zu bezahlen? Oder könnten sie nicht wenigstens aufhören, die amerikanischen Militärs mitzufinanzieren, die regelmäßig japanische Frauen vergewaltigen – im Durchschnitt etwa zwei pro Monat – und jedem das Leben zur Hölle machen, der in der Nähe der 38 US-Basen auf Okinawa lebt? Darauf hoffen und dafür beten die Einwohner Okinawas sicher, seit wir 1945 auf ihrer Insel gelandet sind.

Ich möchte auch den anderen Ländern, die der Anwesenheit des amerikanischen Militärs auf ihrem Boden überdrüssig sind, einen Vorschlag machen: Profitiert jetzt davon, bevor es zu spät ist. Erhöht eure finanziellen Forderungen, oder schickt die Amerikanern einfach nach Hause. Ich ermuntere euch zu diesem Verhalten, weil ich überzeugt davon bin, dass das Imperium der US-Basen unser Land sehr bald in den Bankrott treiben wird; wie bei der Finanzblase oder bei einem Schneeballsystem sollte der Geldgeber an sein Geld zu kommen versuchen, so lange noch etwas zu holen ist.

Ähnliches könnte auch den Chinesen und den andern Finanziers der US-Staatsschulden passieren. Sie kassieren aber schon in aller Stille und ganz langsam, damit der Dollar nicht abstürzt, so lange sie ihn noch bündelweise besitzen. Aber machen Sie keinen Fehler, ob wir schnell oder langsam zur Ader gelassen werden, ist völlig egal, ausbluten werden wir auf jeden Fall, und das Festhalten an unserem militärischen Imperium und all seinen Basen im Ausland wird den Untergang der Vereinigten Staaten, wie wir sie kennen, nur beschleunigen.

Verlassen Sie sich darauf, zukünftige Generationen von Amerikanern, die in einigen Jahrzehnten ins Ausland reisen, werden die Welt nicht mehr mit "Botschaften" übersät finden, die fast eine Milliarde Dollar kosten.

(1) s. Tomgram: Chalmers Johnson, How to Sink America
http://www.tomdispatch.com/post/174884
(2) Kirgisistan teilt den USA mit, dass sie Manas spätestens am 18. August verlassen müssen http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP05809_130309.pdf

Chalmers Johnson ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der University of California, San Diego, ehemaliger Berater der CIA und Asienexperte. Er gilt als einer der profiliertesten Kenner der amerikanischen Asienpolitik und ist Präsident des »Japan Policy Research Institute«
Autor der Blowback-Trilogie: Blowback (2000), The Sorrows of Empire (2004) und Nemesis (2006), die alle bei Metropolitan Books veröffentlicht wurden.

Informationen zu Chalmers Johnson gibt es unter http://en.wikipedia.org/wiki/Chalmers_Johnson.)

Originalartikel: How to Deal with America's Empire of Bases20.07.2009
Übersetzt von: Wolfgang Jung (LUFTPOST, Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein)

http://www.zmag.de/artikel/wie-sollte-mit-amerikas-basen-imperium-umgegangen-werden

weltweite Kampagne zur Schließung von ausländischen Militärbasen:
http://www.tni.org/primer/foreign-military-bases-and-global-campaign-close-them

http://www.no-bases.org/

Südamerika hat reichlich Grund zur Sorge

Von Garry Leech

Dokument der US-Armee beweist: Militärabkommen mit Kolumbien stellt ernsthafte Bedrohung für die Region dar. Militäroperationen gegen jedwedes Ziel in der Region gestattet.

Mehrere Staatschefs in Südamerika haben öffentlich ihre Befürchtungen über das kürzlich unterschiebene Abkommen zwischen den USA und Kolumbien ausgedrückt. Das Dokument stelle eine Bedrohung für die linksgerichteten Länder Südamerikas dar, erklärten diverse Staatschefs, insbesondere der venezolanische Präsident Hugo Chávez, aber auch Brasiliens Luiz Inácio "Lula" da Silva oder Evo Morales aus Bolivien. Es verschafft den USA einen langfristigen Zugang zu sieben Militärbasen auf dem Territorium seines engsten Verbündeten in Lateinamerika.

Der kürzlich veröffentlichte Text des Militärabkommens und ein damit zusammenhängendes Dokument des Pentagon beweisen, dass die Befürchtungen von Chávez und anderer südamerikanischer Staatschefs keinesfalls Paranoia sind. Die Ziele des US-Militärs gehen über die Grenzen Kolumbiens hinaus - das machen die Dokumente deutlich: dort heißt es, "die Luftwaffenbasis Palanquero bietet die Möglichkeit, umfangreiche Operationen in Südamerika durchzuführen".

Mehr unter http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Lateinamerika/leech.html
Weitere Infos: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Standorte/Welcome.html



Fuldaer Erklärung
Truppenabzug jetzt! Frieden statt Krieg!

Im Oktober 2009 starb ein junger Mann aus der Region Fulda an den schweren Verletzungen, die er mehr als ein Jahr zuvor als Soldat in Afghanistan erlitten hatte. Wir sind bestürzt über die steigende Zahl der Opfer, die der Krieg in Afghanistan fordert.
Junge Menschen werden in diesen Krieg geschickt, Töten und Sterben von den verantwortlichen Politikern billigend in Kauf genommen.
Die NATO-Staaten Kanada und Niederlande haben für 2010/2011 den Abzug ihrer Truppen angekündigt. Die Bundesregierung aber hält eisern am Kriegsbündnis fest.
Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sie ist längst Teil des Problems. Nur zivile Hilfsprogramme können eine Wende zum Positiven bringen. Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe.
Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle ausländischen Truppen abgezogen werden.

Deshalb fordern wir:

- **Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt weiterer Aufstockung der Kontingente**
- **Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen**
- **Keine logistische Unterstützung des Krieges**
- **Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau**
- **Zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige**

Erstunterzeichner:

DGB Kreisverband Fulda: Pia Hainer, Karin Masche; Frank Herrmann, DGB Regionsvorsitzender Südosthessen; Hubert Barteska, DGB KV-Vogelsberg; Michael Wahl, Kreistagsabgeordneter (Landkreis Fulda); Dr. Diether Dehm, MdB, Großentaft (Landkreis Fulda); Martin Uebelacker, Vorsitzender ver.di OV Fulda im Fachbereich 8; Günter Kopaschinski, Betriebsrat (Eichenzell); Sabine Barteska, Vorsitzende NaturFreunde Lauterbach; Dr. Peter Strutynski, GEW, Bundesausschuss Friedensratschlag; Regina Hagen, Trägerkreis Atomwaffen abschaffen, Darmstädter Friedensforum; Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt, MdL, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag; Dr. Ulrich Wilken, MdL, Landesvorsitzender DIE LINKE Hessen; Wolfgang Gehrcke, MdB; Christine Buchholz, MdB; Sabine Leidig MdB; Tobias Pflüger, Vorstand Informationsstelle Militarisierung, ehemaliger Europaabgeordneter; Monty Schädel, Politischer Geschäftsführer Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Gregor Böckermann, Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF)
Diese Unterschriftensammlung wurde durch den DGB-Kreisverband Fulda initiiert.
Weitere Informationen zum Krieg gegen Afghanistan unter anderem bei www.afghanistankampagne.de
Online Unterschriften und Unterschriftenlisten zum Download:
https://www.frieden-mitmachen.de/29/truppenabzug_jetzt!_frieden_statt_krieg!

"Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan"
Abstimmungsaktionen in ganz Deutschland

Im Zeitraum vom 20. bis 28. November sollen in möglichst vielen Orten in der Bundesrepublik Abstimmungen in der Bevölkerung durchgeführt werden. Anlass ist die für Anfang Dezember vorgesehene Verlängerung (und möglicherweise sogar Ausweitung) des Bundeswehrmandats für den Krieg in Afghanistan. Hierzu sollten die örtlichen Friedensinitiativen und -bündnisse frühzeitig Pläne erstellen, wo und wie oft sie Abstimmungen anbieten. Die Abstimmungen sollen mit einem bundesweit einheitlichen Wahlzettel und mit ordentlichen Wahlurnen (auch selbst zu basteln aus festem Karton) durchgeführt werden.

Die Abstimmungen können stattfinden:
- auf zentralen und gut frequentierten Plätzen,
- an Universitäten,
- vor Schulen,
- in Kirchengemeinden,
- in Gewerkschaftsversammlungen usw.

Wenn ihr Fragen habt oder mehr über die Kampagne wissen wollt, ruft an: 030/20654857, Montag bis Freitag, 15 bis 18 Uhr (notfalls auch außerhalb dieser Zeiten) oder schreibt eine E-Mail an abstimmungsaktion@gmx.de. Wir freuen uns über jeden Anruf und jede Mail!

http://www.afghanistandemo.de/